

Vorhaben 19 Abschnitt Süd-2 Rheinau – Philippsburg

Register 17.1

Anträge nach Naturschutz-, Wasser- und Denkmalrecht



Vorhaben 19 Abschnitt Süd-2

Philippsburg – Daxlanden

Register 17.1

Anträge nach Naturschutz-,

Wasser- und Denkmalrecht

Stuttgart, Dezember 2024

Auftraggeber: **TransnetBW GmbH**
Pariser Platz / Osloer Straße 15-17
70173 Stuttgart

Auftragnehmer: **GÖG - Gruppe für ökologische Gutachten GmbH**
Dreifelderstraße 28
70599 Stuttgart
www.goeg.de

Projektleitung: Kathrin Weiner (Dipl.-Ing.(TU) Landschaftsarchitektur, Landschaftsarchitektin)
Matthias Bönicke (Diplom Geograph)
Lukas von der Au (M.Sc. Umweltplanung und Recht)

Bearbeitung: Kathrin Weiner (Dipl.-Ing.(TU) Landschaftsarchitektur, Landschaftsarchitektin)
Maren Niehues (M.Sc. Environmental Sciences)
Lukas von der Au (M.Sc. Umweltplanung und Recht)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Anträge bezüglich Naturschutzrecht – Zuständigkeit höhere Naturschutzbehörde	8
2.1	Naturschutzgebiete	8
2.1.1	Naturschutzgebiet Hockenheimer Rheinbogen (2.128)	8
2.2	Landschaftsschutzgebiet (Zuständigkeit hNB)	17
2.2.1	Landschaftsschutzgebiet Hockenheimer Rheinbogen (2.26.028)	18
2.3	Betroffene gesetzlich geschützte Biotope im Bereich NSG und LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i>	28
3	Anträge bezüglich Naturschutzrecht – Zuständigkeit untere Naturschutzbehörde	35
3.1	Landschaftsschutzgebiete	35
3.1.1	Landschaftsschutzgebiet Unterer Dossenwald (2.22.014)	35
3.1.2	Landschaftsschutzgebiet Ehemalige Rheinau-Kaserne (2.22.019)	41
3.1.3	Landschaftsschutzgebiet Schwetzinger Schlossgarten und Umgebung (2.26.013)	45
3.2	Naturdenkmale	49
3.2.1	Naturdenkmal Sandrasen Waghäusel (Schutzgebiets-Nr. 82151060001)	49
3.3	Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 33 und § 33a NatSchG BW	53
4	Anträge bezüglich Wasserrecht	65
4.1	Wasserschutzgebiete (WSG)	66
4.1.1	Wasserschutzgebiet <i>Mannheim-Rheinau</i> (WSG-Nr. 222031)	66
4.1.2	Wasserschutzgebiet Schwetzinger Hardt (WSG-Nr. 226026)	69
4.1.3	Wasserschutzgebiet <i>Hockenheimer Rheinbogen</i> (WSG-Nr. 226047)	74
4.1.4	Wasserschutzgebiet Oberhausen-Rheinhausen (215040)	77
4.1.5	Wasserschutzgebiet Philippsburg, Pfriemenfeld, Mühlfeld (215208)	80
4.2	Überschwemmungsgebiete	82
4.2.1	Überschwemmungsgebiete im Eingriffsbereich Planfeststellungsabschnitt Süd-2	84
4.3	Gewässerrandstreifen	85
4.4	Dammschutzverordnung	88
5	Anträge bezüglich Denkmalrecht	91
5.1	Archäologische Denkmale	92
6	Literatur und Quellen	94
6.1	Rechtsgrundlagen und Urteile	94

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des NSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i>	11
Abbildung 2:	Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Hockenheimer Rheinbogen</i>	19
Abbildung 3:	Eingriffsbereiche im LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i> , Ausschnitt Nord	20
Abbildung 4:	Eingriffsbereiche im LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i> , Ausschnitt Süd	21
Abbildung 5:	Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Unterer Dossenwald und Ehemalige Rheinau-Kaserne</i>	37
Abbildung 6:	Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Ehemalige Rheinau-Kaserne</i>	42
Abbildung 7:	Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Schwetzingen Schlossgarten und Umgebung</i>	47
Abbildung 8:	Provisorium im Bereich des Naturdenkmal Sandrasen Waghäusel zwischen Oberhausen, Philippsburg und Wiesental,	50
Abbildung 9:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Mannheim-Rheinau</i>	67
Abbildung 10:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Schwetzingen Hardt</i>	70
Abbildung 11:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i>	75
Abbildung 12:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Oberhausen-Rheinhausen</i>	78
Abbildung 13:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Philippsburg, Pfriemenfeld, Mühlfeld (215208)</i>	81
Abbildung 14:	Lagebild zum Vorhaben im Bereich Rheinschanz Mittelhof Mast 0337/004 mit RHWD XXVIII	89

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i>	12
Tabelle 2:	Darlegung zu den Handlungen, die dem Erlaubnisvorbehalt im LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i> gemäß § 12 Abs. 2 SchutzVO unterliegen	24
Tabelle 3:	Betroffenheit gesetzlich geschützter Biotope im Bereich NSG und LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i> (Zuständigkeit HNB)	30
Tabelle 4:	Darlegung zu den verbotenen Handlungen im ND <i>Sandrasen Waghäusel</i>	51
Tabelle 5:	Temporäre Betroffenheit für gesetzlich geschützte Biotope im Eingriffsbereich des Planfeststellungsabschnittes Süd-2, außerhalb NSG/ LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i> (Zuständigkeit UNB) - Ausnahmeantrag	56
Tabelle 6:	Dauerhafte Betroffenheit für gesetzlich geschützte Biotope im Eingriffsbereich des Planfeststellungsabschnittes Süd-2 (außerhalb NSG/ LSG <i>Hockenheimer Rheinbogen</i>) - Befreiungsantrag (Zuständigkeit UNB)	63
Tabelle 7:	Betroffene HQ ₁₀₀ -Überflutungsflächen	84
Tabelle 8:	Eingriffe in den Gewässerrandstreifen von Oberflächengewässer	85
Tabelle 9:	bekannte archäologische Denkmale, in deren Flächen Mastneubauten geplant sind	93

1 Einleitung

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220-kV auf 380-kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Das Vorhaben, das in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als Vorhaben Nr. 19 geführt wird, soll dabei als eine Netzverstärkung auf der Strecke zwischen Urberach, südlich von Frankfurt am Main (Hessen) und Karlsruhe-Daxlanden (Baden-Württemberg) erfolgen.

Der vorliegende Planfeststellungsantrag umfasst Abschnitt V19 Süd-2, ist ca. 27 km lang und umfasst den Ersatz zweier 220-kV Stromkreise durch zwei 380-kV-Stromkreise. Er beginnt südlich des Umspannwerkes Rheinau an Anlage 7100 Mast 164A und endet in der Nähe vom ehemaligen Kraftwerksgelände Philippsburg an Anlage 7520 Mast 002A. Der beantragte Abschnitt befindet sich vollständig im nordwestlichen Bereich von Baden-Württemberg.

Die Unterlagen zu den erforderlichen Anträgen werden nach Themengebieten in die folgenden Kapitel gegliedert:

- Naturschutzrecht in Zuständigkeit der höheren Naturschutzbehörde: Hierzu zählen Betroffenheiten von NSG, das LSG *Hockenheimer Rheinbogen* und Befreiungen von Schutzvorschriften für gesetzlich geschützte Biotope in diesen Schutzgebieten (Kapitel 2),
- Naturschutzrecht in Zuständigkeit der Unteren Naturschutzbehörde: Hierzu zählen Betroffenheiten von LSG, Naturdenkmälern und Ausnahmen von den Schutzvorschriften für gesetzlich geschützte Biotope (Kapitel 3),
- Wasserrecht (Kapitel 4) und
- Denkmalrecht (Kapitel 5).

Diese Unterteilung fußt auf dem Verständnis, dass dadurch eine gezieltere, schnellere Bearbeitung durch die zuständigen Behörden erfolgen kann. In den jeweiligen Kapiteln werden die notwendigen Anträge bezüglich der gesetzlichen Regelungen gebündelt. Es werden mit Bezug auf die gesetzlichen Schutzvorschriften die betroffenen Tatbestände genannt und entsprechend eine Erlaubnis, Genehmigung, Ausnahme oder Befreiung beantragt.

2 Anträge bezüglich Naturschutzrecht – Zuständigkeit höhere Naturschutzbehörde

Im Folgenden werden die Anträge nach Naturschutzrecht im Zuständigkeitsbereich der höheren Naturschutzbehörde im Hinblick auf die vom Vorhaben betroffenen

- Naturschutzgebiete,
- Landschaftsschutzgebiet *Hockenheimer Rheinbogen* (SchutzVO für LSG und NSG vom RP Karlsruhe, Zuständigkeit für Erlaubnisvorbehalte liegt lt. § 12 SchutzgebietsVO bei der höheren Naturschutzbehörde),
- gesetzlich geschützte Biotope, sofern Anträge in die Zuständigkeit der höheren Naturschutzbehörde fallen (§ 33 Abs. 3 Nr. 1 und § 54 Abs. 2 Satz 2 Naturschutzgesetz (NatSchG BW))

gesammelt aufgeführt.

2.1 Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete (NSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die gemäß § 23 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unter Schutz gestellt sind und in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit.

In Naturschutzgebieten sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG verboten.

Die NSG Nr. 2.064 *Wagbachniederung* und NSG Nr. 2.111 *Frankreich-Wiesental* werden nur überspannt, es sind keine Betroffenheiten erkennbar. Nachfolgend wird auf das Naturschutzgebiet, welches im Eingriffsbereich des Vorhabens liegt, näher eingegangen.

2.1.1 Naturschutzgebiet Hockenheimer Rheinbogen (2.128)

Das Naturschutzgebiet (NSG) *Hockenheimer Rheinbogen* (2.128) umfasst eine Fläche von ca. 640 ha (GIS-Datensatz LUBW). Es wurde gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 29. Januar 1990 (NSG/LSG-VO Hockenheimer Rheinbogen) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Naturschutzgebietes und Landschaftsschutzgebietes *Hockenheimer Rheinbogen*

Der Bereich nördlich und westlich von Hockenheim ist von der Autobahn A61, dem Übergang ins Tiefgestade, dem vorhandenen Trassenband, sowie landwirtschaftlichen Flächen und Schutzgebieten geprägt. Südwestlich von Ketsch (ab Mast 7100/131A und Mast 5100/132) bis nördlich von Altlußheim quert die geplante Trasse das Vogelschutzgebiet Nr. 6616-441 „Rheinniederung Altlußheim-Mannheim“ sowie das FFH-Gebiet Nr. 6716-341 „Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim“ in einem bestehenden Trassenband. Bestandteil dieser Natura-2000-Schutzgebiete ist auch das NSG und LSG *Hockenheimer Rheinbogen* (2.128 und 2.26.028).

Nachfolgend ist eine Zusammenfassung der für dieses Schutzgebiet relevanten Vorhabenbeschreibung eingefügt. Weitere Information ist im Erläuterungsbericht (Register 1 Kapitel 4) und in Register 2.2 (Übersichtsplan mit Kennung Vorhaben und Folgemaßnahmen) bzw. Register 3 (Lagepläne und sonstige Pläne) enthalten.

Ab Mast 7100/131A nach Süden bis Mast 112A beim Umspannwerk (UW) Altlußheim ist ein Ersatzneubau der 220-kV Leitungsanlage 5100 als Anlage 7100 mit zwei 380-kV- und zwei 110-kV-Stromkreisen sowie der Rückbau der parallel verlaufenden 110-kV Anlage 1300 (Folgemaßnahme 5) vorgesehen.

Des Weiteren kreuzt die neue Anlage 7100 zwischen den Masten 7100/131B und 7100/131A die bestehende 110-kV DB Energie Stromleitung Anlage 572 der DB Energie. Um diese Kreuzung realisieren zu können, werden die Maste 572/11038 und 572/11039 als Maste 572/11038N und 572/11039N mit technischen Veränderungen ersatzneugebaut. Aufgrund der dadurch veränderten Lastverhältnisse muss auch der Mast 572/11040 als 572/11040N-01 ersatzneugebaut werden (Folgemaßnahme 6).

Aufgrund der Mitnahme der beiden 110-kV-Stromkreise auf der Anlage 7100 und dem Rückbau der Anlage 1300 der Netze BW muss der Anschluss an den 110-kV Abzweig in Richtung Hockenheim wiederhergestellt werden. Dafür soll Anlage 7100 Mast 127A als Abzweigmast ausgeführt und das erste Spannungsfeld der Anlage 3304 zum Mast 001 neu beseilt werden (Folgemaßnahme 7). Zur Realisierung der erforderlichen Kreuzung der DB Energie Stromleitung Anlage 572 muss Mast 572/11042 ebenfalls als Mast 11042N ersatzneugebaut werden (Folgemaßnahme 6). Die alte Verbindung zwischen Mast 1300/056 und 3304/001 wird in diesem Zuge zurückgebaut (Folgemaßnahme 7). Aufgrund des Ersatzneubaus der vier Maste der Anlage 572 muss die Beseilung zwischen Mast 572/11038N und 572/11043 ebenfalls erneuert werden (Folgemaßnahme 6).

Der 380-/110-kV Ersatzneubau soll mit der DB Energie Anlage 572 in Gleichschritt gebracht werden, d.h. die Maste werden möglichst nebeneinander stehen. Gleichzeitig wird

die Seilaufhängung der Anlage 7100 mit derjenigen der DB Energie Anlage 572 synchronisiert, d.h. die Leiter- und Erdseile werden ca. in gleicher Höhe aufgehängt, um das Risiko der Vogelkollision zu minimieren. Dadurch wird erreicht, dass die neuen Stromkreise in der Seitenansicht nicht mehr Raum einnehmen als die bestehende DB Energie Anlage.

Durch den Umbau werden zukünftig nur noch die 380-/110-kV Anlage 7100 und die Bahnstromleitung Anlage 572 den Raum queren, wodurch das Trassenband von drei auf zwei Anlagen reduziert wird. Aufgrund der erforderlichen Abstände zwischen den Freileitungen muss die Trassenachse der Anlage 7100 etwas von der bisherigen Trassenachse der Anlage 5100 Richtung Westen abrücken. Mast 7100/120A wird als Verdichtungsmast ausgeführt werden.

Insgesamt werden in dem **Bereich des NSG** 12 Masten (ersatz)neugebaut, davon 3 Folgemaßnahmen, und 16 Masten rückgebaut. Insgesamt kommt es **innerhalb des LSG** zum Rückbau von 19 Masten und 7 Ersatzneubauten von Masten, davon werden ein Mast (572/11042N, Folgemaßnahme 6) an gleicher Stelle ersatzneugebaut und sechs Masten (der aktuellen Anlage 5100) aus Gründen des notwendigen Abstandes um 10 bis 20 m nach Westen versetzt als Anlage 7100 parallel neugebaut. Hierbei ist zu beachten, dass sich das NSG und LSG Hockenheimer Rheinbogen räumlich zu einem Ganzen ergänzen und daher Masten an manchen Stellen wechselseitig im NSG oder im LSG stehen. In Summe werden zukünftig durch den ersatzlosen Rückbau der Trasse 1300 weniger Masten in diesen beiden Schutzgebieten stehen. **In Summe** kommt es zum Rückbau von 35 Masten und Neubau 19 Masten.

Zur Lage der Anlagen / Masten im Bereich des NSG und LSG sowie der notwendigen Arbeitsflächen, Provisorien, Schutzgerüste und deren Zuwegungen (siehe Abbildung 1 bis Abbildung 4).

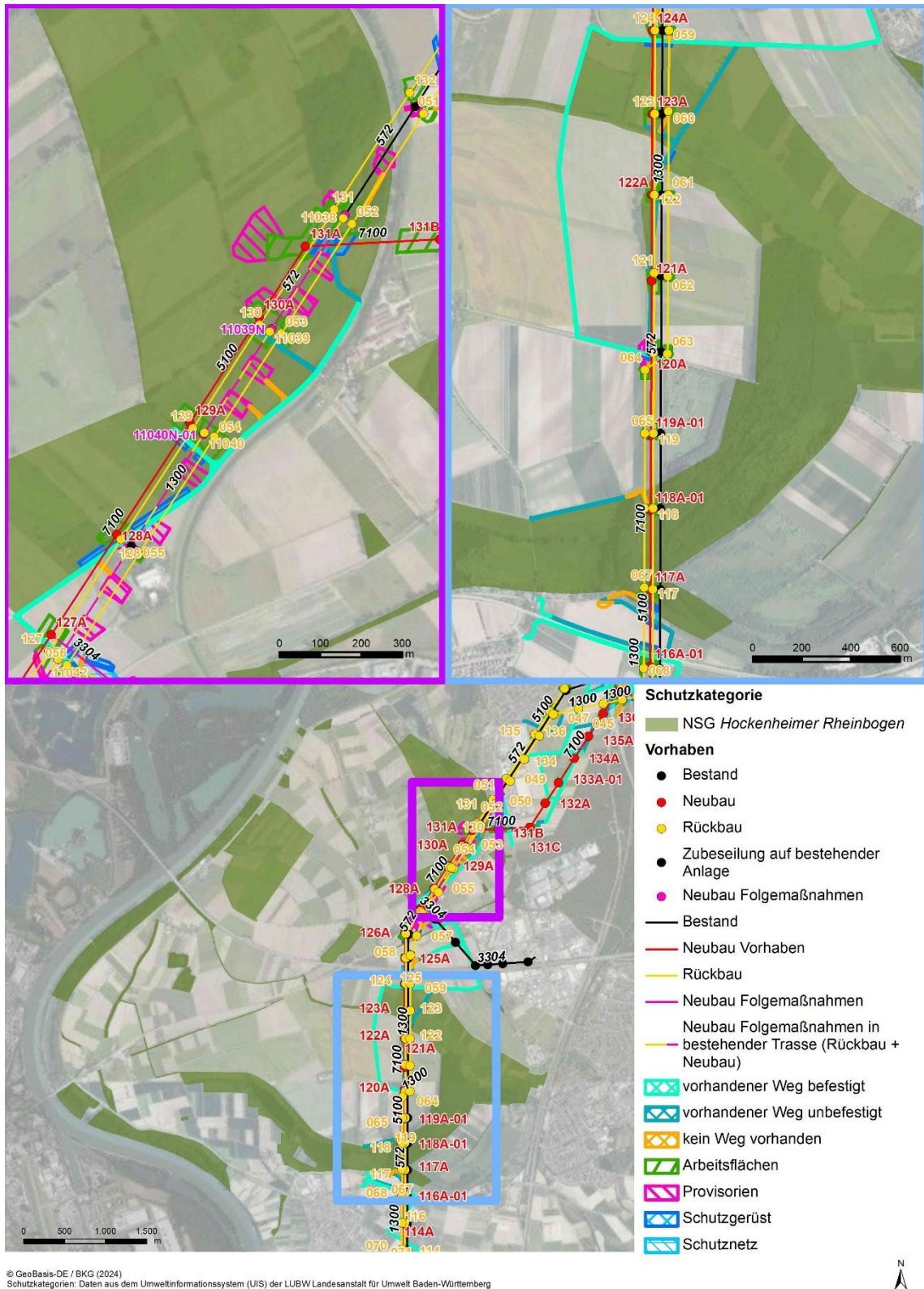


Abbildung 1: Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des NSG *Hockenheimer Rheinbogen*

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

Das NSG *Hockenheimer Rheinbogen* setzt sich laut VO aus 30 Teilbereichen zusammen. Gemäß § 7 wurden folgende Schutzzwecke festgesetzt:

1. die Erhaltung und Pflege der zahlreichen, biologisch vielfältigen, sekundären Feuchtgebiete (überwiegend aufgelassene Ziegeleigruben und ähnliche Entnahmestellen), die sich zu Lebensräumen von hoher ökologischer Bedeutung in der Kulturlandschaft entwickelt haben;
2. die Erhaltung und Entwicklung der letzten Reste der früher ausgedehnten Grünlandflächen in der Rheinniederung als Lebensraum bestimmter spezialisierter Tier- und Pflanzenarten;
3. die Erhaltung und Förderung der für die Rheinniederung typischen und an unterschiedliche Feuchtigkeit hinsichtlich Grundwasserstand und Rheinhochwasser angepassten Vegetation der Sekundärgewässer, Gräben, Röhrichte, Riedreste, Wiesen, Gebüsche, Hecken und Wälder mit zahlreichen spezialisierten, gefährdeten bis vom Aussterben bedrohten Pflanzenarten;
4. die Erhaltung und Förderung der auf diese vielfältigen Biotope angewiesenen Tierwelt, deren Schutzwürdigkeit durch das Vorkommen zahlreicher vom Aussterben bedrohter Insekten-, Amphibien- und Vogelarten besonders hoch ist.

Gemäß § 8 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung der Schutzgebiete oder ihrer Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. In Tabelle 1 sind die durch das Vorhaben ggf. entstehenden, verbotenen Handlungen aufgeführt.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Tabelle 1: Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG *Hockenheimer Rheinbogen*

SchutzgebietsVO	Verbotene Handlungen (Es ist verboten...)	Erfüllung der verbotenen Handlung durch das Vorhaben
§ 8 Abs. 2 Nr. 1	...bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen.	Der Ersatzneubau von 12 Masten: 7100/131A - 128A, 7100/123A - 121A, 7100/118A - 117A sowie 572/11038N, 572/11039N, 572/11040N (Ersatzneubau von Masten der Anlage 572 sind Folgemaßnahmen), innerhalb der Schutzgebietskulisse.
§ 8 Abs. 2 Nr. 2	...Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.	Während der Bauzeit wird die Anlage von Zuwegungen bzw. die Befestigung vorhandener Wege zu den Baustelleneinrichtungsflächen erforderlich. Demensprechend werden

		vorhandene Weg verändert (siehe Abbildung 1).
§ 8 Abs. 2 Nr. 3	... Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder das Verändern der Bodengestalt auf andere Weise“	Die Bodengestalt wird für die Gründung der 12 Neubaumasten und den Rückbau der Fundamente bei 16 Rückbaumasten bauzeitlich verändert. Das Andecken der neuen Fundamente sowie das fachlich korrekte Verfüllen der rückgebauten Fundamente wird bodenkundlich begleitet. Der Bodenkörper wird durch die bauzeitlichen Arbeits-, Provisoriums- und Schutzgerüstflächen nicht verändert.
§ 8 Abs. 2 Nr. 4	...fließende oder stehende Gewässer (einschließlich Gräben) zu schaffen, zu beseitigen, zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt des Gebietes verändern.	An den 12 Neubaumasten und den 16 Rückbaumasten werden bauzeitlich Wasserhaltungen (siehe Register 13.1 Fachbeitrag WRRL, Tabelle 19, und 13.2 Hydrogeologische Voreinschätzung) notwendig und in den Grundwasserkörper eingegriffen. Der Wasserhaushalt des Gebietes wird voraussichtlich nicht verändert, auch der im worst case notwendig werdende Abtransport von verunreinigtem Wasser, sollte den Wasserhaushalt nicht nachhaltig verändern.
§ 8 Abs. 2 Nr. 5	...Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern.	Während der Bauzeit ist es unumgänglich im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen Gegenstände zu lagern.
§ 8 Abs. 2 Nr. 7	...Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.	Im Rahmen der Baufeldfreimachung kann eine Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Pflanzen oder Pflanzenteilen nicht ausgeschlossen werden.
§ 8 Abs. 2 Nr. 8	... (...) wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn-, Rast-, Nahrungs- oder Zufluchtstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören (...).	Eine Entfernung, Beschädigung oder Zerstörung von Nestern oder sonstigen Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten wildlebender Tiere kann im Rahmen der Baufeldfreimachung (etwa durch Eingriff in Gehölze mit potenziellen Nistmöglichkeiten für Vögel) nicht ausgeschlossen werden.
§ 8 Abs. 2 Nr. 9	...die Art der bisherigen Grundstücksnutzungen zu ändern.	Im Falle der Rückbaumasten kann der Bereich der Mastgevierte die Nutzung wieder angepasst an die angrenzende Nutzung erfolgen.

		Im Bereich der Neubaumaste ist innerhalb der Mastgevierte keine landwirtschaftliche Nutzung mehr möglich.
§ 8 Abs. 2 Nr. 13	...die Wege zu verlassen.	Ein Betreten der Schutzgebietskulisse wird im Rahmen der Bautätigkeit auch außerhalb der befestigten Wege vonnöten sein.
§ 8 Abs. 2 Nr. 14	...die Wege mit Fahrzeugen aller Art (ausgenommen Fahrräder ohne Hilfsmotor und Krankenfahrstühle) zu befahren.	Das Befahren von Wegen mit Baustellenfahrzeugen wird zur Umsetzung des Vorhabens innerhalb der Schutzgebietskulisse auf den angegebenen Zuwegungen erforderlich sein.
§ 8 Abs. 2 Nr. 18	...wesentliche Landschaftsbestandteile wie Bäume, Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölze, Schilf- und Röhrichtbestände zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern.	Im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen sind derzeit teilweise Gehölze, Hecken und Sträucher vorhanden. Diese sind im Zuge der Baustellenfreimachung zu entfernen, wobei oftmals ein Rückschnitt ausreicht. Wiederherstellung des vorigen Zustandes.

Es werden keine weiteren Handlungen vorgenommen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.

Die verbotenen Handlungen (vgl. Tabelle 1) sind bis auf die Errichtung von baulichen Anlagen in Form von 12 Masten nur für die Bauzeit erforderlich. Dauerhafte Auswirkungen der Baustelleneinrichtung und Zuwegung sind nicht erkennbar, da die Baustellenflächen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Hierzu sind Maßnahmen im LBP zu Bodenschutz, Einhaltung Wasserrahmenrichtlinie, Biotopschutz und Minderungsmaßnahmen Artenschutz/ Schadensbegrenzung Natura 2000 definiert. Als Vorbelastung sind die bestehenden Freileitungen zu nennen.

Durch den Ersatzneubau von 12 Masten kommt es zu einer punktuellen und dauerhaften Versiegelung im Bereich der Mastfundamente. Ein Ausgleich erfolgt teilweise durch den Rückbau von 16 Masten. Für die Rückbaumasten liegen keine genauen Angaben vor, die angenommenen Entsiegelungsflächen wurden konventionell angenommen, so dass die Nettoneuversiegelung unter 150 m² liegen wird.

Hinsichtlich des Schutzes besonders geschützter Arten gemäß § 3 Schutzzweck der Verordnung, ist davon auszugehen, dass die Prüfung in anderen Fachbeiträgen (vgl. Register 10.1, Register 11, Register 12.4 und 12.5) differenziert erfolgt ist und im Vergleich zum hier aufgeführten Schutzzweck als strenger anzunehmen ist. Die erfolgte

Prüfung, insbesondere zu Natura 2000 (Register 12.4 Natura 2000 Verträglichkeitsstudie zu FFH DE 6716-341 Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim und Register 12.5 Natura 2000 Verträglichkeitsstudie zu SPA DE 6616-441 Rheinniederung Altlußheim - Mannheim) führt dazu, dass geeignete Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich festgelegt werden. Es ist unter Einbeziehung der Vorbelastung nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Vorhabens den Schutzzweck gemäß § 7 der Schutzgebietsverordnung beeinträchtigt.

Von den Geboten und Verboten dieser Schutzverordnung kann gemäß § 18 dieser Schutzverordnung nach § 63 NatSchG alte Fassung (= § 67 der Neufassung BNatSchG 2009, rechtskräftig seit 1.3.2010) auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn

1 dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder

2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Für die Befreiungen ist die höhere Naturschutzbehörde zuständig (§ 54 Abs. 2 NatSchG).

Öffentliches Interesse

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Die Realisierung dieses Vorhabens ist ferner aus Gründen der öffentlichen Versorgungssicherheit erforderlich.

Notwendigkeit

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, vermieden und die Nord-Süd-Achse deutlich gestärkt. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei. Das Vorhaben ist in unter Nr. 19 der Anlage zum BBPlG aufgeführt und somit Bestandteil des Bundesbedarfsplan. Es besteht demnach gemäß § 1 Abs. 1 BBPlG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Fehlende Alternativen / Alternativlosigkeit

Eine Herausverlegung der Anlage 7100 aus dem Schutzgebiet ist aufgrund der Lage der vielen Teilgebiete dieses Schutzgebietes nicht möglich. Aufgrund der Vorbelastung (Trassen 5100, 572, 1300) und des Weiterbestandes der Trasse 572, d.h. paralleler Ersatzneubau der Trasse 7100, ist dies die konfliktärmste Trassenführung, insbesondere in Hinblick auf Artgruppe der Vögel (Natura-2000-Schutzgebiet). Dem Planungsgrundsatz 2 der Ausschöpfung von Bündelungspotenzialen wird damit auch gefolgt.

Vermeidung / Minimierung

Die notwendigen Arbeitsflächen wurden im Planungsprozess bereits minimiert, insbesondere um geschützte und wertgebende Bereiche von Natur und Landschaft soweit wie möglich nicht zu beeinträchtigen.

Folgende Maßnahmen des LBP vermeiden und vermindern Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft:

- Bauzeitenbeschränkungen für Eingriffe in Gehölze, Hochstaudensäume und Verlandungszonen sowie Ackerflächen (Baufeldfreimachung) (VAR1/VS1, VAR2/VS4, VAR3, VAR4, VAR6/VS7, VAR8/VS8, VAR10)
- Maßnahmen aus Fachbeitrag Minderungsmaßnahmen zum Artenschutz (VAR) und den Schadensbegrenzungsmaßnahmen (VS) aus Natura2000-Verträglichkeitsstudien (sensible Artvorkommen, Mastbrüter, Vogelmarker, Schutzzäune, Umweltbaubegleitung etc.) (VAR1 bis 17, VS1 bis 8)
- Wiederherstellung hochwertiger Vegetation im Offenland (V1 bis 4), u.a. Magere Flachlandmähwiese
- Bodenkundliche Baubegleitung, Dokumentation und Meldepflichten gemäß DIN 19639, Schutz vor Verdichtung und Vermischung, Vorgaben zum Bodenschutz bei Mastrückbau (VBo1 bis 3, VBo6)
- Wiederherstellung (bodenkundliche) der Bauflächen (VBo4)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (VBo5, VWRRL6)
- Schutzmaßnahmen für torfhaltige oder grundwasserbeeinflusste Böden (VBo9)
- Schutzmaßnahmen aufgrund Lage innerhalb HQ100-Überflutungsflächen und Gewässerrandstreifen, Gewässerschutz bei der Anlage von Gewässerquerungen, Flächenversickerung der Bauwässer wo nötig und möglich, Vermeidung hydraulischer Belastungen, Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser (VBo10, VWRRL1 bis 5)

Antrag

Es wird gemäß § 18 der Verordnung i.V.m. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie § 54 NatSchG BW eine Befreiung bezüglich der verbotenen Handlung (vgl. auch Tabelle 1):

- § 8 Abs. 2 Nr. 1: bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen.
- § 8 Abs. 2 Nr. 2: Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.
- § 8 Abs. 2 Nr. 3: Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder das Verändern der Bodengestalt auf andere Weise.
- § 8 Abs. 2 Nr. 5: Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern.
- § 8 Abs. 2 Nr. 7: Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.
- § 8 Abs. 2 Nr. 8: (...) wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn-, Rast-, Nahrungs- oder Zufluchtstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören (...).
- § 8 Abs. 2 Nr. 9: die Art der bisherigen Grundstücksnutzungen zu ändern.
- § 8 Abs. 2 Nr. 13: die Wege zu verlassen.
- § 8 Abs. 2 Nr. 14: die Wege mit Fahrzeugen aller Art (ausgenommen Fahrräder ohne Hilfsmotor und Krankenfahrstühle) zu befahren.
- § 8 Abs. 2 Nr. 18: wesentliche Landschaftsbestandteile wie Bäume, Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölze, Schilf- und Röhrichtbestände zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern.

beantragt, die im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens unbedingt erforderlich sind. Diese verbotenen Handlungen lassen keine nachhaltige Störung oder Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung besorgen. Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses liegen vor.

2.2 Landschaftsschutzgebiet (Zuständigkeit hNB)

Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die gemäß § 26 Abs. 1 BNatSchG eines besonderen Schutzes von Natur und Landschaft

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,

2. wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder
 3. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung
- bedürfen.

In solchen Landschaftsschutzgebieten sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen (§ 26 Abs. 2 BNatSchG).

2.2.1 Landschaftsschutzgebiet Hockenheimer Rheinbogen (2.26.028)

Das LSG *Hockenheimer Rheinbogen* (2.26.028) umfasst eine Fläche von ca. 1.870 ha (GIS-Datensatz LUBW). Es wurde gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 29. Januar 1990 (NSG/LSG-VO Hockenheimer Rheinbogen) festgesetzt.

Das LSG und das NSG *Hockenheimer Rheinbogen* ergänzen sich räumlich zu einem Ganzen, sind auch in einer Verordnung festgesetzt und liegen in der Zuständigkeit der höheren Naturschutzbehörde (§2, §4, §12 Schutzverordnung). Die räumliche Verzahnung bedeutet auch, dass Masten der betroffenen Anlagen teils wechselseitig im NSG oder im LSG stehen.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Für die Beschreibung sei auf die „Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Naturschutzgebietes und Landschaftsschutzgebietes Hockenheimer Rheinbogen“ zu Beginn des Kapitels 2.1.1 verwiesen.

Zur Lage der im Bereich des LSG liegenden Anlagen/Masten, Arbeitsflächen, Provisorien, Schutzgerüste und deren Zuwegungen siehe Abbildung 2 bis Abbildung 4.

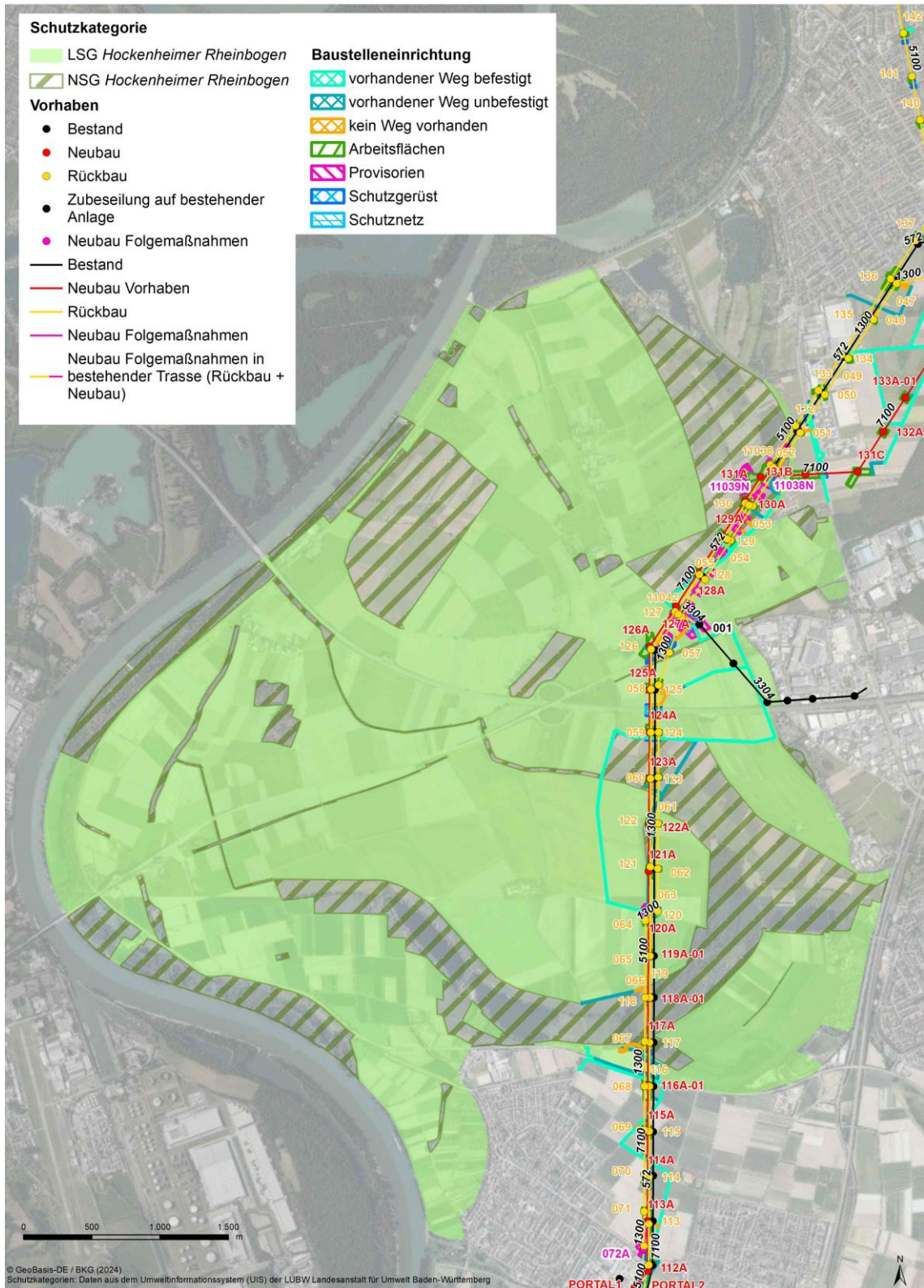


Abbildung 2: Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes Hockenheimer Rheinbogen

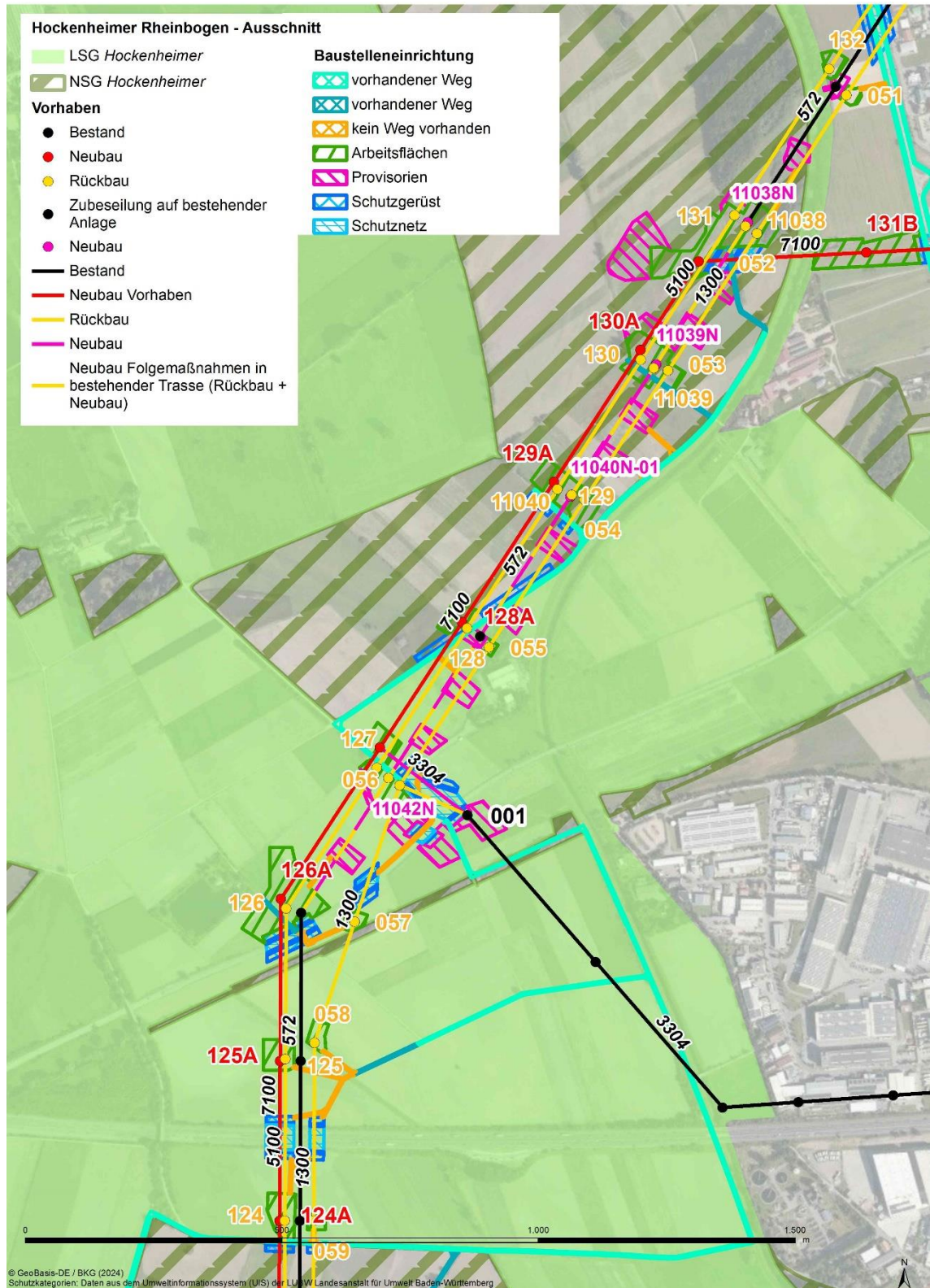


Abbildung 3: Eingriffsbereiche im LSG Hockenheimer Rheinbogen, Ausschnitt Nord

Abbildung 4: Eingriffsbereiche im LSG *Hockenheimer Rheinbogen*, Ausschnitt Süd

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

In § 10 der Schutzgebietsverordnung wird als Schutzzweck genannt:

1. die Sicherung und Erhaltung der landschaftlichen und ökologischen Einheit des "Hockenheimer Rheinbogens";
2. die Sicherung des ökologisch notwendigen Ergänzungsraumes für die Naturschutzgebiete und ihre Tier- und Pflanzenwelt;
3. die Erhaltung der zum Teil durch Gehölze gegliederten, landwirtschaftlich genutzten Freiflächen der alten Rheinmäander;
4. die Sicherung und Offenhaltung der für durchziehende und überwinternde Vogelarten erforderlichen Niederungsflächen als international bedeutende Rast- und Nahrungsräume;
5. die Erhaltung der ausgedehnten offenen und landwirtschaftlich genutzten Niederungsflächen als Teil der Kulturlandschaft in der Rheinaue, als ökologischer Ausgleichsraum für die dicht besiedelte und intensiv genutzte Umgebung und als wichtiges Erholungsgebiet im Ballungsraum.

Nach § 11 sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Nach § 12 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung bedürfen Handlungen, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, der schriftlichen Erlaubnis der höheren Naturschutzbehörde. Nachfolgend sind die Erlaubnisvorbehalte nach § 12 Abs. 2 Schutzgebietsverordnung genannt, welche insbesondere damit verbunden sind und durch das Vorhaben ausgelöst werden:

1. Errichten von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen;
2. Errichten von Einfriedigungen;
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art; Beregnungsmaßnahmen bleiben zulässig;
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder das Verändern der Bodengestalt auf andere Weise;
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;

6. Anlegen oder Verändern von Straßen, Wegen, Plätzen oder anderen Verkehrswegen;
10. Aufstellen von Wohnwagen oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze und das mehrtägige Zelten oder Abstellen von Kraftfahrzeugen;
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;
16. Beseitigen oder Ändern von wesentlichen Landschaftsbestandteilen wie Bäumen, Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Schilf- und Röhrichtbeständen.

Nach § 12 Abs. 3 ist die Erlaubnis zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 11 Schutzgebietsverordnung genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, unter Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlungen dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Verbote:

Durch das Vorhaben wird der Naturhaushalt nicht dauerhaft geschädigt, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wird nicht nachhaltig gestört, das Landschaftsbild wird nicht nachteilig geändert oder die Eigenart beeinträchtigt, der Naturgenuss wird nicht dauerhaft beeinträchtigt. Bauzeitlich kommt es zu Einschränkungen im Naturgenuss durch visuelle Präsenz von Baumaschinen, Arbeitsflächen, Provisorien und ggf. Baulärm. Soweit technisch möglich, werden geräuscharme Bauverfahren und Baumaschinen nach dem Stand der Lärminderungstechnik verwendet. Die für die Bauausführung beauftragten Firmen werden hierzu vertraglich verpflichtet (Register 1, Kap. 6.9).

Geschützte Flächennutzungen werden geringfügig geändert. So sind von dem Rückbau von 19 Masten und dem Neubau von 7 Masten gesetzlich geschützte Biotope im Umfang von 55 m² dauerhaft betroffen (vgl. Aufstellung Tabelle 3 in Kapitel 2.3.). Es überwiegen Feldgehölze (20 m², Weiden-Feuchtgebüsche 20 m², Nasswiese 7 m², Kammseggen-Ried 5 m² und Land-Schilfröhricht 4 m²). Durch Mastrückbau wird an einem Standort die angrenzend bestehende geschützte Vegetation entwickelt (insb. Land-Schilfröhricht). Zu den Rückbaumasten liegen keine genauen Fundamentangaben vor, es wurde konservativ mit 2 m² ein niedriger Entsiegelungswert angesetzt. Damit verbleibt rechnerisch eine dauerhafte Inanspruchnahme von 53 m² geschützter Biotopfläche, für die - neben einer Befreiung von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG/ § 33NatSchG (vgl. Kapitel 2.3) – eine Befreiung gemäß § 18 der Schutzverordnung i.V.m. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie § 54 NatSchG BW von dem Verbot der dauerhaften Änderung geschützter Flächennutzungen im LSG *Hockenheimer Rheinbogen* beantragt wird.

Von den Geboten und Verboten dieser Schutzverordnung kann gemäß § 18 dieser Schutzverordnung nach § 63 NatSchG alte Fassung (= § 67 der Neufassung BNatSchG 2009, rechtskräftig seit 1.3.2010) auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn

- 1 dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Für die Befreiungen ist die höhere Naturschutzbehörde zuständig (§ 54 Abs. 2 NatSchG, § 12 Abs. 1 Schutzverordnung).

Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist es notwendig, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei.

Erlaubnisvorbehalte:

Durch das Vorhaben der Netzverstärkung werden Handlungen notwendig, die dem Erlaubnisvorbehalt unterliegen:

Tabelle 2: Darlegung zu den Handlungen, die dem Erlaubnisvorbehalt im LSG *Hockenheimer Rheinbogen* gemäß § 12 Abs. 2 SchutzVO unterliegen

Der Erlaubnis bedürfen insbesondere ...	Erfüllung durch das Vorhaben
1. Errichten von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen;	Ersatzneubau von sieben Masten
2. Errichten von Einfriedigungen;	Notwendigkeit von temporären Bauzäunen
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art; Begrünungsmaßnahmen bleiben zulässig;	Demontage Anlage 1300 und 5100 Seilzug für Ersatzneubau Anlage 7100 und tlw. 572 (Folgemassnahme 6)
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder das Verändern der Bodengestalt auf andere Weise;	Beim Ausheben und Verfüllen von Baugruben wird Material bewegt. Überschüssiges Torfmaterial von Neubaustandorten muss vorrangig zur Verfüllung von Rückbaugruben in entsprechend gleichen hydrogeologischen Bedingungen genutzt werden (hoher Grundwasserstand), um die Mineralisation zu verhindern (Maßnahmenblatt VBo9)

5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;	Im Zuge der Bautätigkeit kommt es zur Ablagerung von Baumaterial.
6. Anlegen oder Verändern von Straßen, Wegen, Plätzen oder anderen Verkehrswegen;	So weit möglich werden vorhandene Wege genutzt, temporäre Ertüchtigung für Baufahrzeuge, Lastverteilung bei unumgänglichen Zuwegungen über Acker, Grünland etc.
10. Aufstellen von Wohnwagen oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze und das mehrtägige Zelten oder Abstellen von Kraftfahrzeugen;	Im Zuge der Bautätigkeit kommt es zum Abstellen von Baumaschinen.
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;	Bauzeitlich werden Nutzungen im Offenland (z.B. Acker, Grünland) nicht möglich sein. Baustellenflächen werden in den Ausgangszustand zurückversetzt. Dauerhaft ändern sich Nutzungen im Mastgeviert der Rück- und Neubaumasten.
16. Beseitigen oder Ändern von wesentlichen Landschaftsbestandteilen wie Bäumen, Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Schilf- und Röhrichtbeständen.	Analog zu Punkt 15 wird es bauzeitliche Inanspruchnahmen geben, bei denen der Ausgangszustand wiederhergestellt wird. Dauerhaft werden Fundamentköpfe der sieben Neubaumasten neuversiegelt und Fundamente der 19 Rückbaumasten entsiegelt und wie umgebende Vegetation entwickelt.

Für den Rückbau von 19 Masten müssen nach Ziehen und Aufwickeln der Leitungen in diesen Bereichen die Masten demontiert und abtransportiert, Baugruben eröffnet und die Fundamente bis i. d. R. zu einer Tiefe von 1,5 m (Anlage 572 und 5100) bzw. 2 m (Anlage 1300) unter der Geländeoberkante entfernt werden. Die Baugruben werden fachgerecht aufgefüllt und rekultiviert. Aufgrund des zu erwartenden hohen Grundwasserstandes, wird eine Bauwasserhaltung stattfinden (vgl. Register 13.1 FB Wasserrahmenrichtlinie und 13.2 Hydrogeologische Voreinschätzung). Zuwegungen verlaufen so weit wie möglich auf bestehenden Wegen. Da nicht alle Masten direkt an Wegen liegen, sind in diesem Falle Überquerungen von Ackerflächen, Wiesen oder Gehölzstreifen notwendig. Sind Gehölze von Baustelleneinrichtungen betroffen, so werden diese zurückgeschnitten. Nach Beendigung der Bauzeit wird die Gehölzfläche wiederhergestellt bzw. kann sich wieder entwickeln. Für Baustelleneinrichtungsflächen wird nicht in den Boden eingegriffen. Es wird mit Lastverteilung gearbeitet. Die Baustelleneinrichtung wird bodenkundlich begleitet. Ggf. müssen Wege bauzeitlich für die größeren Lasten ertüchtigt werden durch Aufschotterung über Sand/Geotextil oder Lastverteilungsplatten. Auf den Arbeitsflächen können während der Bauzeit auch Baumaterial, ggf. Bodenaushub, Baugerätschaften lagern. Arbeitsflächen werden auch für den Seilzug benötigt. Die Flächennutzung entspricht für den Zeitraum der Bautätigkeit auf den Arbeitsflächen, Provisorien und Schutzgerüsten nicht der bestehenden, geschützten bzw. landwirtschaftlichen Nutzung. Die Nachnutzung fällt entsprechend der angrenzenden Nutzung aus. Sollten sich geschützte Biotope innerhalb der Rückbau-Mastgevierte entwickelt haben, so werden diese wiederhergestellt. Ein Teilausgleich entsteht durch die Fundamentkopfflächen der Rückbaumasten. Hierzu liegen bei den Bestandsmasten keine genauen Angaben vor,

sehr konservativ wurden pauschal 2 m² je Mast angenommen. Auch wird es aus Sicherheitsgründen bauzeitliche Einzäunungen geben müssen. Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.

Für den Bau von sieben Masten ist der Aushub von Baugruben, Bauwasserhaltung, die Herrichtung der Fundamente (Flach- und Tiefengründungen), das Antransportieren der Mastteile und deren Montage notwendig. Anschließend erfolgt der Seilzug. Bauzeitlich ist hierfür die Einrichtung von Arbeitsflächen, Provisorien, und die Errichtung von Schutzgerüsten notwendig. Sind gesetzlich geschützte Biotope betroffen, so wird deren Wiederherstellung im Mastgeviert möglich. Die tatsächliche Flächeninanspruchnahme und damit Verlustfläche für Schutzgebiete sind die Fundamentköpfe, die abhängig von Größe und Lastaufnahme der Masten, zwischen 7 und 20 m² je Mast umfassen. Bauzeitlich wird in Summe der Naturgenuss im Bereich der Leitungstrassen eingeschränkt, das Landschaftsbild ist dort verändert. Da die Leitungstrassen im östlichen Teil des Schutzgebietes verlaufen, wird der Naturgenuss auch nur in diesem Randbereich bauzeitlich eingeschränkt sein.

Nach Beendigung der Bautätigkeit werden Leitungstrassen an nahezu selber Stelle das Schutzgebiet queren. Von aktuell drei Leitungstrassen (5100, 572, 1300) wird auf zwei Leitungstrassen (7100, 572) umgebaut. Allerdings werden die Masten der Anlage 7100 größer als die aktuellen Masten der Anlage 5100. Die Masten werden ca. 2 m bis 12 m höher sein, Masten und Traversen werden breiter, welche die 380-kV- und 110-kV-Leitungen aufnehmen können. Obwohl Anlage 7100 ca. 10 m von der Bestandsanlage 572 (Bahntrasse) abrückt, wird der Trassenkorridor aufgrund der Anlagenreduzierung insgesamt schmaler. Durch den Rückbau der Anlage 1300 wird die Konfliktsituation insbesondere hinsichtlich Vogelkollision reduziert. Zudem werden Flächen der Mastgevierte frei, die der umgebenden Nutzung übergeben werden können.

Folgende Maßnahmen des LBP vermeiden und vermindern Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft:

- Bauzeitenbeschränkungen für Eingriffe in Gehölze, Hochstaudensäume und Verlandungszonen sowie Ackerflächen (Baufeldfreimachung) (VAR1/VS1, VAR2/VS4, VAR3, VAR4, VAR6/VS7, VAR8/VS8, VAR10)
- Maßnahmen zum Artenschutz aus artenschutzrechtlichem Minderungsmaßnahmenkonzept (sensibler Artvorkommen, Mastbrüter, Vogelmarker, Schutzzäune, Umweltbaubegleitung etc.) (VAR 1 bis 17, VS1 bis 8)
- Wiederherstellung hochwertiger Vegetation im Offenland (V1 bis 4), u.a. Magere Flachlandmähwiese

- Bodenkundliche Baubegleitung, Dokumentation und Meldepflichten gemäß DIN 19639, Schutz vor Verdichtung und Vermischung, Vorgaben zum Bodenschutz bei Mastrückbau (VBo1 bis 3, VBo6)
- Wiederherstellung (bodenkundliche) der Bauflächen (VBo4)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (VBo5, VWRRL6)
- Schutzmaßnahmen für torfhaltige oder grundwasserbeeinflusste Böden (VBo9)
- Schutzmaßnahmen aufgrund Lage innerhalb HQ100-Überflutungsflächen und Gewässerrandstreifen, Gewässerschutz bei der Anlage von Gewässerquerungen, Flächenversickerung der Bauwässer wo nötig und möglich, Vermeidung hydraulischer Belastungen, Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser (VBo10, VWRRL1 bis 5)

Die betroffenen Erlaubnisvorbehalte nach Tabelle 2 müssen teils nur bauzeitlich beantragt werden (Einzäunung Baustellen, Lagern von Gegenständen, ggf. Ertüchtigung vorhandener Wege, Abstellen von Baufahrzeugen, Änderung der Bodennutzung für Arbeitsflächen, Provisorien, Schutzgerüste, ggf. Rückschnitt von Gehölzen) und werden nach Beendigung der Bautätigkeit rückgeführt. Dauerhaft wirkt der Rückbau der baulichen Anlage 1300 und 5100 sowie der Ersatzneubau von Anlage 7100 mit deren Beseilungen. Diese Handlungen verändern den Charakter des Gebietes nicht und sind nicht geeignet, dem Schutzzweck zu beeinträchtigen.

Antrag

1. Es wird gemäß § 18 der Verordnung i.V.m. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie § 54 NatSchG BW eine Befreiung bezüglich folgender Verbote nach § 11 der Schutzgebietsverordnung
 - Eine geschützte Flächennutzung auf Dauer zu ändern (ca. 53 m² geschützte Biotopfläche). (vgl. auch Tabelle 3)
 - Den Naturgenuss oder den besonderen Erholungswert der Landschaft zu beeinträchtigen. Dies geschieht nur bauzeitlich und nicht dauerhaft.
2. Es werden Handlungen notwendig, die dem Erlaubnisvorbehalt nach § 12 Abs. 2 unterliegen. Diese Handlungen verändern den Charakter des Gebietes nicht und lassen nicht erkennen, dass sie dem Schutzzweck entgegenlaufen. Daher wird für das LSG gemäß § 12 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung zur Umsetzung des Vorhabens die Erlaubnis beantragt für
 - das Errichten von baulichen Anlagen bzw. den Rückbau von Masten als vergleichbare Maßnahme; bauzeitliches Errichten von Provisorien und Schutzgerüsten
 - bauzeitliches Errichten von Bauzäunen;
 - Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art;

- Lagern von Gegenständen, Arbeitsmaterialien, Baumaschinen
- Bauzeitliches Anlegen oder Verändern von Straßen und Wegen im Rahmen der Zuwegung zu den Arbeitsflächen;
- Bauzeitliches Abstellen von Kraftfahrzeugen;
- Bauzeitliche Änderung der Bodennutzung
- Bauzeitliches Beseitigen oder Ändern von wesentlichen Landschaftsbestandteilen wie Bäumen, Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Schilf- und Röhrichtbeständen.

2.3 Betroffene gesetzlich geschützte Biotope im Bereich NSG und LSG *Hockenheimer Rheinbogen*

Gemäß §§ 33 Abs. 3 Nr. 1, 54 Abs. 2 NatSchG BW ist für Anträge auf Ausnahmen für nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotope in betroffenen Naturschutzgebieten die höhere Naturschutzbehörde zuständig. Da das NSG und das LSG *Hockenheimer Rheinbogen* in einer Schutzverordnung gefasst sind, wird davon ausgegangen, dass für Ausnahmen/ Befreiungen für die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope im LSG *Hockenheimer Rheinbogen* auch die höhere Naturschutzbehörde zuständig ist.

Innerhalb der Eingriffsbereiche im NSG/ LSG *Hockenheimer Rheinbogen* liegen teilweise nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotope. Im Sinne einer Vermeidung und Minimierung verbleiben unter Berücksichtigung der bereits in Kapitel 2.1.1, 2.2.1, 0 genannten Maßnahmen nur unbedingt erforderliche Eingriffe.

Bei Eingriffsflächen, die eine Mindestfläche von 5 m² bzw. eine Breite von 0,5 m entlang von Zuwegungen unterschreiten, ist davon auszugehen, dass es sich entweder um eine gewisse Unschärfe handelt, die bei der Digitalisierung der Erfassungsergebnisse der Biotoptypenkartierung oder bei der Abgrenzung der Eingriffsflächen entstehen kann, so dass eine erhebliche Beeinträchtigung mit hinreichender Sicherheit in diesen Fällen auszuschließen ist. Diese Flächen sind in den folgenden Tabellen nicht mit dargestellt.

Eine Übersicht über die nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützten Biotope im Eingriffsbereich innerhalb des NSG/ LSG *Hockenheimer Rheinbogen* zeigt Tabelle 3. Hier werden auch die Betroffenheit sowie die erforderlichen Maßnahmen aufgezeigt. Fachliche Hinweise/Empfehlungen zur Umsetzung von Maßnahmen, die für den Antrag erforderlich sind, werden an entsprechender Stelle im LBP aufgezeigt (vgl. Register 10). Folgende Maßnahmen sind im LBP enthalten:

- Wiederherstellung hochwertiger Vegetation im Offenland (ohne FFH-LRT) (V1),
- Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese (V3).

Antrag Ausnahme

Für die temporär betroffenen Biotope, die wiederhergestellt werden, wird eine Ausnahme von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG/ § 33 NatSchG beantragt. Der jeweilige funktional gleichwertige Ausgleich kann an gleicher Stelle erfolgen, da es sich um temporäre Eingriffe handelt. Nähere Angaben dazu finden sich in Tabelle 3 jeweils in der Spalte mit der Bezeichnung „Betroffenheit“ für die jeweiligen Eingriffe in einzelne gesetzlich geschützte Biotope. Bei der Betroffenheit durch den Neubau von Mastgevierten bzw. den Rückbau von Mastgevierte wird davon ausgegangen, dass die dort bereits vorhandene bzw. umliegende Vegetation nach Bauabschluss wiederhergestellt wird oder sich je nach Biotoptyp und Standortbedingungen von selbst einstellen wird. Es handelt sich um keinen dauerhaften Biotopverlust, sondern um eine temporäre Beeinträchtigung während der Bauzeit. Der Rückschnitt der Vegetation in den neuen Schutzstreifen kann bei Feldgehölzen und Feldhecken als Pflegemaßnahme angesehen werden.

Insgesamt werden 15.034 m² Biotopfläche innerhalb des NSG/ LSG temporär in Anspruch genommen. Für diese wird gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG eine Ausnahme von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG beantragt.

Antrag Befreiung

Durch Mastneubau werden 55 m² geschützte Biotopfläche durch die neuen Fundamentköpfe dauerhaft in Anspruch genommen. Durch Mastrückbau werden 10 m² dauerhaft entsiegelt und die angrenzend geschützte Vegetation zusätzlich zu bestehenden geschützten Vegetation wiederhergestellt. Somit verbleibt eine dauerhafte Inanspruchnahme von 45 m² geschützter Biotopfläche für die eine Befreiung von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG/ § 33NatSchG gemäß § 67 BNatSchG beantragt wird. Nachdem es sich, wie bereits in Kapitel 2.1.1 und 2.2.1 ausgeführt, hier um ein Vorhaben handelt, welches der Versorgungssicherheit der Bevölkerung dient, sind die Voraussetzung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben, da ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Umsetzung des Vorhabens besteht. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG).

Tabelle 3: Betroffenheit gesetzlich geschützter Biotop im Bereich NSG und LSG Hockenheimer Rheinbogen (Zuständigkeit HNB)

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
LSG Hockenheimer Rheinbogen - Temporäre bauzeitliche Inanspruchnahme, gleichartige und gleichwertige Wiederherstellung nach Beendigung Bauzeit										
166172260106	Feldgehölze und Feldhecken II süd-westlich Ketsch	41.10	Feldgehölz	572 / 1300 / 5100	1037 / 051 / 132	Temporär durch Arbeitsflächen Provisorien	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	84
166172260158	Feldhecken südöstlich Ketschau - Am Reff	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	572 / 1300 / 3304 / 5100 / 7100	11042, 11042N, 11043 / 056-057 / 001 / 126-127, 126A-127A	Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1
						Rückschnitt Vegetation	-	-	Pflegemaßnahme	162
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	307
						Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	44
166172260168	Land-Schilfröhricht westlich Hockenheim - Riedwiesen	34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	058-059 / 124-125 / 124A-125A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	6
						Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	28
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	282
166172260185	Schilfröhricht und Feldhecke westl. Hockenheim -Große Weide	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Rückschnitt Vegetation	-	-	Pflegemaßnahme	795
Eigene Erhebung		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	96

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
NSG/LSG Hockenheimer Rheinbogen (Biotope, die sich über die jeweilige Schutzgebietsgrenze erstrecken) - Temporäre bauzeitliche Inanspruchnahme, gleichartige und gleichwertige Wiederherstellung nach Beendigung Bauzeit										
166172260186	Feldgehölz und Feldhecke westlich Hockenheim - Waldwiesen	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	33
		41.10	Feldgehölz			Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	869
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte			Rückschnitt Vegetation	-	-	Pflegemaßnahme	2.414
366172260001	Magere Flachland-Mähwiese westlich Hockenheim - Waldwiesen	33.43	Magerwiese mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V3	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	1.258
Eigene Erhebung		34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	34
NSG Hockenheimer Rheinbogen – Temporäre bauzeitliche Inanspruchnahme, gleichartige und gleichwertige Wiederherstellung nach Beendigung Bauzeit										
166172260100	Feldgehölze und Feldhecken I südwestlich Ketsch	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	572 / 1300 / 5100 / 7100	11038, 11038N / 052/ 131 / 131A	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	51
166172260178	Ufer-Schilfröhricht etc. westlich Hockenheim Leopoldswiese	33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der Tieflagen	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	27
		34.52	Land-Schilfröhricht			Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	78
166172260186	Feldgehölz und Feldhecke westlich Hockenheim - Waldwiesen	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	127
166172269042	Nasswiese im NSG Karl-Ludwig-See 1	33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der Tieflagen	572 / 1300 / 5100 / 7100	11038, 11038N / 052/ 131 / 131A	Mastgeviert (Folgemassnahme)	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	47

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
166172269042	Nasswiese im NSG Karl-Ludwig-See 1	33.21	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	572 / 1300 / 5100 / 7100	11038, 11038N / 052/ 131 / 131A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.120
						Temporär durch Arbeitsflächen Provisorien	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	110
166172269111/ 266172261108	Land-Schilfröhricht im Talraum vor Wald nordwestlich Altlußheim / NSG "Torfloch im Mörsch" –Feuchtflä- che-	34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	067 / 117 / 117A	Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	19
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	560
		52.11	Schwarzerlen- Bruchwald	1300 / 5100 / 7100	067 / 117 / 117A	Temporär durch Arbeitsflächen	B3	V1	Wiederherstellung Vegetation	33
166172269151	Großflächige Nass- wiesen im Bereich Leopoldswiese	33.21	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.030
						Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	84
		35.64	Grasreiche ausdauernde Ruderalvegetation	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Ve- getation	18
266172261108	NSG "Torfloch im Mörsch" -Feuchtflä- che-	34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	066 / 118 / 118A-01	Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	32
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.584
						Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	91
266172261108	NSG "Torfloch im Mörsch" -Feuchtflä- che-	42.31	Grauweiden- oder Ohrweiden-Feucht- gebüsch	1300 / 5100 / 7100	066 / 118 / 118A-01	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	127
266172261108	NSG "Torfloch im Mörsch" -Feuchtflä- che-	42.31	Grauweiden- oder Ohrweiden-Feucht- gebüsch	1300 / 5100 / 7100	066 / 118 / 118A-01	Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	13
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.083

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
Eigene Erhebung		34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	15
		34.68	Kammseggen-Ried	1300 / 5100 / 7100	067 / 117 / 117A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	25
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	371
						Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	57
		33.22	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	295
		33.22	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	980
		33.21	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	572 / 1300 / 5100 / 7100	11038, 11038N / 052/ 131 / 131A	Temporär durch Arbeitsflächen Provisorien	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	233
		41.10	Feldgehölz	572 / 1300 / 5100 / 7100	11038, 11038N / 052/ 131 / 131A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	411
Zwischensumme										15.034
LSG Hockenheimer Rheinbogen – Dauerhafte Inanspruchnahme durch Mastneubauten										
166172260168	Land-Schilfröhricht westlich Hocken- heim - Riedwiesen	34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	058-059 / 124-125 / 124A-125A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		4
166172260186	Feldgehölz und Feldhecke westlich Hockenheim - Wald- wiesen	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	061-062 / 121-122 / 121A-122A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		20

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
166172269042	Nasswiese im NSG Karl-Ludwig-See 1	33.21	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	572 / 1300 / 5100 / 7100	11038, 11038N / 052/ 131 / 131A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe (Folgemass- nahme)	B5	-		7
266172261108	NSG "Torfloch im Mörsch" -Feuchtfä- che-	42.31	Grauweiden- oder Ohrweiden-Feucht- gebüsch	1300 / 5100 / 7100	066 / 118 / 118A-01	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		20
Eigene Erhebung		34.68	Kammseggen-Ried	1300 / 5100 / 7100	067 / 117 / 117A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		5
Zwischensumme										55
LSG Hockenheimer Rheinbogen – Dauerhafte Entsiegelung im Bereich von Mastrückbauten										
166172260168	Land-Schilfröhricht westlich Hocken- heim - Riedwiesen	60.10	Von Bauwerken be- standene Fläche (Fundamentkopf)	1300 / 5100 / 7100	058-059 / 124-125 / 124A-125A	Dauerhaft durch Rückbau Mast- fundamente	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Ve- getation	2
NSG Hockenheimer Rheinbogen - Dauerhafte Entsiegelung im Bereich von Mastrückbauten										
166172269151	Großflächige Nass- wiesen im Bereich Leopoldswiese	60.10	Von Bauwerken be- standene Fläche (Fundamentkopf)	1300 / 5100 / 7100	060 / 123 / 123A	Dauerhaft durch Rückbau Mast- fundamente	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Ve- getation	2
166172269111/ 266172261108	Land-Schilfröhricht im Talraum vor Wald nordwestlich Altlußheim / NSG "Torfloch im Mörsch" -Feuchtfä- che-	60.10	Von Bauwerken be- standene Fläche (Fundamentkopf)	1300 / 5100 / 7100	067 / 117 / 117A	Dauerhaft durch Rückbau Mast- fundamente	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Ve- getation	2
266172261108	NSG "Torfloch im Mörsch" -Feuchtfä- che-	60.10	Von Bauwerken be- standene Fläche (Fundamentkopf)	1300 / 5100 / 7100	066 / 118 / 118A-01	Dauerhaft durch Rückbau Mast- fundamente	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Ve- getation	4
Zwischensumme										10
Gesamtfläche										15.099

3 Anträge bezüglich Naturschutzrecht – Zuständigkeit untere Naturschutzbehörde

Im Folgenden werden die Anträge nach Naturschutzrecht im Zuständigkeitsbereich der unteren Naturschutzbehörde im Hinblick auf die vom Vorhaben betroffenen Schutzgebiete

- Landschaftsschutzgebiete,
- Naturdenkmale und
- gesetzlich geschützte Biotop (außerhalb *NSG/ LSG Hockenheimer Rheinbogen*)

gesammelt aufgeführt.

Nachfolgend ist jeweils eine Zusammenfassung der für die Schutzgebiete relevanten Vorhabenbeschreibungen eingefügt. Weitere Information ist im Erläuterungsbericht (Register 1 Kapitel 4) und in Register 2.2 (Übersichtsplan mit Kennung Vorhaben und Folgemaßnahmen) bzw. Register 3 (Lagepläne und sonstige Pläne) enthalten.

3.1 Landschaftsschutzgebiete

Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die gemäß § 26 Abs. 1 BNatSchG eines besonderen Schutzes von Natur und Landschaft

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder
3. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung

bedürfen. In solchen Landschaftsschutzgebieten sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen (§ 26 Abs. 2 BNatSchG).

Nachfolgend wird auf die Landschaftsschutzgebiete, die im Eingriffsbereich des Vorhabens liegen, näher eingegangen.

3.1.1 Landschaftsschutzgebiet Unterer Dossenwald (2.22.014)

Das LSG *Unterer Dossenwald (2.22.014)* umfasst eine Fläche von ca. 770 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Bürgermeisteramts Mannheim vom 28. Oktober 1986 (LSG-VO Unterer Dossenwald) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Ab der nördlichen Planfeststellungsgrenze für Abschnitt Süd-2 sollen beide Stromkreise von Vorhaben 19 ab Mast 7100/164A Richtung Süden wieder auf einem Gestänge geführt werden. Dafür wird eine neue 380-kV-Anlage 7100 errichtet und die bestehende 220-kV Anlage 5100 zurückgebaut.

Zwischen Rheinau und Brühl gibt es aufgrund der vorhandenen Straßen sowie Freileitungsinfrastruktur, der Wildtier - Freigehege und dem FFH-Gebiet *DE 6617-341 Sandgebiete zwischen Mannheim und Sandhausen* zahlreiche Restriktionen, welche die Trassierungsmöglichkeiten einschränken.

Die Trassenachse soll auf Anlage 7100 zwischen Mast 163B und Mast 156B-02 in einem neuen Verlauf möglichst direkt nach Süden und östlich der Autobahn A6 geführt werden. Hierbei sollen die Maste 159B - 157B in Bündelung mit der Autobahn A6 gebaut werden, um Auswirkungen aufgrund der Querung des Schutzgebietes möglichst gering zu halten. Nach Querung der Autobahn soll der Ersatzneubau zwischen Mast 156B-02, 155B-01 und 154A aufgrund der vorhandenen Bebauung wieder auf die bestehende Trasse geführt werden.

Durch den Neubau von Anlage 7100 kann die bestehende Anlage 5100 von Mast 164 bis 154 zurückgebaut werden.

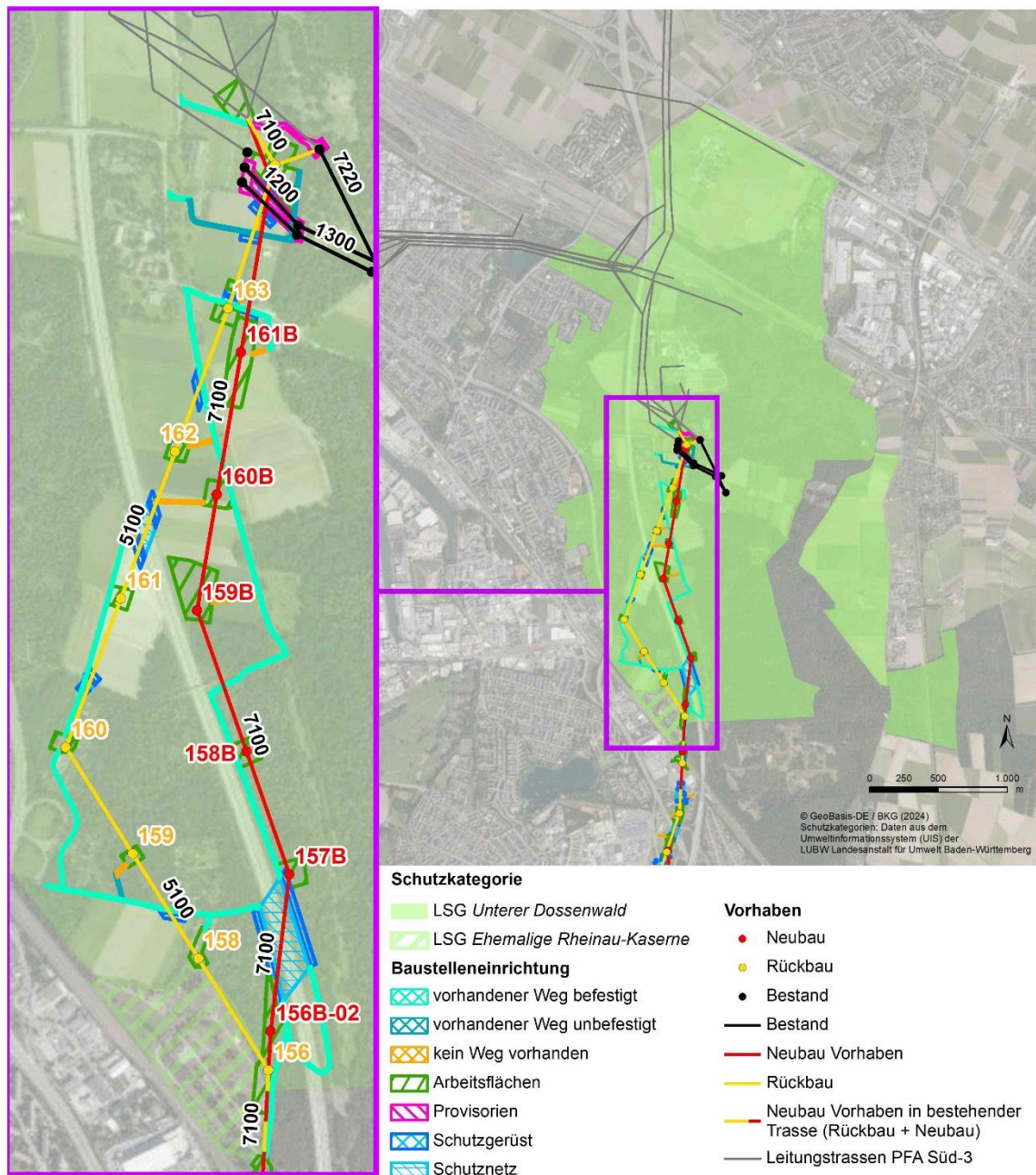


Abbildung 5: Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes Unterer Dossenwald und Ehemalige Rheinau-Kaserne

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

Der Schutzzweck gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung enthält folgende Vorgaben:

1. die Sicherung und Erhaltung der bewaldeten Flächen mit den charakteristischen, nacheiszeitlichen Dünenzügen, den bestehenden Waldrändern und der offenen Feld- und Wiesenflur;

2. die Erhaltung und Förderung der aus Wald-, Hecken- und Gehölzstreifen, Flur, Wiesen, Böschungs- und Dammwiesen bestehenden ökologisch wertvollen Biotopstrukturen und Lebensstätten für die gefährdete und schützenswerte Pflanzen- und Tierwelt;
3. die Leistungsfähigkeit eines ausgewogenen Naturhaushaltes, insbesondere im Hinblick auf wichtige Grundwasservorkommen und das Stadtklima zu gewährleisten;
4. den Erholungswert für die Allgemeinheit zu erhalten.

In dem Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird,
6. die Flugsanddünen verändert oder geschädigt werden.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde.

Dem Erlaubnisvorbehalt unterliegen nach § 5 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlungen:

1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen;
2. Errichtung von Einfriedigungen;
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art;
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstückes erforderlich sind;
6. Anlage oder Veränderung von Straßen, Wegen, Plätzen oder anderen Verkehrswegen;
11. Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;
14. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;

16. Beseitigung oder Änderung von wesentlichen Landschaftsbestandteilen wie Bäumen, Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Schilf- und Rohrbeständen sowie ähnlichen Naturerscheinungen, die zur Zierde und Belebung des Landschaftsbildes beitragen oder im Interesse der Tierwelt Erhaltung verdienen;

Die Erlaubnis ist gemäß § 5 Abs. 3 der Schutzverordnung zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 der Schutzverordnung genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, unter Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlungen dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Schädigung der Natur, nachhaltige Störung Nutzungsfähigkeit, Änderung geschützte Flächennutzung

Im Rahmen des Vorhabens 19 Planfeststellungsabschnitt Süd-2 wird innerhalb des LSG *Unterer Dossenwald* der Trassenverlauf geändert. Dazu werden acht Masten der Anlage 5100 zurückgebaut sowie sieben Masten der Anlage 7100 neugebaut. Die bestehende Leitung und die Autobahn A6 ist bei der Betrachtung des Eingriffs als Vorbelastung zu werten. Die baubedingten Eingriffe sind zeitlich und räumlich begrenzt. Dauerhaft verbleiben punktuelle Versiegelungen und Änderungen der Vegetation im Mastgeviert. Ein Teilausgleich erfolgt über den Rückbau der acht bestehenden Masten, der damit einhergehenden Entsiegelung und Entwicklung der Vegetation wie jene der angrenzenden Bereiche (zumeist forstliche Rekultivierung). Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. Es werden Vermeidungsmaßnahmen zur bodenkundlichen Rekultivierung, Wiederherstellung hochwertiger Vegetation und zur forstlichen Rekultivierung berücksichtigt, um die Schädigung des Naturhaushalts soweit möglich zu beschränken (vgl. Maßnahmenblätter VBo4, V1, V2 im LBP Register 10.3). Betroffen durch den Neubau sind hier geringwertige Biotoptypen wie Ackerstandorte (37.11) und naturferne Wälder (59.21, 59.22, 59.17).

Insgesamt ist nicht mit einer Schädigung des Naturhaushalts, einer nachhaltigen Störung der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter oder einer dauerhaften Änderung einer geschützten Flächennutzung im Bereich des LSG *Unterer Dossenwald* zu rechnen.

Beeinträchtigung des Naturgenusses bzw. der besonderen Erholungseignung

Im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens kann es bauzeitlich zu Einschränkungen der Zugänglichkeit von Bereichen, die auch der siedlungsnahen Erholung dienen, und zu

Beeinträchtigungen durch Bautätigkeit (Lärm, Befahrung von Wegen, Anlage Provisorien und Errichtung Schutznetze) kommen. Die daraus resultierenden Beeinträchtigungen sind aufgrund ihrer vorübergehenden Dauer und Lage in Bereichen, die technisch vorgeprägt sind, als gering zu prognostizieren. Es entstehen bauzeitlich Beeinträchtigungen durch den Rückbau der Anlage 5100, deren Rückbau langfristig zu einer Aufwertung der siedlungsnahen Erholungseignung führt. Anlagebedingt sind durch die Änderung des Trassenverlaufs (Ersatzneubau Anlage 7100) und der Bündelung mit der Autobahn A6 und damit einhergehenden Nutzung eines vorbelasteten Bereichs keine negative Auswirkung auf den Naturgenuss und die Erholungseignung zu erwarten. Außerdem wird der Verlauf durch den Trassenrückbau der Anlage 5100 weiter als bisher vom Standort einer Kleingartenanlage abgerückt und aus einem Waldbereich komplett entfernt, was positiv auf den Naturgenuss/ Erholungseignung gewertet werden kann.

Verunstaltung des Landschaftsbildes

Die Masthöhe ist im zu betrachtenden Bereich mit bis zu 67,5 m sehr hoch, wobei auch die Bestandsmasten bereits Höhen von über 55 m aufweisen. Die Erhöhung ist bedingt durch Waldüberspannung, so dass eine neue Leitungsschneise damit vermieden wird. Besucher der Waldbereiche werden die Leitungen kaum sehen, da sie oberhalb der Baumkronen hängen. Eine Sichtbarkeit aus weiter Entfernung ist andererseits nicht ausgeschlossen. Die Erhöhung zur Bestandstrasse beträgt ca. 4 bis 12 m; diese Erhöhung ist auf weite Entfernung schwer wahrnehmbar. Die Trasse verkürzt sich um ca. 155 m im Bereich des LSG, insbesondere im Offenlandbereich, rückt von den Kleingärten ab und verläuft gebündelt parallel mit der A6. Es gibt eine Veränderung im Landschaftsbild, die jedoch in Summe keine Verschlechterung oder Verunstaltung des aktuellen Landschaftsbildes mit sich bringt.

Antrag

Es werden Handlungen notwendig, die dem Erlaubnisvorbehalt nach § 5 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung unterliegen. Diese Handlungen lassen nicht erkennen, dass sie den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck entgegenlaufen. Daher wird gemäß § 5 Abs. 3 der Schutzgebietsverordnung die Erlaubnis beantragt für: Neuerrichtung sieben Masten (Anlage 7100 Masten 163B bis 156B), Rückbau acht Masten (Anlage 5100 Masten 164 bis 156), Neubeseilung des Ersatzneubaues Anlage 7100, Einrichtung hierfür notwendiger (temporärer) Baulogistikflächen, Provisorien und deren Zuwegung.

Insgesamt wird festgestellt, dass das Vorhaben nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht im Widerspruch zum Schutzgebietszweck des LSG *Unterer Dossenwald* steht. Das Vorhaben erfüllt nicht die Verbote gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung.

3.1.2 Landschaftsschutzgebiet Ehemalige Rheinau-Kaserne (2.22.019)

Das LSG *Ehemalige Rheinau-Kaserne* (2.22.019) umfasst eine Fläche von ca. 8 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Bürgermeisteramts Mannheim vom 13. November 2020 (LSG-VO Ehemalige Rheinau-Kaserne) festgesetzt. Es grenzt an das LSG *Unterer Dossenwald* (2.22.014) an und ergänzt es räumlich im Südwesten.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Die bisherige 220-kV-Trasse der Anlage 5100 verläuft vom Mast 158 über Mast 156 bis Mast 1155 entlang der nordöstlichen und östlichen Grenze des LSG, wobei die Masten jeweils außerhalb des Gebiets stehen. Durch die Änderung der Trassenführung für die Neubautrasse 7100 entfällt der Verlauf entlang der nordöstlichen Grenze (Rückbau Mast 158 und 156). Trasse 7100 verläuft in Nord-Süd-Richtung zwischen Mast 156B-02 und Mast 155B-01 nur noch entlang der östlichen LSG-Grenze und überspannt das LSG. Die Neubaumasten 7100/156B-02 und 7100/155B-01 sind jeweils ca. 10 m höher als die Rückbaumasten 5100/156 und 5100/1155. Dies resultiert aus der nördlich angrenzenden Überspannung von Wald und der südlich fortgeführten Überspannung des Gewerbegebiets sowie der Kreuzungssituation der Autobahn A6 und der Bundesstraße B36 in ausreichender Höhe.

Bauzeitlich liegen Arbeitsflächen innerhalb dieses LSG, ca. 80 m² am nördlichen (Rückbaumast 5100/158) und ca. 3.060 m² im östlichen Bereich des LSG (Rückbaumast 5100/156, Neubaumast 7100/156B-02). Die Zuwegungen liegen außerhalb des LSG.

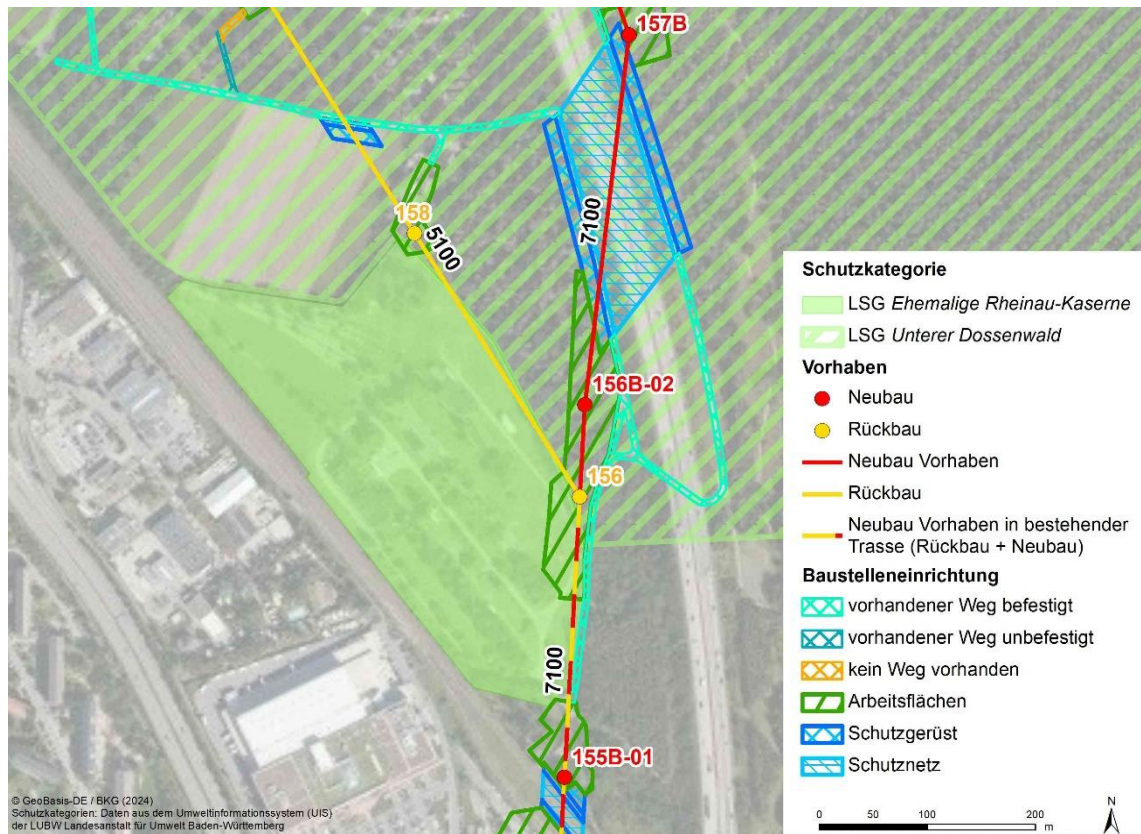


Abbildung 6: Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes *Ehemalige Rheinau-Kaserne*

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

Der Schutzzweck gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung ist:

- Erhalt und Förderung der vorhandenen Sand- und Trockenrasenvegetation mit ihren typischen Pflanzen- und Tierarten.
- Sicherung des Freiraumes als Puffer zum angrenzenden Landschaftsschutzgebiet Unterer Dossenwald und zum FFH-Gebiet „Sandrasen zwischen Mannheim und Sandhausen“ sowie den im Westen befindlichen Siedlungs- und Industrieflächen einschließlich der Bahnanlagen.
- Schutz vor baulicher Zersiedelung und Erhalt der offenen und halboffenen Landschaft aufgrund der ökologischen Bedeutung und der klimatischen Funktion.
- Erhaltung und Entwicklung der Strukturvielfalt, der Nischenqualität, der Rückzugsräume und Nahrungsgrundlagen vieler Arten.
- Erhaltung und Entwicklung der siedlungsnahen Landschaft als Offenland zur Förderung der an das Offenland angepassten Tier- und Pflanzenwelt, um diese auch als Lebens- und Erholungsraum für die Bevölkerung langfristig zu sichern und zu fördern.

In dem Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt wird,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird,
3. eine im Sinne des § 3 dieser VO geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird,
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt wird oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen können, stehen unter Erlaubnisvorbehalt, d.h. sie bedürfen gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Dazu zählen insbesondere gemäß § 5 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlungen:

1. wesentliche Landschaftsbestandteile wie z. B. Hecken, Einzelbäume zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern;
3. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;
8. die Bodengestalt zu verändern, insbesondere durch Auffüllungen und Abgrabungen,
15. Gegenstände zu lagern, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind.

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 der Schutzgebietsverordnung genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlungen dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Die betroffenen Flächen im östlichen Bereich umfassen überwiegend Biototyp 35.62 (ausdauernde Ruderalvegetation trockenwarmer Standorte) mit Arten der Sand- und Magerrasen (*Ononis repens* Kriechender Hauhechel, *Petrohagia prolifera* Sprossende Felsennelke). Des Weiteren Biototyp 60.21 (völlig versiegelter Weg), 59.17 (Laubbaumbestand) mit viel Robinie und Rubus im Unterwuchs und eine kleine Fläche 59.21 (Mischbestand aus Laub- und Nadelhölzern) mit hohem Anteil an *Pinus sylvestris* (Gemeine Kiefer), Robinie und Spätblühende (Amerikanische) Traubenkirsche. Damit sind

keine hochwertigen Biotoptypen betroffen. Die Gehölze wurzeln vermutlich außerhalb des ehemaligen Kasernengeländes und ragen mit dem Kronenbereich in den Bereich des LSG. Ein Hineinwachsen in den Bereich des LSG *Ehemalige Rheinau-Kaserne* seit Erlassen der Schutzverordnung kann nicht ausgeschlossen werden.

Schädigung der Natur, nachhaltige Störung Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, Änderung geschützte Flächennutzung

Bei den unbefestigten Arbeitsflächen bleibt der Oberboden bestehen und es werden Lastverteilungsplatten oder Aufschotterung über Sand/ Geotextil aufgebracht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Baugrube für den außerhalb des NSG liegenden Rückbaumast 5100/156 nicht in sehr geringem Maße in das LSG hineinreichen wird. Wobei davon auszugehen ist, dass der Rückbau nicht mehr Eingriffe in den Boden verursacht, als beim Bau des Masten in Anspruch genommen wurde. Nach Ende der Bauphase werden die Baugruben fachgerecht verfüllt, die Lastverteilung der Arbeitsflächen rückstandsfrei entfernt. Durch die temporäre Abdeckung und Auflast ist zunächst mit einem Ausfall von Arten, mit Entstehen von Lücken und einer Verschiebung des Artengefüges zu rechnen. Da die konkurrenzschwachen Arten der Magerrasen und Sandmagerasen auf lückig bewachsene Standorte angewiesen sind, ist davon auszugehen, dass sich die mageren Flächen durch natürliche Sukzession über Wiederaustrieb und Samenmaterial selbst regenerieren. Die Standortbedingungen ändern sich durch die temporäre Nutzung als Arbeitsfläche nicht. Durch die Wiederaufnahme der ursprünglichen Bewirtschaftung mit Mahd oder Beweidung wird sich das ursprüngliche Artengefüge innerhalb eines angemessenen Zeitraums wieder einstellen. Dieses Vorgehen ist im LBP und den zugehörigen Maßnahmenblättern festgehalten (V 4 Wiederherstellung Magerrasen und Sandmagerrasen sowie Ruderalfluren mit Arten der Sand- und Magerrasen). Langfristig ist nicht von einer Verschlechterung des Zustands wertgebender Biotoptypen durch das Vorhaben auszugehen. Weder wird der Naturhaushalt nachhaltig geschädigt oder die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter gestört oder eine geschützte Flächennutzung dauerhaft geändert.

Beeinträchtigung des Naturgenusses bzw. der besondere Erholungswert der Landschaft, Verunstaltung des Landschaftsbildes

Angesichts der als Vorbelastung zu wertenden bestehenden Anlage 5100 ist der Ersatzneubau als Anlage 7100 nicht als Beeinträchtigung des Naturgenusses oder des Erholungswertes der Landschaft zu werten. Zeitlich begrenzt ist der Naturgenuss durch Bautätigkeit (Flächeninanspruchnahme Arbeitsfläche, Lärm und Fahrzeugbewegung) eingeschränkt. Durch den Rückbau der Anlage 5100 entfällt der Verlauf entlang der nordöstlichen Grenze (Rückbau Mast 158 und Leitungen), so dass Leitungen nur noch die östliche Grenze überspannen. Hier verläuft die Trasse 7100 als Ersatzneubau der Anlage 5100. Damit kommt es zu einer Veränderung im Landschaftsbild, die jedoch nicht nachteilig ist und auch nicht den Naturgenuss und den Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt.

Antrag

Durch das Vorhaben wird der Schutzzweck des LSG nicht beeinträchtigt, Verbote nach § 4 werden nicht erfüllt.

Es werden Handlungen notwendig, die dem Erlaubnisvorbehalt nach § 5 Abs. 2 unterliegen. Auch diese Handlungen lassen nicht erkennen, dass sie den Charakter des Gebietes dauerhaft verändern oder dem Schutzzweck entgegenlaufen. Daher wird gemäß § 5 Abs. 3 der Schutzgebietsverordnung die Erlaubnis beantragt für: Einrichtung von Arbeitsflächen im Bereich Rückbaumast 5100/158 und Rückbaumast 5100/156 inklusive der Notwendigkeit, dort bauzeitlich Gegenstände zu lagern, ggf. Gehölz zurückzuschneiden. Ggf. wird die Baugrube von Rückbaumast 5100/156 gering in die Fläche des LSG hineinragen.

3.1.3 Landschaftsschutzgebiet Schwetzingen Schlossgarten und Umgebung (2.26.013)

Das LSG *Schwetzingen Schlossgarten und Umgebung (2.26.013)* umfasst eine Fläche von ca. 190 ha. Es wurde gemäß der Verordnung im Mannheimer Amtsanzeiger von 1952 (LSG-VO Schwetzingen Schlossgarten und Umgebung) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (vgl. Abbildung 7)

Zwischen Brühl und Ketsch wurde die bestehende 220kV-Freileitung (Anlage 5100) vielfach unterbaut, so dass der Parallelneubau der 380kV-Freileitung (Anlage 7100) eine potenziell konfliktärmere Trasse östlich von Brühl und Ketsch westlich von Schwetzingen zwischen Autobahn, Landesstrasse und Bahntrasse als Trasse zur Vermeidung der Siedlungsgebiete erschlossen wird. Im Bereich des LSG verläuft die Trasse zwischen der Autobahn A6, der Landesstraße L 599 und der Bahn. Mast 144A der Anlage 7100 wird aufgrund des südlich angrenzenden Ketscher Waldes erhöht, um eine Waldüberspannung zu ermöglichen. Dieser Mast befindet sich in einer Sichtachse des Schwetzingen Schlosses. Er wird jedoch aufgrund seiner Entfernung und Lage westlich der vorhandenen Bahnstromleitung in den vorhandenen Sichtachsen bzw. aus dem Garten des Schlosses heraus kaum zu erkennen sein, weil er aus Sicht des Schlosses hinter der Bahnstromleitung steht. Eine Visualisierung ist in Bearbeitung, es gibt laufende Abstimmungen mit dem Landesamt für Denkmalpflege. Nach Inbetriebnahme der neuen Freileitung kann Anlage 5100 im Bereich Brühl - Schwetzingen von Mast 154 bis 144 zurückgebaut werden, was ca. 160 m außerhalb der westlichen Grenze des LSG liegt.

Als Folgemaßnahme wird der Ersatzneubau von Mast 3303/007 als Mast 3303/007A auf der 110-kV-Anlage LA 3303 der Netze BW erforderlich (Folgemaßnahme 2), um von dort die beiden 110-kV Stromkreise zu Mast 7100/144A, der parallel verlaufenden neuen 380-kV-Anlage, zu führen. Grund hierfür ist, dass die neue Anlage 7100 ab Mast 144A

Richtung Süden in der bisherigen Trasse der Anlage 3303 als Vierfachgestänge mit zwei 380-kV und zwei 110-kV-Stromkreisen errichtet wird. Der Rückbau der Anlage 3303 und deren Mitnahmen auf Anlage 7100 ist erforderlich, um den frei werdenden Trassenraum für die neue Anlage nutzen zu können und diese parallel zur bestehenden DB Energie Leitung (Anlage 572) führen zu können (Bündelung dieser beiden Anlagen).

Innerhalb des LSG liegen Arbeitsflächen und deren Zuwegungen, ebenso wie Flächen für Schutzgerüste, welche die A 6 während des Rückbaues der Anlage 3303 sichern. Die Zuwegungen verlaufen größtenteils auf vorhandenen Wegen. Die letzten Meter zu den Arbeitsflächen beanspruchen Ackerflächen, auf denen die Arbeitsflächen geplant sind. Eines der Schutzgerüste am nördlichen Rand des LSG steht in einem Feldgehölz, was bauzeitlich hierfür rückgeschnitten wird. Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.

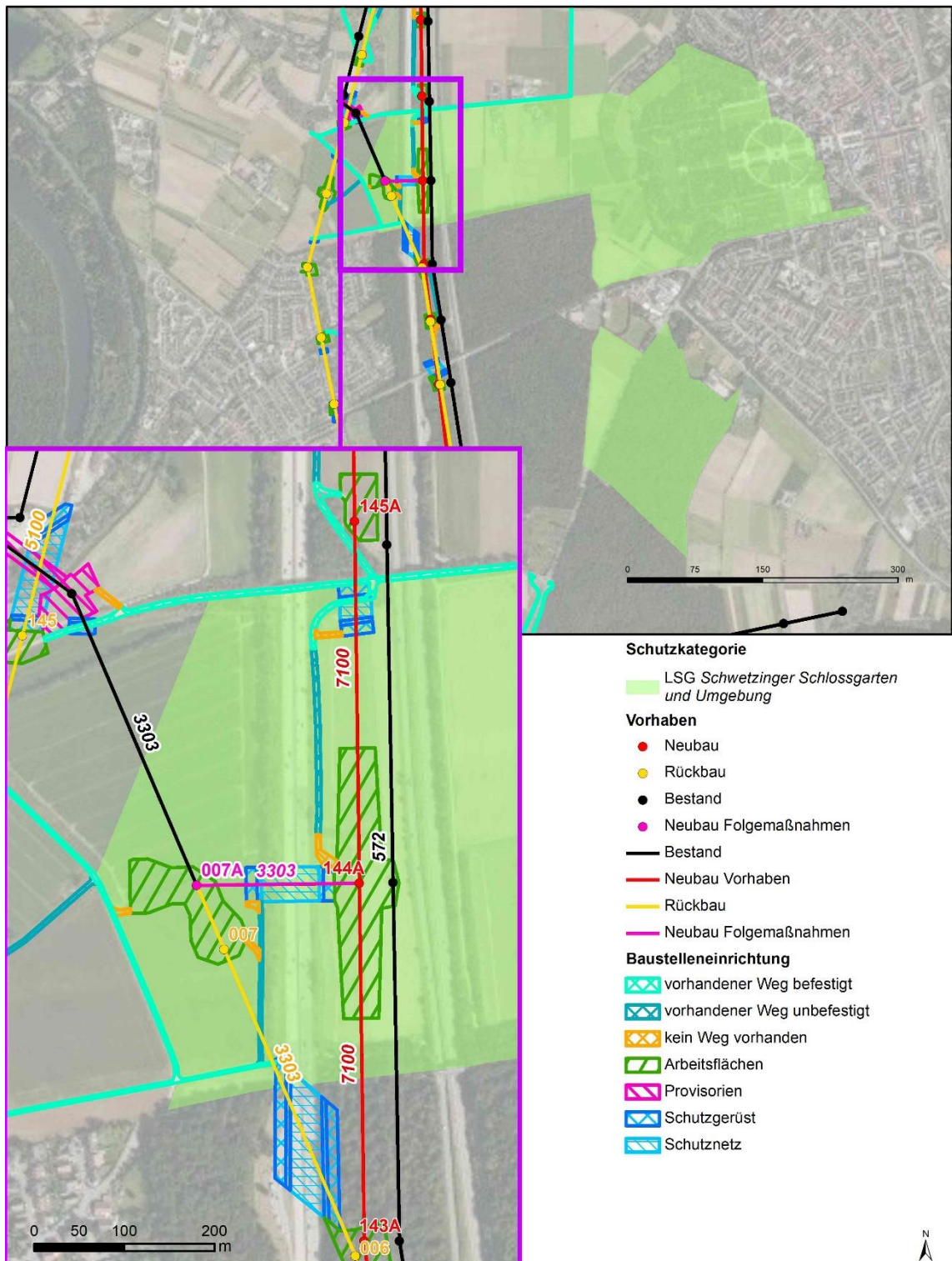


Abbildung 7: Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes Schwetzingen Schlossgarten und Umgebung

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

Nach § 2 der Schutzgebietsverordnung ist es verboten, innerhalb des LSG Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, das Landschaftsbild oder die Natur zu beeinträchtigen. Nach § 2 Abs. 2 fallen insbesondere unter das Verbot:

- a) die Anlage von Bauwerken aller Art, auch von solchen, die keiner baupolizeilichen Genehmigung bedürfen;
- b) das Lagern und Zelten an anderen als hierfür vorgesehenen Plätzen;
- c) das Ablagern von Abfällen, Müll und Schutt;
- d) das Anbringen von Tafeln, Inschriften und dergleichen, soweit sie sich nicht auf den Landschaftsschutz oder den Verkehr beziehen;
- e) der Bau von Drahtleitungen;
- f) die Anlage von Abschütthalden, Steinbrüchen, Kies-, Sand- oder Lehmgruben oder die Erweiterung bestehender Betriebe sofern sie im Widerspruch mit dem Sinn dieser Verordnung steht;
- g) die Beseitigung oder Beschädigung der vorhandenen Hecken, Bäume und Gehölze außerhalb des geschlossenen Waldes sowie der Tümpel und der Teiche;
- h) das Verlassen des Waldweges.

Nach § 4 dieser Schutzverordnung können Ausnahmen von den Vorschriften in besonderen Fällen zugelassen werden.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Mit Bezug zu der Verordnung stellt „a) die Anlage von Bauwerken aller Art“ und „e) der Bau von Drahtleitungen“ ein Verbot dar, was jedoch Vorhabenbestandteil (Neubau Mast 7100/144A und 3303/007A) (Folgemaßnahme 2) ist. Die entsprechende netzverstärkende Beseilung ist Ziel des Vorhabens.

Der bauzeitliche Rückschnitt des wegebegleitenden Feldgehölzes stellt keine Beseitigung oder Beschädigung dar. Feldgehölze sollten in regelmäßigen Abständen abschnittsweise auf Stock gesetzt werden. Das Feldgehölz wird sich nach Rückbau des Schutzgerüsts wieder entwickeln und in dem bisher üblichen Pflugesturnus gepflegt werden. Innerhalb des LSG werden durch das Vorhaben keine Hecken, Bäume und Gehölze außerhalb des geschlossenen Waldes beseitigt oder beschädigt. Ebenso nicht Tümpel und Teiche.

Antrag

Mit Bezug auf § 4 dieser Schutzverordnung wird eine Ausnahme von den Vorschriften für den Bau (und Rückbau) von Freileitungsmasten, für die Beseilung der Freileitungstrasse und die Einrichtung der hierfür erforderlichen Arbeitsflächen, Schutzgerüste und

Zuwegungen beantragt. Als besonderer Fall ist das überragende öffentliche Interesse anzuführen. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist es notwendig, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei.

3.2 Naturdenkmale

Naturdenkmale (ND) sind rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur, die gemäß § 28 Abs. 1 BNatSchG unter Schutz stehen und deren besonderer Schutz erforderlich ist

1. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder
2. wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit.

Die Beseitigung von Naturdenkmälern sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, sind nach Maßgabe der Bestimmungen verboten.

Im Planfeststellungsabschnitt Süd-2 ist ein Naturdenkmal betroffen. Es handelt sich um das flächenhafte Naturdenkmal *Sandrasen Waghäusel* zwischen Oberhausen, Philippsburg und Wiesental.

3.2.1 Naturdenkmal Sandrasen Waghäusel (Schutzgebiets-Nr. 82151060001)

Das Naturdenkmal umfasst eine Fläche von ca. 8.054 m² (0,8 ha) und wurde mit der Naturdenkmalverordnung vom 22. Februar 1989 des Landratsamts Karlsruhe mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Karlsruhe (Dritte Naturdenkmalverordnung Karlsruhe) unter Schutz gestellt. Es besteht aus zwei Teilflächen.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Naturdenkmals

Nordöstlich von Philippsburg werden die 380-kV und 110-kV Stromkreise ab Mast 7100/092A vom 380-/110-kV-Gemeinschaftsgestänge auf unterschiedliche Anlagen überführt. Aufgrund des Rückbaus der Anlage 1300 muss eine neue 110-kV-Verbindung mit zwei Stromkreisen zwischen dem neuen Mast 7100/092A und dem Mast 3306/001 errichtet werden. Diese Verbindung ersetzt die bisherige Verbindung zwischen den 110-kV-Freileitungen der Anlage 3306 Mast 001 und Anlage 1300 Mast 093 der Netze BW (Folgemaßnahme 12).

Am Rande der westlichen Teilfläche des Naturdenkmales befindet sich Mast 3306/001, welche im Rahmen des Vorhabens eine Zubeseilung (Folgemaßnahme12) erfährt. Hierfür ist bauzeitlich die Einrichtung eines Provisoriums notwendig, welches eine Fläche von ca. 980 m² des Naturdenkmales in Anspruch nimmt.

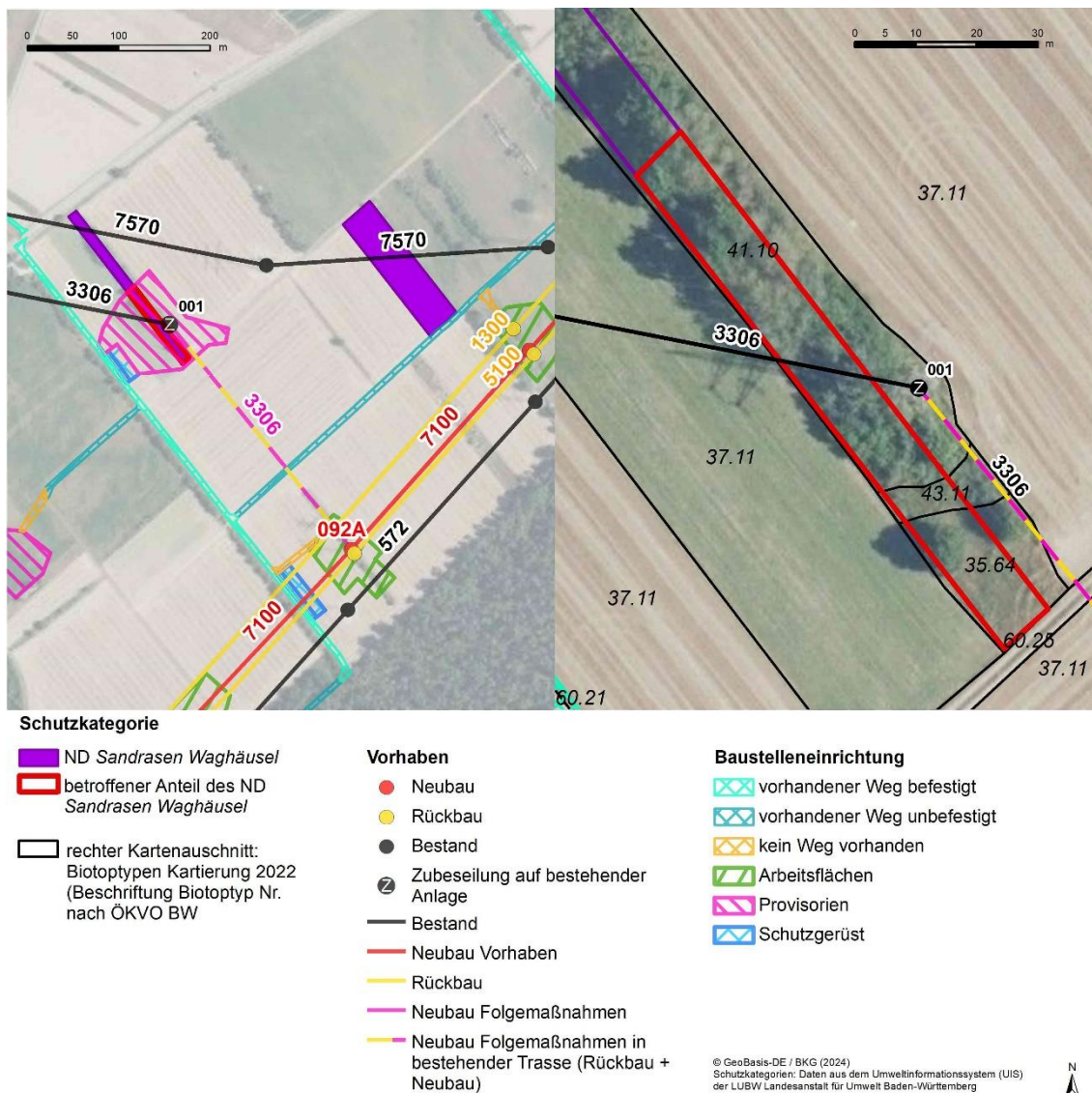


Abbildung 8: Provisorium im Bereich des Naturdenkmal Sandrasen Waghäusel zwischen Oberhausen, Philippsburg und Wiesental, linker Kartenausschnitt: Übersicht Lage zweiteiliges Naturdenkmal. rechter Kartenausschnitt: Detailsansicht betroffener Bereich mit Angabe der aktuell vorkommenden Biotypen.

Es wird erforderlich, zwischen Masten 3306/001 bis 1300/095 110-kV Freileitungsprovisorien (zwei Stromkreise) zur Anbindung der Anlage 3306 nach Philippsburg zu errichten. Nach derzeitigem Planungsstand beträgt der Nutzungszeitraum für dieses Provisorium 116 Wochen. Durch den Einsatz von Provisorien können die betroffenen Stromkreise während der Bauarbeiten weiter in Betrieb (spannungsführend) bleiben. Nach Ab-

schluss der Seilzugarbeiten und der Inbetriebnahme der neuen Stromkreise einschließlich der provisorisch umgeleiteten Stromkreise werden die Provisorien wieder stromlos geschaltet und zurückgebaut. Welche Arten Provisorien es gibt, ist in Register 1, Erläuterungsbericht, Kapitel 8 beschrieben.

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

Schutzzweck ist die Erhaltung von zwei Sand-Trockenrasen mit Feldgehölz als Lebensraum von teils seltenen Pflanzen und Tieren. Bedeutung als ökologische Ausgleichsfläche in der Agrarflur.

Generell ist es verboten, die Naturdenkmale zu entfernen sowie Handlungen vorzunehmen, die zu einer Zerstörung, Veränderung, Beeinträchtigung oder nachhaltigen Störung der Naturdenkmale oder ihrer geschützten Umgebung führen können. Beeinträchtigung ist auch die nachteilige Veränderung des Erscheinungsbildes.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Die unumgänglichen, jedoch nach Schutzgebietsverordnung verbotenen Handlungen durch das Vorhaben sind in Tabelle 4 genannt.

Tabelle 4: Darlegung zu den verbotenen Handlungen im ND *Sandrasen Waghäusel*

SchutzgebietsVO	Verbotene Handlungen (Insbesondere ist verboten...)	Erfüllung der verbotenen Handlung durch das Vorhaben
§ 2 Abs. 2 Nr. 2	Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;	Durch den beschriebenen Umbau erfolgt an Mast 3303/001 eine Zubeisung. Temporär muss eine Provisoriumsfläche mit ca. 980 m ² innerhalb der Schutzgebietsfläche angelegt werden..
§ 2 Abs. 2 Nr. 18	Ufergehölz, Bäume, Hecken oder Ödlandvegetation zu beseitigen oder zu beeinträchtigen;	Im Bereich dieser benötigten Provisoriumsfläche befindet sich aktuell Feldgehölz, welches voraussichtlich bodennah rückgeschnitten werden wird. Es bietet sich die Möglichkeit, diesen Rückschnitt zu nutzen, der Verbuschung der Sand-Trockenrasen in den letzten Jahre entgegenzutreten.
§ 2 Abs. 2 Nr. 20	Mauern, Zäune, Hecken oder ähnliche Einfriedigungen zu errichten oder zu verändern.	Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Provisoriumsfläche aus Sicherheitsgründen mit einem Baustellenzaun umschlossen werden muss.

Die in der Verordnung genannten Verbote treten nur temporär während der Bauzeit auf.

Geschützte Sand-Trockenrasen sind aktuell und auch bereits in der Biotopkartierung 2015 innerhalb des Naturdenkmales nicht mehr vorhanden. Daher kann es durch das Vorhaben diesbezüglich keine Beeinträchtigung geben. Seit der Unterschutzstellung 1989 hat durch Verbuschung das Feldgehölz Oberhand gewonnen. Aktuell sind durch die Provisoriumsfläche innerhalb der ND-Fläche 690 m² Feldgehölz, 235 m² grasreiche ausdauernde Ruderalvegetation und 55 m² Brombeer-Gestrüpp betroffen.

Nach Beendigung der Baumaßnahme werden generell standardmäßig sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. Im Falle der in Anspruch genommenen Fläche des Naturdenkmales *Sandrasen Waghäusel* wäre zu empfehlen, nicht wieder Feldgehölze zu pflanzen, sondern den Standort offen zu lassen, Samenpotential im Boden zu nutzen und zügig wieder die in der Schutzverordnung benannte Pflege einer jährlichen Mahd durch den Eigentümer / Bewirtschafter aufzunehmen. Es besteht nach Beendigung der Bautätigkeit damit die Chance, diesen Sand-Trockenrasen wieder zu etablieren.

Im Rahmen des Vorhabens wird vorgeschlagen diesen Standort nicht wieder mit Gehölzen aufzupflanzen, sondern als vegetationsarme Fläche zu belassen. Die jährliche Mahd lt. Schutzverordnung sollte bereits im ersten Jahr nach Beendigung der Baustelle einsetzen, ist jedoch nicht Gegenstand des Vorhabens, sondern im Rahmen der dauerhaften Pflege des Naturdenkmales durch die UNB mit dem Eigentümer bzw. Bewirtschafter der Fläche zu klären. Erfolgt keine Pflege, wird sich die aktuelle Verbuschung/ Feldgehölzbestand sukzessiv wieder einstellen.

Antrag

Es wird gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG i.V.m. § 54 Abs. 1 und 3 NatSchG BW eine Befreiung bezüglich der verbotenen Handlungen (vgl. Tabelle 4) beantragt, die im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens baubedingt erforderlich sind.

3.3 Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 33 und § 33a NatSchG BW

Rechtliche Grundlagen

Die Leitungstrasse quert an zahlreichen Stellen gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG sowie §§ 33 und 33a Naturschutzgesetz (NatSchG BW). In den überwiegenden Fällen werden diese überspannt. Eine Überspannung führt nicht dazu, dass gesetzlich geschützte Biotope beeinträchtigt werden (vgl. Register 1). Es können während der Bauzeit etwa durch die Anlage von Baustelleneinrichtungsflächen, Zuwegung und Schutzstreifen sowie das Aufstellen von Schutzgerüsten Beeinträchtigungen geschützter Biotope auftreten. Ebenso können durch (Ersatz)Neubau von Masten gesetzlich geschützte Biotope direkt betroffen sein. Umgekehrt kann es durch Rückbau von Masten in Bereichen gesetzlich geschützter Biotope, nach bauzeitlicher Beeinträchtigung, zu Aufwertungen und Flächengewinn für die geschützten Biotope kommen.

Grundsätzlich sind gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG *„Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung folgender Biotope führen können (...)"* verboten. Nach § 30a Abs. 3 Waldgesetz für Baden-Württemberg (LWaldG BW) sind *„(...) Handlungen, die zu einer Zerstörung oder erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung von Biotopschutzwald führen können (...)"* verboten. Dass bestimmte Biotoptypen gemäß § 33 NatSchG BW nur in der freien Landschaft geschützt sind, wurde im Rahmen der Erfassung mitberücksichtigt. Streuobstbestände ab 1.500 m² dürfen nach § 33a NatSchG BW *„...nur mit Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden."*

Es erfolgt eine detaillierte Prüfung der Auswirkungen auf die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope im Rahmen der vorliegenden Unterlage. Hierbei wird neben den Ergebnissen der eigenen Biotoptypenkartierung aus dem Jahr 2022 auch die landesweite Offenland- und Waldbiotopkartierung sowie Mähwiesenkartierung als Grundlage verwendet.

Im Abschnitt Süd-2 sind keine Streuobstbestände i. S. d. § 33a NatSchG betroffen.

Im Vorfeld wurden mögliche Beeinträchtigungen abgeschätzt und, soweit möglich, planerisch vermieden. Fachliche Hinweise/ Empfehlungen zur Umsetzung von Maßnahmen, die für den Antrag erforderlich sind, werden an entsprechender Stelle im LBP aufgezeigt (vgl. Register 10). Hierbei wurden die folgenden Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigt (in Klammern die Maßnahmennummern im LBP):

- Reduzierung der Arbeitsflächen und Zuwegung wurden auf das bautechnisch notwendige Maß (Optimierung erfolgte während Planungsprozess),
- Zufahrten erfolgen soweit technisch und unter Berücksichtigung anderer Belange möglich auf bestehenden bzw. befestigten Straßen und Wegen (Register 1, Kap.6.2),

- Bauzeitenbeschränkungen für Eingriffe in Gehölze, Hochstaudensäume und Verlandungszonen sowie Ackerflächen (Baufeldfreimachung) (VAR1/VS1, VAR2/VS4, VAR3, VAR4, VAR6/VS7, VAR8/VS8, VAR10),
- Wiederherstellung hochwertiger Vegetation im Offenland (V1), Magere Flachlandmähwiesen (V3) sowie Magerrasen und Sandmagerrasen (V4), forstliche Rekultivierung (V2)
- Bodenkundliche Baubegleitung, Dokumentation und Meldepflichten gemäß DIN 19639, Vermeidung von Bodenverdichtung (Lastverteilungsplatten, Aufschotterung über Sand/Geotextil), Schutz vor Vermischung, Vorgaben zum Bodenschutz bei Mastrückbau (VBo1 bis 3, VBo6)
- Wiederherstellung Bauflächen mit funktionserfüllendem Bodengefüge (VBo4)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (VBo5, VWRRL6)
- Schutzmaßnahmen für torfhaltige oder grundwasserbeeinflusste Böden (VBo9)
- Gewässerschutz bei Anlage von Gewässerquerungen, Vermeidung hydraulischer und stofflicher Belastungen von Gewässern (VWRRL1, 3, 5),

Sofern bei einzelnen Biotopen erhebliche Beeinträchtigungen auftreten, ist gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG / § 33 Abs. 3 NatSchG ein Ausnahmeantrag bei der unteren Naturschutzbehörde zu stellen. Voraussetzung dafür ist, dass die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können, d.h. ein funktional gleichwertiger Ausgleich im räumlich-funktionalen Zusammenhang erbracht werden kann. Falls ein solcher Ausgleich nicht möglich ist, muss eine Befreiung von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG bzw. § 33 Abs. 3 NatSchG gemäß § 67 BNatSchG/ § 54 Abs. 2 NatSchG beantragt werden. Als Voraussetzung hierfür gelten nach § 67 Abs. 1 BNatSchG die Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses, einschließlich solche sozialer und wirtschaftlicher Art oder die Bedingung, dass die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Für die Zulassung von Ausnahmen nach § 30 Abs. 3 BNatSchG ist gemäß § 33 Abs. 3 NatSchG in Naturschutzgebieten, Nationalparks, nationalen Naturmonumenten sowie Kern- und Pflegezonen von Biosphärengebieten die höhere Naturschutzbehörde zuständig. Diese Regelung kommt im Planfeststellungsabschnitt Süd-2 für den Bereich des *Hockenheimer Rheinbogens* zum Tragen, in welchem das gleichnamige Naturschutzgebiet liegt und mit dem ebenfalls gleichnamigen Landschaftsschutzgebiet eine räumliche Verzahnung eingeht. In deren gemeinsamer Schutzverordnung ist die Zuständigkeit der höheren Naturschutzbehörde geregelt. Daher sind die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope in diesem Bereich bereits in Kapitel 2.3 aufgeführt.

Vorhabenbedingte Beeinträchtigung von gesetzlich geschützten Biotopen

Innerhalb der Eingriffsbereiche, die aufgrund von Arbeitsflächen, Provisorien, Schutzgerüsten, Zuwegung, Schutzstreifen, Neubau und Rückbau entstehen, liegen teilweise

nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotop. Im Sinne einer Vermeidung und Minimierung verbleiben unter Berücksichtigung der bereits in Kapitel 0 genannten Maßnahmen nur unbedingt erforderliche Eingriffe.

Bei Eingriffsflächen, die eine Mindestfläche von 5 m² bzw. eine Breite von 0,5 m entlang von Zuwegungen unterschreiten, ist davon auszugehen, dass es sich entweder um eine gewisse Unschärfe handelt, die bei der Digitalisierung der Erfassungsergebnisse der Biotoptypenkartierung oder bei der Abgrenzung der Eingriffsflächen entstehen kann, sodass eine erhebliche Beeinträchtigung mit hinreichender Sicherheit in diesen Fällen auszuschließen ist. Diese Flächen sind in den folgenden Tabellen nicht mit dargestellt.

Eine Übersicht über die temporär nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotop im Eingriffsbereich zeigt Tabelle 5. Hier werden auch die Betroffenheit sowie die erforderlichen Maßnahmen aufgezeigt.

Eine Übersicht über die dauerhaft betroffenen nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotop im Eingriffsbereich (außerhalb des NSG/ LSG Hockenheimer Rheinniederung) zeigt Tabelle 3. Hier werden auch die Betroffenheit sowie die Maßnahmen zu einer geringflächigen Vergrößerung bestehender gesetzlicher Biotop bei Entsiegelung durch Mastrückbau in geschützten Beständen aufgezeigt.

Antrag Ausnahme

Für die temporär betroffenen Biotop, die wiederhergestellt werden, wird eine Ausnahme von den Schutzvorschriften des § 30 Abs. 2 BNatSchG/ § 33 Abs. 1 NatSchG beantragt. Der jeweilige funktional gleichwertige Ausgleich kann an gleicher Stelle erfolgen, da es sich um temporäre Eingriffe handelt. Nähere Angaben dazu finden sich in Tabelle 5 jeweils in der Spalte mit der Bezeichnung „Betroffenheit“ für die jeweiligen Eingriffe in einzelne gesetzlich geschützte Biotop. Bei der Flächeninanspruchnahme durch den Neubau von Mastgevierten bzw. den Rückbau von Mastgevierte wird davon ausgegangen, dass die dort bereits vorhandene bzw. umliegende Vegetation nach Bauabschluss wiederhergestellt wird oder sich je nach Biotoptyp und Standortbedingungen von selbst einstellen wird. Es handelt sich um keinen dauerhaften Biotopverlust, sondern um eine temporäre Beeinträchtigung während der Bauzeit.

Insgesamt werden 21.981 m² Biotopfläche temporär in Anspruch genommen. Für diese wird gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG eine Ausnahme von den Schutzvorschriften des § 30 Abs. 2 BNatSchG/ § 33 Abs. 1 NatSchG beantragt. Die Zuständigkeit liegt bei der unteren Naturschutzbehörde (§ 33 Abs. 3 NatSchG BW).

Tabelle 5: Temporäre Betroffenheit für gesetzlich geschützte Biotop im Eingriffsbereich des Planfeststellungsabschnittes Süd-2, außerhalb NSG/ LSG *Hockheimer Rheinbogen* (Zuständigkeit UNB) - Ausnahmeantrag

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
Temporäre bauzeitliche Inanspruchnahme, gleichartige und gleichwertige Wiederherstellung nach Beendigung Bauzeit – Antrag auf Ausnahme										
165172260310	Feldhecken zwischen A6 u. L599	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	7100	150A-151A	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	237
166172260035	Feldhecken südöstlich Brühl - Höhenweg	41.10	Feldgehölz	7100	145A	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	402
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte			Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	61
166172260106	Feldgehölze und Feldhecken II südwestlich Ketsch	41.10	Feldgehölz	572 / 1300 / 5100	1037 / 051 / 132	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	90
166172260108	Feldhecken II südlich Ketsch	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	572 / 1300 / 3303 / 7100	11030, 11031 / 044, 044A, 045, 2001 / 001 / 136A-01, 137A, 138A	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	487
166172269106	Gehölze an der Verbindung von L599 und L630	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	7100	148A-01	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	794
						Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	127
166172269107	Feldhecken am östlichen Ortsrand von Brühl	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	5100	148-149	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	92
167162150803	Röhricht Hohwiesen	41.10	Feldgehölz	0036 / 0037	003, 003A / 008	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	257
		42.31	Grauweiden- oder Ohrweiden-Feuchtgebüsch				B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.207

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
167162150808	Feldgehölz Bi- schoffsacker	41.10	Feldgehölz	1300 / 3306 / 5100 / 7100	093 / 001-002 / 092 / 092A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	139
167162150817	Feldgehölz Austücker	41.10	Feldgehölz	0036 / 0037	003, 003A / 008	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	559
						Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	493
167162150903	Feldgehölz Westliche Landstraßenacker II	41.10	Feldgehölz	1300 / 3306 / 5100 / 7100	093 / 001-002 / 092 / 092A	Temporär durch Arbeitsflächen Provisorien	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.238
167162150906	Feldgehölz Nördliche Landstraßenacker II	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	090 / 095 / 095A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	56
						Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	27
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	979
167162151913	Feldhecke O Königs- bohl	41.23	Schlehen-Feldhe- cke	1300 / 3306 / 5100 / 7100	093 / 001-002 / 092 / 092A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	255
167162151936	Sümpfe Hohwiesen Ost	33.21	Nasswiese basen- reicher Standorte der Tieflagen	0036 / 0037	003, 003A / 008	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	941
167172152708	Uferschilfröhricht an den Oberhäuser Bag- gerseen	34.51	Ufer-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	079 / 106 / 106A	Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	12
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	280
167172152710	Gehölze mit vorgela- gertem Schilfröhricht am Baggerseeufer	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	081 / 104 / 104A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	86
						Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	23

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	1.928
						Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	303
167172152713	Feldhecke auf dem Lärmschutzwall der Schnellbahnstrecke	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 3308 / 5100 / 7100	084-085 / 001 / 100-101 / 100A-101A	Temporär durch Arbeitsflächen Provisorien	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	482
167172152716	Feldhecke im Ge- wann 'Osterwiesen' a. d. 'Speckgasser Gra- ben'	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	081 / 104 / 104A	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	825
167172153044	Schlehenhecke und Röhricht 'Kloster- busch'	41.23	Schlehen-Feldhe- cke	1300 / 3308 / 5100 / 7100	084-085 / 001 / 100-101 / 100A-101A	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	76
167172153126	Feldhecke östl. Erlich- see, östl. Oberhausen	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	083 / 102 / 102A	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	36
266172261072	Althölzer SW "Ket- scher Wald"	56.40	Eichen-Sekundär- wald	3303 / 7100	006 / 143A	Mastgeviert	V3	V2	Forstliche Rekulti- vierung	152
						Rückbau Mastge- viert	B3	V2	Forstliche Rekulti- vierung	13
						Temporär durch Arbeitsflächen	B3	V2	Forstliche Rekulti- vierung	1.196
						Temporär durch Schutzgerüst	B3	V2	Forstliche Rekulti- vierung	777
367162150028	Magere Flachland- Mähwiesen am Rheinhauptdamm Rheinschanzinsel Süd	33.43	Magerwiese mittlere Standorte	0337	003-005	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V3	Wiederherstellung Magere Flach- land-Mähwiese	144
367162150049	Magere Wiesen am Rheinhochwasser- deich nördlich Phi- lippsburg	33.43	Magerwiese mittlere Standorte	0036 / 0037	003, 003A / 008	Temporär durch Zuwegung	B2	V3	Wiederherstellung Magere Flach- land-Mähwiese	188

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
367162150087	Magere Wiese bei Philippsburg westlich K3537	33.43	Magerwiese mittlerer Standorte	0036 / 0037	003, 003A / 008	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V3	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	2.024
Eigene Erhebung		36.44	Sandmagerrasen	0037	011	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V4	Wiederherstellung Sandrasen, Sandmagerrasen	579
						Temporär durch Zuwegung	B2	V4	Wiederherstellung Sandrasen, Sandmagerrasen	56
		34.52	Land-Schilfröhricht	0337	003-005	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	334
		34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	081 / 104 / 104A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	27
						Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	21
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	168
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	072, 072A / 111-1112 / 111A-112A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	50
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	258
						Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	57
		41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	083 / 102 / 102A	Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	16
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	325
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	087 / 098 / 098A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	57
						Rückbau Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	2

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
Eigene Erhebung						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	392
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	0888-089 / 096-097 / 096A-097A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	96
						Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	16
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	842
		41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	0888-089 / 096-097 / 096A-097A	Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	216
		41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	091-092 / 093-094 / 093A-094A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	19
						Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	15
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	336
		33.43	Magerwiese middle- rer Standorte	1300 / 5100 / 7100	094 / 091 / 091A	Temporär durch Zuwegung	B2	V3	Wiederherstellung Magere Flach- land-Mähwiese	48
		36.62	Sandrasen kalk- freier Standorte	1300 / 5100 / 7100	094 / 091 / 091A	Temporär durch Zuwegung	B2	V4	Wiederherstellung Sandrasen, Sand- magerrasen	22
		41.25	Holunder-Feldhe- cke	1300 / 3308 / 5100 / 7100	084-085 / 001 / 100-101 / 100A-101A	Mastgeviert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	19
						Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	10
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	308

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Massnahme	Be- troffene Fläche [m²]
Eigene Erhebung		34.62	Sumpfseggen- Ried	1300 / 3308 / 5100 / 7100	084-085 / 001 / 100-101 / 100A-101A	Rückbau Mastge- viert	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	6
						Temporär durch Arbeitsflächen	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	365
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100	049 / 134	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	17
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	5100	141	Temporär durch Schutzgerüst	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	51
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	7100	145A	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	180
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	7100	150A-151A	Temporär durch Zuwegung	B2	V1	Wiederherstellung Vegetation	11
Summe Fläche temporär beanspruchter gesetzlich geschützter Biotope (Wiederherstellung), Antragsgegenstand Ausnahme										21.981

Antrag Befreiung

Durch Mastneubau werden entlang des 27 km langen Planfeststellungsabschnitt Süd-2 ca. 91 m² geschützte Biotopfläche durch die neuen Fundamentköpfe dauerhaft in Anspruch genommen. Hierfür wird eine Befreiung von den Schutzvorschriften des § 30 Abs. 2 BNatSchG/ § 33 NatSchG gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG i.V.m. § 54 Abs. 2 NatSchG beantragt. Durch Mastrückbau werden ca. 4 m² dauerhaft entsiegelt (konservative Annahme bei Mastrückbau, da genaue Angaben zu Mastfundamenten nicht vorliegen) und die angrenzende geschützte Vegetation wiederhergestellt. Somit verbleibt eine dauerhafte Netto-Inanspruchnahme von ca. 87 m² geschützter Biotopfläche.

Von dem Verbot der Zerstörung von gesetzlich geschützten Biotopen kann Befreiung nach § 67 Abs. 1 gewährt werden, wenn

- 1 dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Für die Befreiungen ist die untere Naturschutzbehörde zuständig (§ 54 Abs. 2 Satz 1 NatSchG).

Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist es notwendig, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland, insbesondere in der Region Frankfurt – Karlsruhe, bei.

Hiermit wird die Befreiung von dem Verbot der Zerstörung gesetzlich geschützter Biotope (§ 30 Abs. 2 BNatSchG) für 91 m² geschützte Biotopfläche gemäß Tabelle 6 beantragt.

Tabelle 6: Dauerhafte Betroffenheit für gesetzlich geschützte Biotop im Eingriffsbereich des Planfeststellungsabschnittes Süd-2 (außerhalb NSG/ LSG *Hockheimer Rheinbogen*) - Befreiungsantrag (Zuständigkeit UNB)

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Biotop- typ- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maßn.	Maßnahme	Betrof- fene Fläche [m²]
Dauerhafte Inanspruchnahme– Antrag auf Befreiung										
167162150906	Feldgehölz Nördliche Landstraßenäcker II	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	090 / 095 / 095A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		15
167172152710	Gehölze mit vorgelagertem Schilfröhricht am Baggerseeufer	41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	081 / 104 / 104A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		14
266172261072	Althölzer SW "Ketscher Wald"	56.40	Eichen-Sekundärwald	3303 / 7100	006 / 143A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		15
Eigene Erhebung		34.52	Land-Schilfröhricht	1300 / 5100 / 7100	081 / 104 / 104A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		3
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	072, 072A / 111-112 / 111A-112A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		12
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	088-089 / 096-097 / 096A-097A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		15
		41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	1300 / 5100 / 7100	087 / 098 / 098A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		7
		41.10	Feldgehölz	1300 / 5100 / 7100	091-092 / 093-094 / 093A-094A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		4
		41.25	Holunder-Feldhecke	1300 / 3308 / 5100 / 7100	084-085 / 001 / 100-101 / 100A-101A	Dauerhaft durch Fundamentköpfe	B5	-		5
Summe Fläche dauerhaft in Anspruch genommener gesetzlich geschützter Biotop durch Neuversiegelung Mastfundamentköpfe										91
Dauerhafte Entsiegelung und Entwicklung geschützter Biotop (Vergrößerung angrenzender Bestand) - Ausgleich										
167172152708	Uferschilfröhricht an den Oberhäuser Baggerseen	60.10	Von Bauwerken bestandene Fläche	1300 / 5100 / 7100	079 / 106 / 106A	Dauerhaft durch Rückbau Mastfundamente	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Vegetation	2

Biotop-Nr.	Biotop-Name	Bio- toptyp- Nr.	Biototyp	Anlage	Maste	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maßn.	Maßnahme	Betrof- fene Fläche [m²]
167172152710	Gehölze mit vorgelagertem Schilfröhricht am Baggerseeufer	60.10	Von Bauwerken bestandene Fläche	1300 / 5100 / 7100	081 / 104 / 104A	Dauerhaft durch Rückbau Mastfundamente	B2	V1	Wiederherstellung angrenzender Vegetation	2
Summe Fläche dauerhaft neu entwickelbarer gesetzlich geschützter Biotope durch Entsiegelung Mastfundamentköpfe										4

4 Anträge bezüglich Wasserrecht

Die genauen Festlegungen zur Wasserhaltung und den zugehörigen Anträgen auf wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 8 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Nr. 4 und 5 und Abs. 2 Nr. 1 WHG sowie § 49 Abs. 1 Nr. 2 WHG i.V.m. § 43 Abs. 2 WG BW werden im Rahmen der weiteren Ausführungsplanung gestellt und sind dementsprechend nicht Teil der hier vorliegenden Unterlagen zu den Anträgen. Die folgenden Anträge beziehen sich daher nur auf Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Gewässerrandstreifen sowie auf die Rechtsverordnung des RP Karlsruhe zur Sicherung und Erhaltung der Schutzdämme am Rhein und an der Mündungsstrecke des Neckars.

Gemäß § 36 Abs. 1 WHG sind Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. Hierzu zählen nach § 36 Abs. 1 Nr. 2 WHG auch Leitungsanlagen. Ziel der Vorschrift ist unabhängig von den Auswirkungen auf die Gewässerunterhaltung, schädliche Veränderungen des Gewässers durch Anlagen zu vermeiden. Es werden u.a. die Anlagen bestimmt, die unterhaltungstechnisch selbstständig zu betrachten sind, womit der Eigentümer der Anlage für diese verantwortlich ist (vgl. BVerwG Urteil vom 29.04.2020 (Az. 7 C 29.18)). In Verbindung mit § 28 Abs. 1 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) bedürfen die oben genannten Anlagen einer wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung, wenn dadurch der Wasserabfluss, die Unterhaltung des Gewässers oder die ökologischen Funktionen des Gewässers beeinträchtigt oder die Schifffahrt oder die Fischerei gefährdet oder behindert werden können.

Durch das Vorhaben 19 werden im Planfeststellungsabschnitt Süd-2 die folgenden Gewässer durch die Leitungsanlage gequert: Leimbach, Kraichbach, Stranggraben, Alte Kraichbach, Kotlachgraben, Erlengraben, Kriegbach, Wagbach, Saalbach, Abzugsgraben, Hohwiesengraben, Rheinniederungskanal, NN-CI1 und NN-YV8.

Eine Behinderung oder Gefährdung für die Schifffahrt oder die Fischerei sowie eine Beeinträchtigung der Unterhaltung des Gewässers sind in der Regel durch Freileitungsanlagen nicht zu erwarten. Es ist hier davon auszugehen, dass der erforderliche Bodenabstand eingehalten wird und somit die Unterhaltung des Gewässers und der Randstreifen gewährleistet ist. Zudem sind jeweils im Bestand bereits Leitungsanlagen vorhanden, sodass zumindest eine Auswirkung auf die genannten Bewirtschaftungen auszuschließen ist. Durch eine Überspannung von Gewässer sind zudem keine Beeinträchtigungen von ökologischen Funktionen zu erwarten. Hinsichtlich der Lage von Masten in Überschwemmungsgebiete bzw. Gewässerrandstreifen erfolgt in den Kapiteln 4.2 bzw. 4.3 eine nähere Betrachtung. Beeinträchtigungen hinsichtlich der ökologischen Funktion der überspannten Gewässer sind hierbei nicht zu erwarten (vgl. Register 13.1).

Dementsprechend wird nach § 28 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung sowie Stilllegung der beantragten Freileitungsanlage im Bereich der jeweiligen Gewässer beantragt.

Ein Antrag auf die erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnisse zur Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1, welche insbesondere für die Bauwasserhaltung erforderlich werden sowie die entsprechend nachzuweisenden Tatbestandsvoraussetzungen werden im Zuge der Ausführungsplanung beantragt/zusammengestellt und sind damit nicht Bestandteil der vorliegenden Planfeststellungsunterlagen nach § 21 NABEG.

4.1 Wasserschutzgebiete (WSG)

Wasserschutzgebiete (WSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen gemäß § 51 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) das Wohl der Allgemeinheit erfordert, dass

1. Gewässer im Interesse der derzeit bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen,
2. das Grundwasser anzureichern oder
3. das schädliche Abfließen von Niederschlagswasser sowie das Abschwemmen und den Eintrag von Bodenbestandteilen, Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln in Gewässer zu vermeiden.

Hierzu wurden von der Landesregierung Baden-Württemberg Rechtsverordnungen für die Wasserschutzgebiete erlassen. Bei Trinkwasserschutzgebieten ist nach § 51 Abs. 2 WHG eine Einteilung in Zonen unterschiedlicher Schutzbestimmungen erforderlich.

Im Untersuchungsraum liegen fünf Wasserschutzgebiete. Von Eingriffsflächen im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens sind betroffen:

- Mannheim-Rheinau (222031) (Zone III und IIIA)
- Schwetzingen Hardt (226026) (Zone III und IIIA)
- Hockenheimer Rheinbogen (226047) (Zone III und IIIA)
- Oberhausen-Rheinhausen (215040) (Zone III und IIIA)
- Philippsburg, Pfiemenfeld, Mühlfeld, (215208) (Zone III und IIIA, III B)

4.1.1 Wasserschutzgebiet *Mannheim-Rheinau* (WSG-Nr. 222031)

Das WSG Nr. 222031 umfasst eine Fläche von ca. 3.600 ha. Es wurde gemäß der Verordnung der Stadt Mannheim zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Mannheim-Rheinau“ (früher „Rheinau“) vom 07.01.2014 festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

In der weiteren Schutzzone III und IIIA des Wasserschutzgebietes kommt es zu einer temporären Flächeninanspruchnahme durch die Herstellung von Arbeitsfläche zur Verlegung von Baueinsatzkabel als Provisorium. Diese Flächeninanspruchnahmen finden räumlich an Anlage 7220 Mast 019A in westliche Richtung zu Anlage 7100 Mast 164A, Anlage 1200 Mast 335A und Anlage 1300 Mast 002 statt. Bei den Masten handelt es sich um Bestandsmasten, welche vorhabenbedingt nicht verändert werden.

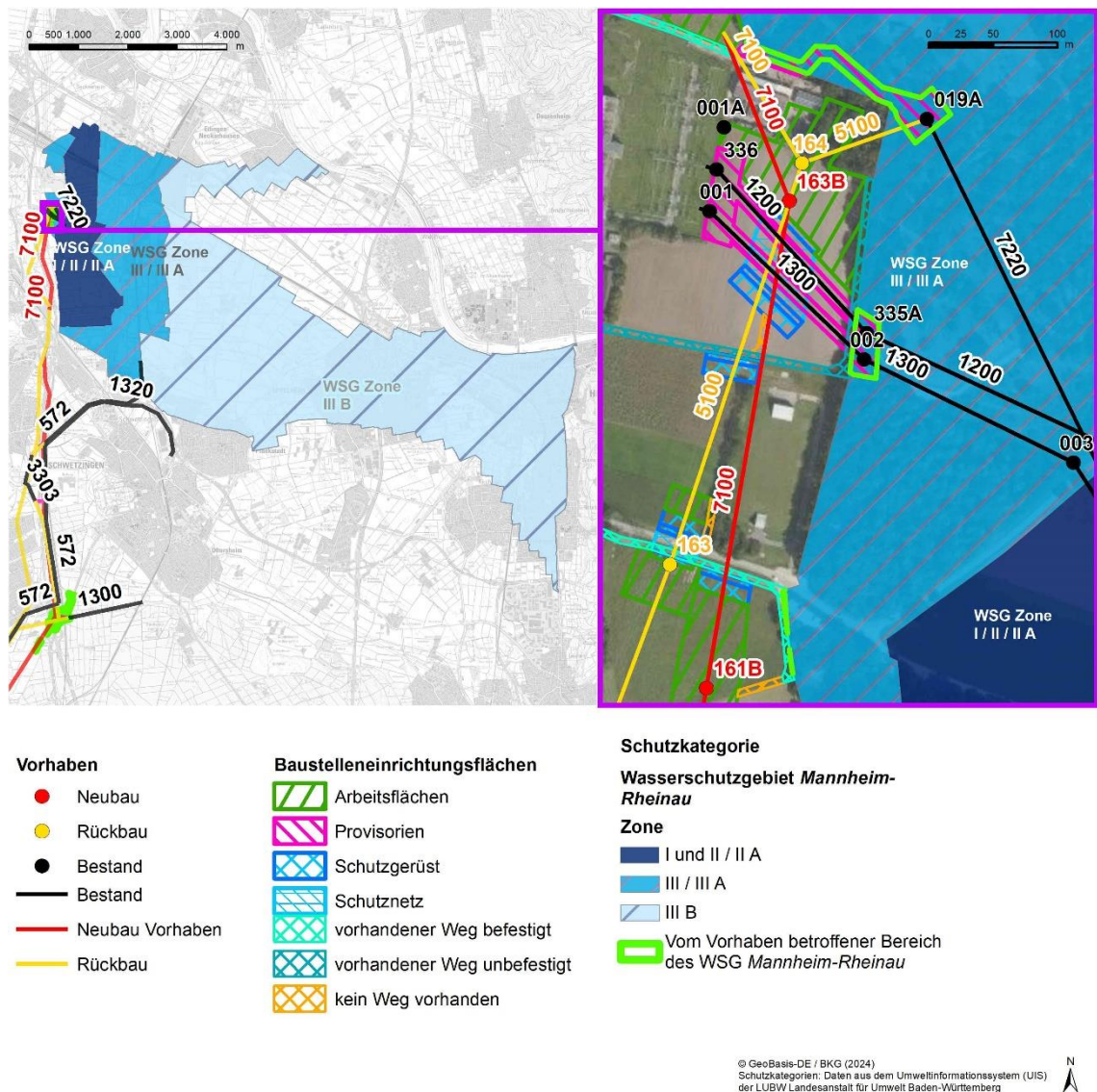


Abbildung 9: Vorhaben im Bereich des WSG Mannheim-Rheinau

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet wurde zum Schutz des Grundwassers im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Mannheim festgesetzt.

§§ 5-8 der Verordnung benennen Verbote für die engere und weitere Schutzzone, die über die Schutzgebiets- und AusgleichsVO (SchALVO) vom 20.02.2021 hinaus gehen.

Das Vorhaben liegt mit Provisoriumsflächen und Benutzung vorhandener Wege im Bereich der Weiteren Schutzzone III / IIIA und berührt folgende Verbots-Regelungen:

- Nach § 6, Nr. 1: Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb landwirtschaftlicher, gartenbaulicher und forstwirtschaftlicher Nutzung. Dies ist in der weiteren Schutzzone IIIA nur zulässig, sofern durch Vorkehrungen sichergestellt ist, dass ein Eindringen wassergefährdender Stoffe in den Boden / das Grundwasser nicht erfolgen kann.
- Nach § 6, Nr. 8: Versickern und Versenken von Abwasser und Niederschlagswasser. Zulässig ist die Niederschlagsbeseitigung unter Beachtung der geltenden Rechtslage.
- Nach § 7, Nr. 3: Handlungen bei Ausführung von Hoch- und Tiefbauten, durch die das Grundwasser verunreinigt werden kann, insbesondere Baustelleneinrichtungen, Baustofflager, Wohnunterkünfte, Toiletten, Betankungen, Warten von Fahrzeugen und Baumaschinen. In der weiteren Schutzzone IIIA sind nur Handlungen auf flüssigkeitsdichten Flächen oder in Einrichtungen zulässig, die ein Eindringen von grundwasserschädlichen oder beeinträchtigenden Stoffen ausschließen
- Nach § 8, Nr. 16: Verwendung von Schmierstoffen im Bereich Verlustschmierung und Schalöle. Zulässig sind in Schutzzone III nur biologisch schnell abbaubare Schmierstoffe und Schalöle

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Bei der Herrichtung der Provisorien werden keine Bodenarbeiten notwendig. Es erfolgen keine dauerhaften Nutzungsänderungen, Nitratstickstoffauswaschungen sind nicht zu besorgen. Jedoch werden Baumaschinen im randlichen Bereich des Wasserschutzgebietes Zone IIIA fahren müssen. Baufahrzeuge, die im Bereich vom Wasserschutzgebiet eingesetzt werden, und Tätigkeiten allgemein haben die im Maßnahmenblatt VBo5/VWRRRL6 „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ beschriebenen Anforderungen zu erfüllen.

Niederschlagswasser auf Provisoriumsflächen kann direkt versickern, ggf. kommt es zu einem seitlichen Versickern über die belebte Bodenschicht.

Des Weiteren kommt es zu keinen Bodenarbeiten oder zu baulichen Nutzungen (Hoch- und Tiefbauarbeiten), durch die das Grundwasser verunreinigt werden kann. Wartungsarbeiten, Betankungen, Materiallagerungen finden – abgesehen von den Leitungsprovisorien – außerhalb des Wasserschutzgebietes statt. Es ist nicht erkennbar, dass durch Leitungsprovisorien grundwasserschädliche oder beeinträchtigende Stoffe in den Boden oder ins Grundwasser gelangen könnten.

Eine Wasserhaltung ist für die Provisorien nicht erforderlich.

Bei Einhaltung der geltenden Vorschriften und unter Berücksichtigung der technischen Vorkehrungen und Einhaltung der Maßnahmen „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ (LBP-Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6) werden verbotene Handlungen vermieden. Ein Antrag auf Befreiung muss nicht gestellt werden.

4.1.2 Wasserschutzgebiet Schwetzingen Hardt (WSG-Nr. 226026)

Das WSG des Zweckverbandes Wasserversorgung (ZVWV) Kurpfalz im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Schwetzingen Hardt“ (226026) umfasst eine Fläche von ca. 2.980 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis vom 23.03.2022 zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen (WSG-VO Schwetzingen Hardt) festgesetzt. Gemäß hydrogeologischer Voreinschätzung (Register 13.2, Kap. 4.8.3) befinden sich die Masten des Vorhabens im Abstrombereich der Wasserefassung.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Innerhalb der weiteren Schutzzone III und IIIA befinden sich folgende Masten sowie die erforderlichen Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste bzw. -netze:

- Anlage 1300:
 - Rückbau: Mast 2001, Mast 044
 - Neubau Folgemaßnahme: Mast 044A
- Anlage 7100
 - Neubau: Mast 137A

Mast 7100/137A wird als Tiefengründung (Bohrpfahlgründung bis ca. 19 m Tiefe), Mast 1300/044A als Flachgründung (Baugrube bis ca. 2,5 m Tiefe) ausgeführt (Register 6.1).

Rückbaumasten 1300/2001 und 1300/044 werden bis 2 m Tiefe rückgebaut.

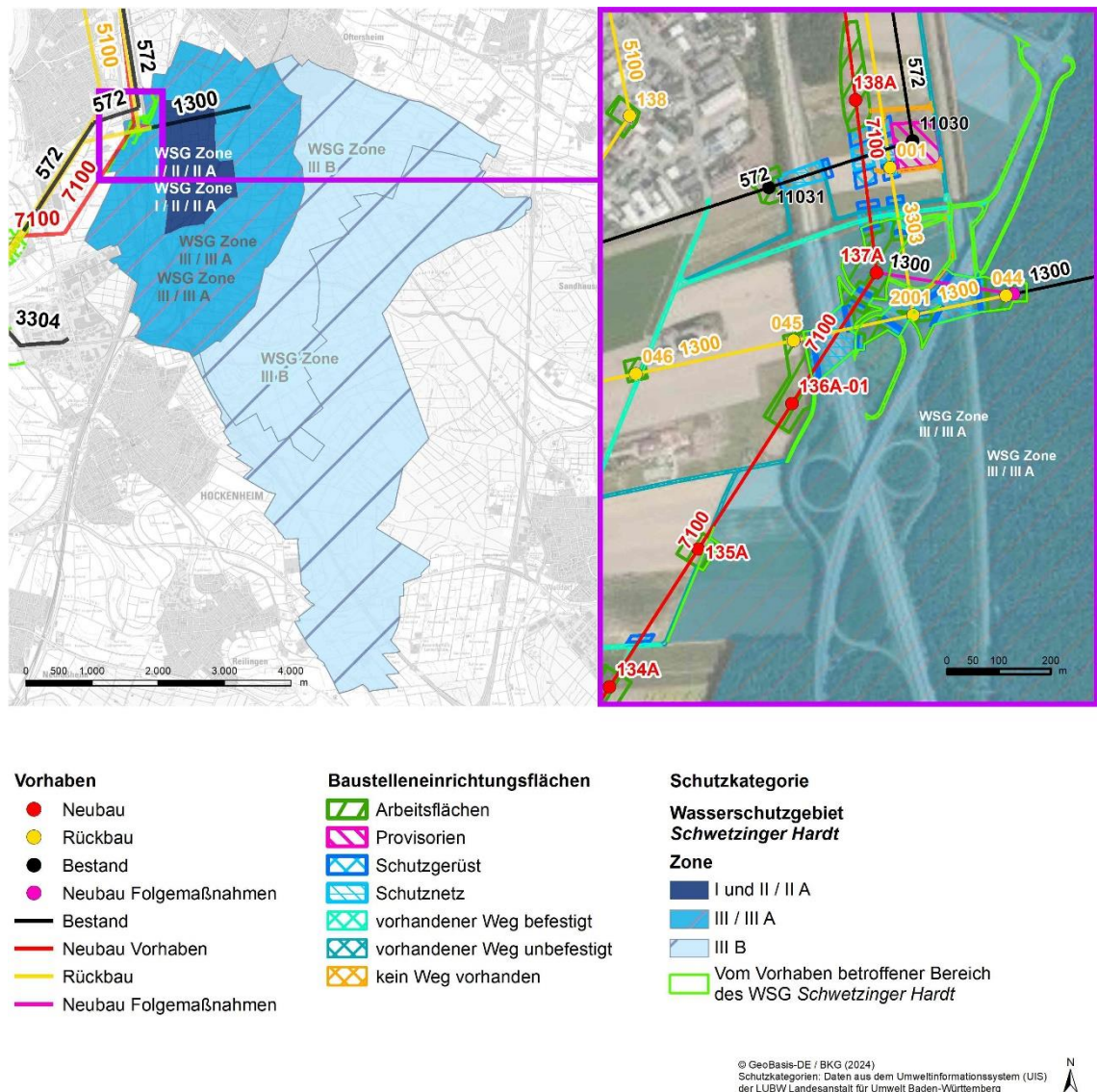


Abbildung 10: Vorhaben im Bereich des WSG Schwetzingen Hardt

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet wurde zum Schutz des Grundwassers im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung festgesetzt.

§§ 5-8 der Verordnung benennen Verbote für die engere und weitere Schutzzone, die über die Schutzgebiets- und AusgleichsVO (SchALVO) vom 20.02.2021 hinaus gehen.

Das Vorhaben verläuft im Bereich der Weiteren Schutzzone III / IIIA und berührt folgende Verbots-Regelungen:

- Nach § 6, Nr. 1: Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb landwirtschaftlicher, gartenbaulicher und forstwirtschaftlicher Nutzung. Dies ist in der weiteren Schutzzone IIIA nur unter Beachtung der geltenden Rechtslage (insbesondere der AwSV) zulässig.

- Nach § 6, Nr. 12: Versickern und Versenken von Abwasser und Niederschlagswasser. Zulässig ist die Niederschlagsbeseitigung unter Beachtung der geltenden Rechtslage.
- Nach § 6, Nr. 13: Verwerten von Bodenaushub. Zulässig nur unter Beachtung der bodenschutzrechtlichen Bestimmungen.
- Nach § 6, Nr. 14: Wiedereinbau von Bodenmaterial aus dem Bereich einer Altlast oder einer schädlichen Bodenveränderung am Ort der Entnahme. Verbot ohne Ausnahme in Schutzzone IIIA.
- Nach § 7, Nr. 1: Errichten und Erweitern von baulichen Anlagen. Zulässig sind in Schutzzone IIIA Vorhaben, sofern kein Eingriff in das Grundwasser erfolgt.
- Nach § 7, Nr. 3: Handlungen bei Ausführung von Hoch- und Tiefbauten durch die das Grundwasser verunreinigt werden kann, insbesondere Baustelleneinrichtungen, Baustofflager, ..., Betankung, Warten von Fahrzeugen und Baumaschinen. Zulässig sind in Schutzzone IIIA Handlungen auf flüssigkeitsdichten Flächen oder in Einrichtungen, die ein Eindringen von grundwasser-schädlichen oder grundwasserbeeinträchtigten Stoffen ausschließen.
- Nach § 7, Nr. 6: Neu-, Um- und Ausbau von Feld- und Waldwegen ist in Schutzzone IIIA zulässig.
- Nach § 8, Nr. 1: Maßnahmen zur Grundwasserabsenkung oder Grundwasserhaltung. In Schutzzone IIIA im Rahmen der Ausführung von Bauvorhaben vorübergehend zulässig, sofern eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung nicht zu erwarten ist und die geltende Rechtslage beachtet wird.
- Nach § 8, Nr. 4: Bohrungen. Zulässig sind Bohrungen ohne Eingriff in das Grundwasser.
- Nach § 8, Nr. 6: Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten, Freilegen und Ableiten von Grundwasser.

Nach § 10 der Schutzverordnung kann eine Befreiung von den Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Wasserschutzgebietsverordnung erteilt werden, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern oder ein berechtigtes Interesse an der Abweichung besteht und wegen anderweitiger Schutzvorkehrungen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Der Neubau von zwei Masten bedeutet die Errichtung baulicher Anlagen. Nach hydrogeologischer Voreinschätzung erfolgen bei drei der vier Masten (Rückbau 1300/2001, 1300/044 und Neubau Folgemaßnahme 1300/044A) keine Eingriffe in das Grundwasser, beim Neubau von Mast 7100/137A kann ein Eingriff ins Grundwasser nicht ausgeschlossen werden. Beim Rückbau von Masten 1300/2001 und 1300/044 sowie dem Neubau

der Masten 1300/044A und 7100/137A erfolgen Eingriffe in den Boden. Da durchschnittlich ein Grundwasserstand von 5,00 m unter Gelände zu erwarten ist (Register 13.2, Kap. 4.8.3), greifen die offenen Baugruben nicht ins Grundwasser ein.

Bei Mast 7100/137A erfolgt eine Bohrpfahlgründung bis ca. 19 m Tiefe (Register 6.1). Nach Fertigstellung der Bohrung wird eine Stahlbewehrung (Bewehrungskörbe) oder Stahltragglied in das Mantelrohr eingebracht und die Bohrung unter gleichzeitigem Herausziehen des Rohres aufbetoniert, so dass eventuell durch den Bohrvorgang durchtrennte Grundwasserschichten direkt wieder versiegelt werden (Register 1, Kap. 5.6 und 6.3).

Bei den Bodenarbeiten werden bodenschutzrechtliche Bestimmungen beachtet. Der Landschaftspflegerische Begleitplan (LBP) (Register 10) enthält Maßnahmenblätter zum Schutz vor Verdichtung, vor Vermischung, vor Eintrag von Schadstoffen, die Wiederherstellung bauzeitlich genutzter Flächen und die bodenkundliche Baubegleitung. Auch werden Schutzmaßnahmen für torfhaltige oder grundwasserbeeinflusste Böden vorgegeben.

Durch die kurzfristige Zwischenlagerung ist keine Nitratauswaschung zu besorgen. Es wird zwar marginal mehr organisch gebundener Stickstoff mineralisiert, aber das passiert in dem Zeitraum und auf der Skala in so einem geringen Maße, dass dies keine merklichen Auswirkungen hat.

Im Bereich dieser vier Masten, welche im WSG rück- oder neugebaute werden, sind keine Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen bekannt.

Bei den Rückbaumasten wird sich auf der Mastgeviertsfläche eine Nutzung wie umgebend einstellen, im Bereich 1300/044 Wald und bei Mast 1300/2001 Feldgehölz auf einer Verkehrsgrüninsel der A6/B291. Bei den Neubaumasten wird die Nutzung im Mastgeviert extensiviert, im Bereich 7100/137A wird keine Landwirtschaft mehr möglich sein, es wird sich eine Ruderalvegetation einstellen, im Bereich Mast 1300/044A (Folgebemaßnahme) wird der Wald eher lichterem Charakter haben.

Es werden Baumaschinen im Bereich des Wasserschutzgebietes Zone IIIA fahren müssen. Baufahrzeuge, die im Bereich von WSG eingesetzt werden, haben die im Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6 „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ beschriebenen Anforderungen zu erfüllen.

Niederschlagswasser von Baustelleneinrichtungsflächen kann direkt durch belebte Bodenschicht versickern, ggf. kommt es zu einem seitlichen Versickern über die belebte Bodenschicht.

Durch die Bohrung für die Gründung von Mast 7100/137A wird der Grundwasserkörper erreicht werden.

Öffentliches Interesse und Antrag

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i. V. m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Der Anlage hierzu die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vorrangliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten.

Unter Berücksichtigung der technischen Vorkehrungen und Einhaltung der geltenden Vorschriften und Maßnahmen „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ (LBP-Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6) werden einige verbotene Handlungen vermieden.

Jedoch können folgende Verbote nicht vermieden werden:

- Nach § 7, Nr. 1: Errichten und Erweitern von baulichen Anlagen ohne Eingriff in das Grundwasser,
- Nach § 8, Nr. 4: Bohrungen ohne Eingriff in das Grundwasser, und
- Nach § 8, Nr. 6: Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten, Freilegen und Ableiten von Grundwasser.

Daher wird eine Befreiung nach § 10 der Schutzverordnung von den o.g. Verboten beantragt. Das öffentliche Interesse liegt vor, es werden die geltenden Vorschriften eingehalten, technische Vorkehrungen getroffen und Maßnahmen im LBP festgesetzt werden, die eine Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderung des Grundwassers nicht besorgen lassen. Es ist nicht erkennbar, dass der Schutzzweck des Wasserschutzgebietes durch das Vorhaben gefährdet wird.

4.1.3 Wasserschutzgebiet *Hockenheimer Rheinbogen* (WSG-Nr. 226047)

Das WSG „Hockenheimer Rheinbogen“ (226047) umfasst eine Fläche von ca. 2.410 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis vom 04. Dezember 1980 im Einzugsbereich der Trinkwassergewinnungsanlagen *Hockenheimer Rheinbogen* des Zweckverbandes Wasserversorgung Kurpfalz (WSG-VO Hockenheimer Rheinbogen) festgesetzt. Die hydrogeologische Situation ist in Register 13.2, Kap. 4.8.2 beschrieben.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Innerhalb der weiteren Schutzzone III und IIIA befinden sich folgende Masten sowie die erforderlichen Arbeitsflächen, Zuwegungen, Flächen für Provisorien und Schutzgerüste bzw. -netze:

- Anlage 5100:
 - Rückbau: Mast 131 bis Mast 117
- Anlage 572:
 - Rückbau Folgemaßnahme: Mast 11038, 11039, 11040, 11042,
 - Neubau Folgemaßnahme: Mast 11038N, 11039N, 11040N-01, 11042
- Anlage 1300:
 - Rückbau: Mast 052 bis 067
- Anlage 3304:
 - Umbeseilung Mast 001
- Anlage 7100:
 - Neubau: Mast 131A bis 117A

Insgesamt liegen innerhalb dieses Schutzgebietes 35 Rückbaumasten und 19 Neubaumasten.

Die Neubaumasten der Anlage 572 (Folgemaßnahme) werden als Tiefgründung mit Tiefen 12 bis 26 m (572/11038N) ausgeführt. Die Neubaumasten der Anlage 7100 werden ebenfalls als Tiefgründung mit Tiefen von 10 bis 28 m ausgeführt. Die dazugehörigen Baugruben sind durchschnittlich 2,5 m tief, in vier Fällen bis 4 m.

Die Rückbaumasten der Anlage 1300 werden bis 2 m Tiefe zurückgebaut, die Rückbaumaste der Anlagen 572 und 5100 bis 1,5 m Tiefe.

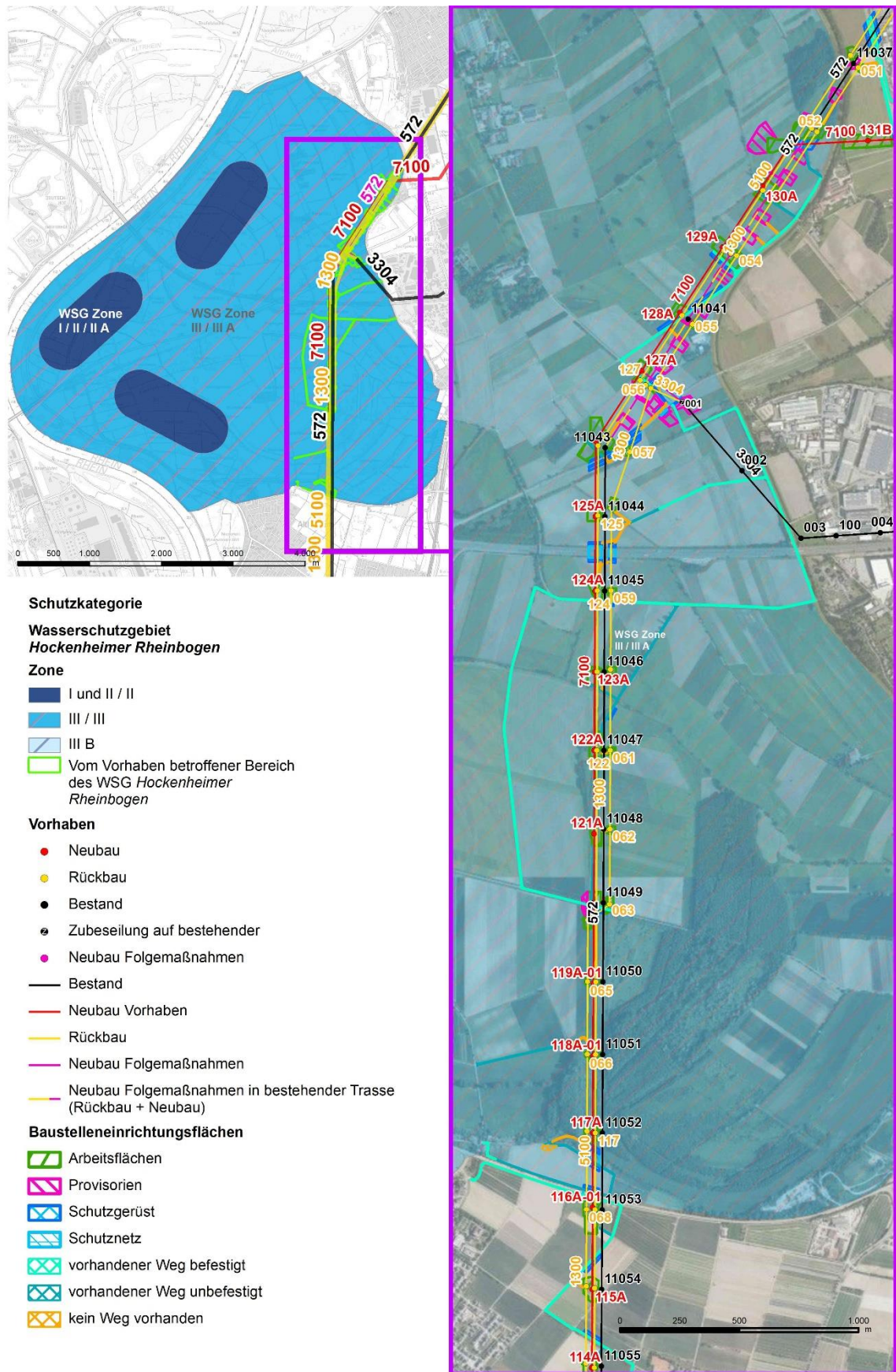


Abbildung 11: Vorhaben im Bereich des WSG Hockenheimer Rheinbogen

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet wurde zum Schutz des Grundwassers im Einzugsbereich der Trinkwassergewinnungsanlagen festgesetzt.

§§ 4-5 der Verordnung benennen Verbote für die engere und weitere Schutzzone, die über die Schutzgebiets- und AusgleichsVO (SchALVO) vom 20.02.2021 hinaus gehen.

Das Vorhaben verläuft im Bereich der Weiteren Schutzzone III / IIIA und berührt folgende Verbots-Regelungen:

- Nach § 4 Nr. 12: die Neuanlage von Kies-, Sand- und Tongruben sowie Bohrungen im Abstand von 400 m von dem äußeren Rand der Engeren Schutzzone.
- Nach § 4 Nr. 13: Handlungen, die das Eindringen von Treibstoffen, Ölen, giftigen und radioaktiven Stoffen, Trübungs-, Farb-, Geruchs-, oder Geschmacks- und anderen wassergefährdenden Stoffen in oberirdische Gewässer oder das Grundwasser erwarten lassen.

Gemäß § 3 Abs. 2 kann die zuständige Wasserbehörde im Einzelfall von den Verboten Ausnahmen zulassen, wenn wegen besonderer Schutzvorkehrungen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Für den Neubau von Masten werden Bohrungen für die Bohrpfahlgründungen notwendig. Allerdings liegen die Standorte für Neubaumasten mindestens 1.300 m von der engeren Schutzzone entfernt.

Bei Einhaltung geltender Vorschriften und unter Einbeziehung der Maßnahmen zum Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer in den Maßnahmenblättern des LBP ist nicht mit einer Verunreinigung des Grundwassers und dem Eindringen von wassergefährdenden Stoffen zu rechnen.

Durch die kurzfristige Zwischenlagerung ist keine Nitratauswaschung zu besorgen. Es wird zwar marginal mehr organisch gebundener Stickstoff mineralisiert, aber das passiert in dem Zeitraum und auf der Skala in so einem geringen Maße, dass dies keine merklichen Auswirkungen hat.

Bei Einhaltung geltender Vorschriften und unter Berücksichtigung der technischen Vorkehrungen und Einhaltung der Maßnahmen „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ (LBP-Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6) werden verbotene Handlungen vermieden. Ein Antrag auf Ausnahme nach § 3 Abs. 2 der Schutzverordnung muss nicht gestellt werden.

4.1.4 Wasserschutzgebiet Oberhausen-Rheinhausen (215040)

Das WSG Oberhausen-Rheinhausen (215040) umfasst eine Fläche von ca. 180 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamts Karlsruhe vom 29. Oktober 1984 zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Grundwasserfassungen des Wasserwerks der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen (WSG-VO Oberhausen-Rheinhausen) festgesetzt. Die hydrogeologische Situation ist in Register 13.2, Kapitel 4.8.1 beschrieben.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Innerhalb der weiteren Schutzzone III und IIIA befinden sich folgende Masten sowie die erforderlichen Arbeitsflächen, Provisoriumsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste bzw. -netze:

- Anlage 1300:
 - Rückbau: Mast 090 bis 093
- Anlage 7100:
 - Neubau: Mast 095A bis 092A
- Anlage 5100:
 - Rückbau: Mast 095 bis 092
- Anlage 3306:
 - Zubeseilung: Mast 001

Insgesamt werden acht Masten (Anlage 1300 und 5100) zurückgebaut und vier Masten neu gebaut (Anlage 7100).

Der Neubau der Masten 7100/095A bis 092A erfolgt gemäß Register 6.1 als Flachgründung (Plattenfundament) mit offenen Baugruben bis 3,5 m Tiefe. Der Rückbau der Stufenfundamente erfolgt bis 1,5 m unter Gelände (Anlage 5100) bzw. 2,00 m unter Gelände (Anlage 1300).

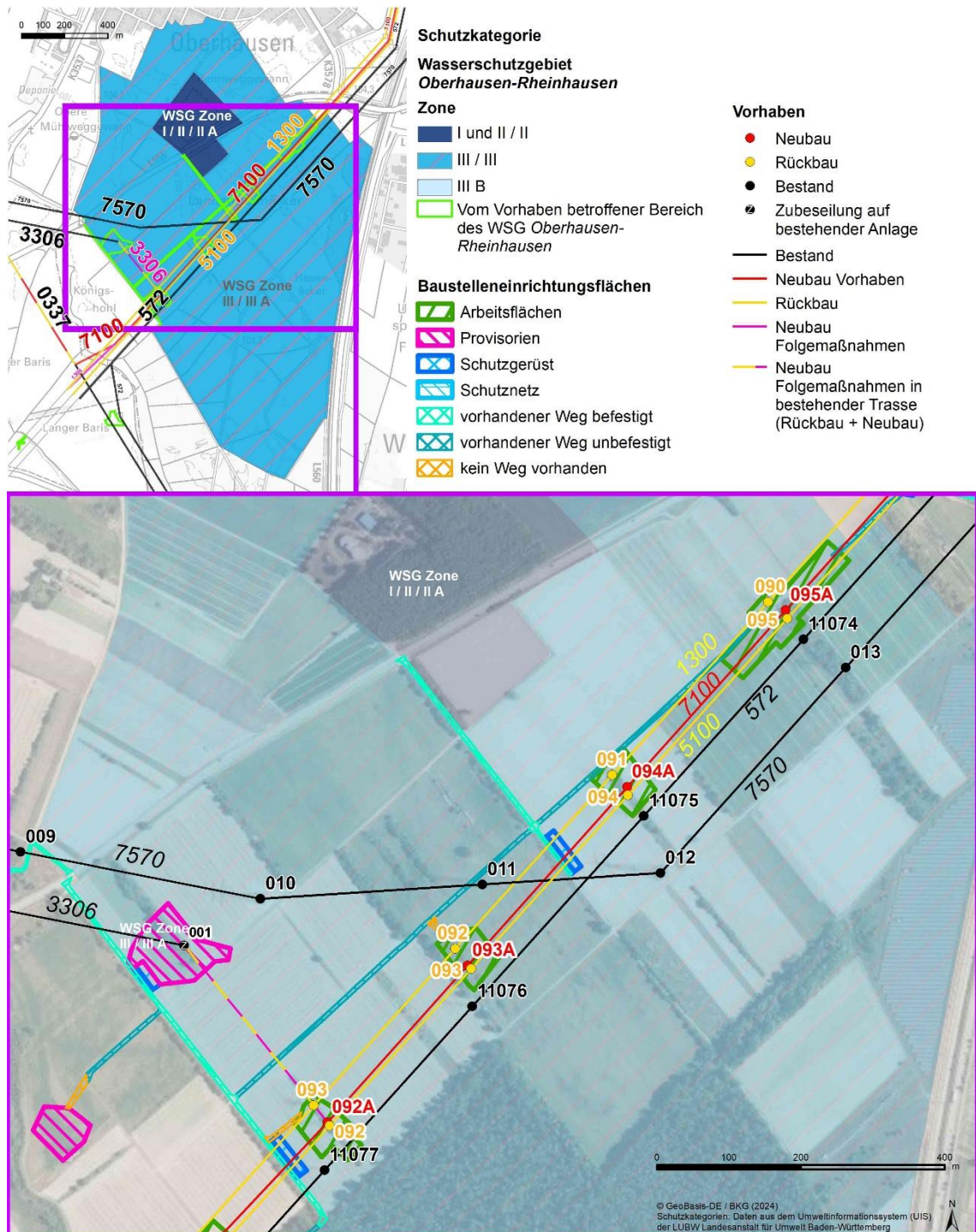


Abbildung 12: Vorhaben im Bereich des WSG Oberhausen-Rheinhausen

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet wurde im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung zum Schutz des Grundwassers festgesetzt.

§§ 2-4 der Verordnung benennen Verbote für die engere und weitere Schutzzone sowie den Fassungsbereich, die über die Schutzgebiets- und AusgleichsVO (SchALVO) vom 20.02.2021 hinaus gehen.

Das Vorhaben verläuft im Bereich der Weiteren Schutzzone III / IIIA und berührt folgende Verbots-Regelungen:

- Nach § 2, Nr. 17: Versickern von Abwasser einschl. des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers sowie von Kühlwasser.
- Nach § 2, Nr. 23: Anlegen oder wesentliches Erweitern von Erdaufschlüssen, insbesondere zum Gewinnen von Steinen und Erden, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird oder die Deckschichten wesentlich vermindert werden.
- Nach § 2, Nr. 24: Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Bodenschätzen sowie zum Speichern oder Ablagern von gasförmigen, flüssigen und festen Stoffen.

Nach § 6 der Schutzverordnung kann eine Befreiung von den Verboten dieser Wasserschutzgebietsverordnung erteilt werden, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern oder eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften wegen besonderer Schutzvorkehrungen nicht zu besorgen ist.

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Die Versickerung von Niederschlagswasser von Arbeitsflächen und Provisorien erfolgt überwiegend auf der Fläche selbst, ggf. erfolgt die Versickerung etwas seitlich versetzt durch die belebte Oberbodenschicht.

Für den Rückbau von acht Masten und den Neubau von vier Masten werden Baugruben notwendig. Es wird eine Bauwasserhaltung notwendig. Ein Eingriff in das Grundwasser kann bei den Baugruben zum Neubau (bis 3,5 m unter Gelände, Register 6.1) nicht ausgeschlossen werden. Die entnommenen Menge Wasser ist in Bezug auf die Auswirkungen auf das Grundwasser vernachlässigbar gering (Register 13.2, Kap. 4.8.1)

Deckschichten werden bauzeitlich im Bereich von Baugruben entfernt, mit Beendigung der Baustelle fachgerecht wieder eingebaut und in den Ausgangszustand zurück versetzt unter Einbeziehung einer bodenkundlichen Baubegleitung. Durch Einhaltung geltender Vorschriften kann eine Gefährdung des Bodens und des Grundwassers durch bauzeitliche Freilegung der Deckschichten und Abtrag mit der Gefahr von Verunreinigungen (Eintrag Trübstoffe, Schmieröle, Treibstoffe etc.) vermieden werden.

Durch die kurzfristige Zwischenlagerung ist keine Nitratauswaschung zu besorgen. Es wird zwar marginal mehr organisch gebundener Stickstoff mineralisiert, aber das passiert in dem Zeitraum und auf der Skala in so einem geringen Maße, dass dies keine merklichen Auswirkungen hat.

Öffentliches Interesse und Antrag

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Der Anlage hierzu die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten.

Unter Berücksichtigung der technischen Vorkehrungen und Einhaltung der Maßnahmen „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ (LBP-Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6) werden die zu besorgenden Auswirkungen von verbotenen Handlungen vermieden.

Auch wenn die Dimension der o.g. Verbote, Erdaufschlüsse und Bohrungen zur Gewinnung von Bodenschätzen anzulegen, mit diesem Vorhaben nicht angestrebt oder erreicht wird, so wird doch vorsorglich **der Antrag auf Befreiung von den o.g. Verboten nach § 2, Nr. 17, 23 und 24, zur Umsetzung des Vorhabens beantragt. Das öffentliche Interesse liegt vor, es werden geltende Vorschriften beachtet und technische Vorkehrungen getroffen sowie Maßnahmen im LBP festgesetzt, die eine Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderung des Grundwassers nicht besorgen lassen.**

4.1.5 Wasserschutzgebiet Philippsburg, Pfriemenfeld, Mühlfeld (215208)

Das WSG Philippsburg, Pfriemenfeld, Mühlfeld (215208) umfasst lt. Schutzgebietsverordnung eine Fläche von ca. 1.816 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamts Karlsruhe vom 30. Juli 1998 (WSG-VO Pfriemenfeld/Mühlfeld) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

In der weiteren Schutzzone III und IIIA des Wasserschutzgebietes kommt es zu einer temporären Flächeninanspruchnahme durch die Herstellung von Arbeitsfläche am Mast 0337/011 und zur Einrichtung einer Provisoriumsfläche inklusive Zuwegung an Mast 1300/096. Zudem befindet sich eine Arbeitsfläche an Mast 0337/019 und dessen Zuwegung auf vorhandenen Wegen innerhalb der weiteren Schutzzone IIIB.

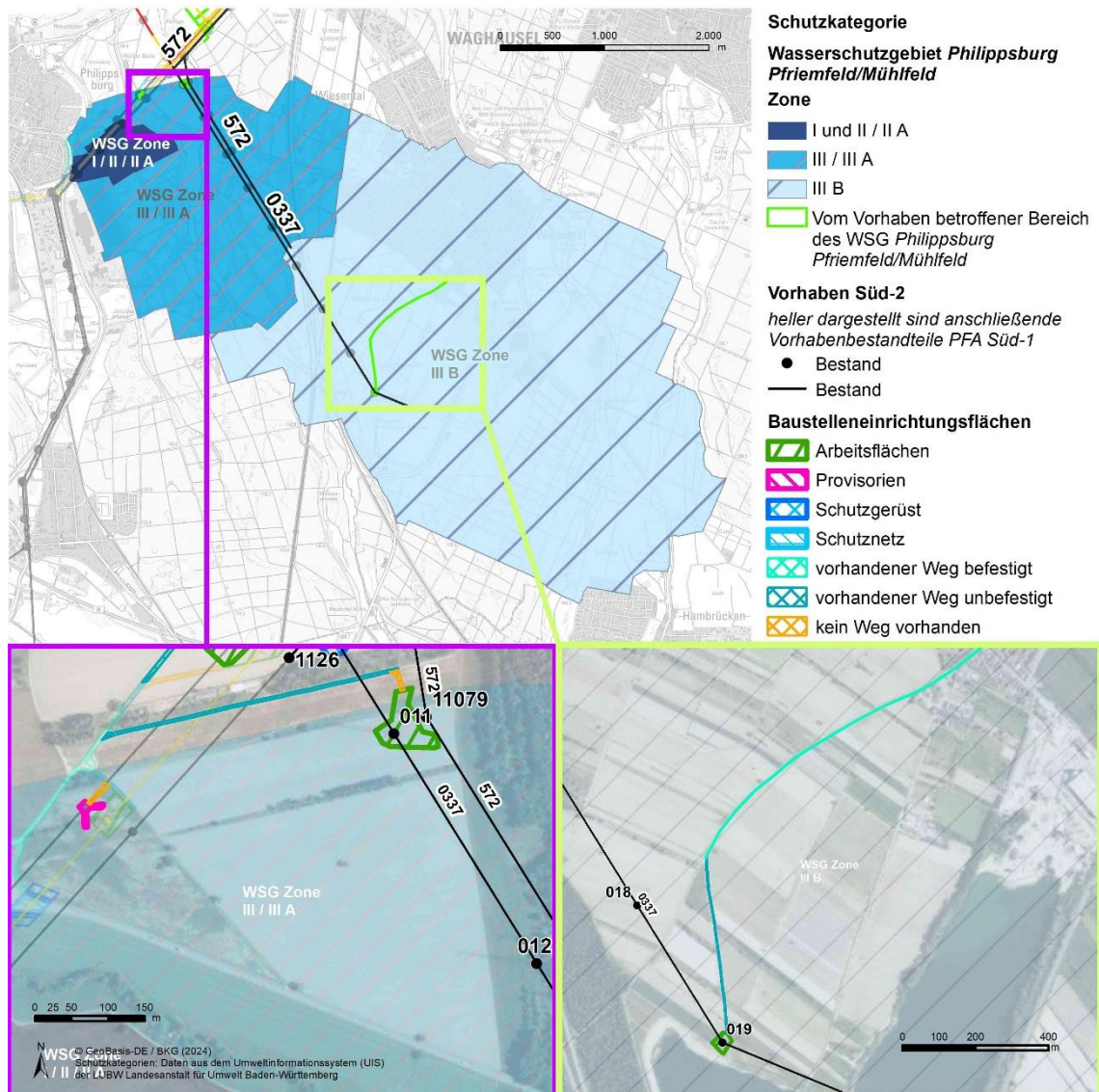


Abbildung 13: Vorhaben im Bereich des WSG Philippsburg, Pfriemfeld, Mühlfeld (215208)

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet wurde im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Pfriemfeld/ Mühlfeld“ der Stadt Philippsburg festgesetzt.

§§ 5-8 der Verordnung benennen Verbote für die engere und weitere Schutzzone, die über die Schutzgebiets- und AusgleichsVO (SchALVO) vom 20.02.2021 hinaus gehen.

Das Vorhaben verläuft im Bereich der Weiteren Schutzzone III / IIIA und berührt folgende Verbots-Regelungen:

- Nach § 6, Nr. 1: Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 25 WG außerhalb landwirtschaftlicher, gartenbaulicher und forstwirtschaftlicher Nutzung. Dies ist in der weiteren Schutzzone IIIA und IIIB nur zulässig, wenn eine

Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.

- Nach § 7, Nr. 2: Baustelleneinrichtungen, Baustofflager und Wohnunterkünfte für Baustellenbeschäftigte. Sind zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.
- Nach § 8, Nr. 13: Schmierstoffe im Bereich Verlustschmierung und Schalöle. Zulässig sind nur biologisch schnell abbaubare und insbesondere mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ ausgezeichnete Schmierstoffe und Schalöle.

Nach § 10 der Schutzverordnung kann eine Befreiung von den Verboten dieser Wasserschutzgebietsverordnung erteilt werden, wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder ein berechtigtes Interesse an der Abweichung besteht und wegen anderweitiger Schutzvorkehrungen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Bei der Herrichtung von Arbeitsflächen, das Provisoriums und deren Zuwegungen werden keine Eingriffe in den Boden notwendig. Es erfolgen keine dauerhaften Nutzungsänderungen, Nitratstickstoffauswaschungen sind nicht zu besorgen. Jedoch werden Baumaschinen im Bereich des Wasserschutzgebietes Zone IIIA und des Wasserschutzgebietes IIIB fahren müssen. Tätigkeiten im Bereich vom WSG haben die im Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6 „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ beschriebenen Anforderungen zu erfüllen. Darin enthalten ist der Einsatz von biologisch abbaubaren Hydraulikölen in Wasserschutzgebieten, die Prüfung der Dichtigkeit von Hydraulik-, Öl- und Treibstoffleitungen an Baufahrzeugen.

Unter Berücksichtigung der Einhaltung geltender Vorschriften, der technischen Vorkehrungen und Einhaltung der Maßnahmen „Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser“ (LBP-Maßnahmenblatt VBo5 bzw. VWRRL6) werden verbotene Handlungen bzw. negativen Wirkungen bezüglich des Schutzzwecks vermieden. Ein Antrag auf Befreiung muss nicht gestellt werden.

4.2 Überschwemmungsgebiete

Bei Überschwemmungsgebieten handelt es sich gemäß § 76 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) um Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und sonstigen Gebiete, die bei Hochwasser eines oberirdischen Gewässers überschwemmt bzw. durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.

Das Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) definiert in § 65 Abs. 1 WG BW, dass als festgesetzte Überschwemmungsgebiete folgende Gebiete gelten, ohne dass es einer weiteren Festsetzung bedarf:

1. Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Dämmen oder Hochufern,
2. Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist, und
3. Gebiete, die auf der Grundlage einer Planfeststellung oder Plangenehmigung für die Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.

Dementsprechend fallen die in den Hochwassergefahrenkarten dargestellten HQ₁₀₀-Flächen ohne weitere Verfahren oder Rechtsakte unter diesen Schutz als festgesetztes Überschwemmungsgebiet.

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist gemäß § 78 Abs. 4 WHG die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) (u.a. öffentliche Versorgung mit Elektrizität (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)) untersagt.

Die Voraussetzungen für eine wasserrechtliche Genehmigung bezüglich der Errichtung oder Erweiterung von baulichen Anlagen im Einzelfall sind unter § 78 Abs. 5 WHG aufgeführt.

1. Eine Genehmigung kann erteilt werden, wenn das Vorhaben
 - a. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verlorengelassenem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
 - b. den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
 - c. den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
 - d. hochwasserangepasst ausgeführt wird oder
2. die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.

Grundsätzlich wird als Vermeidungsmaßnahme innerhalb von HQ₁₀₀-Überflutungsflächen, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist, festgelegt, dass keine abschwemmbaren Materialien gelagert werden dürfen (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 14.1). Nachfolgend sind die Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG dargestellt, die sich mit den Eingriffsflächen überschneiden. Bei Eingriffsflächen, die eine Mindestfläche von 10 m² unterschreiten, ist davon auszugehen, dass es sich um eine gewisse Unschärfe, bei der Digitalisierung von Eingriffsflächen handelt, sodass eine Beeinträchtigung mit hinreichender Sicherheit auszuschließen ist.

4.2.1 Überschwemmungsgebiete im Eingriffsbereich Planfeststellungsabschnitt Süd-2

Es ist kein durch Rechtsverordnung nach Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) festgesetztes Überschwemmungsgebiet betroffen. Gemäß dem Datensatz der LUBW (Daten- und Kartendienst) finden vorhabenbedingt Eingriffe in HQ₁₀₀-Überflutungsflächen statt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Überschwemmungsgebietes

Im Bereich der Überschwemmungsgebiete des Leimbachs und Kriegbachs kommt es zur temporären Anlage von Arbeitsflächen für ein Provisorium und Schutznetz sowie eine Verankerungsfläche für ein Schutzgerüst.

Tabelle 7: Betroffene HQ₁₀₀-Überflutungsflächen

Gewässer	Baustelleneinrichtungsfläche	Leitungsanlage/Mastnummern
Leimbach	Arbeitsfläche Provisorium	Baueinsatzkabel zwischen 1320/003A und 1320/004A
	Zuwegung (keine vorhanden)	7100/147A, 1320/004, 1320/004A
Kriegbach	Schutzgerüst (Verankerungsfläche)	zwischen Mast 1300/077 (bzw. 7100/108A, 5100/108) und 1300/076 (bzw. 7100/109A, 5100/109A)
	Zuwegung (unbefestigt vorhanden) zum Schutzgerüst	-

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konflikts

Innerhalb der Überschwemmungsgebiete kommt es lediglich zu temporären Eingriffen. Für die Schutzgerüste ist im Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie (Register 13.1) als Vermeidungsmaßnahme festgelegt, dass diese so zu verankern sind, dass die sie Überschwemmungen im Fall von Hochwasserereignissen während der Bauzeit standhalten und es bei der Installation nicht zu einem Abschwemmen ins Gewässer oder Unterspülungen kommt (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 13.1). Zudem sind im Bereich der Arbeitsflächen bei Ankündigung von Starkregenereignissen oder Schlechtwetterperioden alle Fahrzeuge, Geräte sowie Lagerbehälter aus dem Überschwemmungsgebiet zu entfernen (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 13.1). Vor dem Hintergrund, dass es zu keiner dauerhaften Anlage innerhalb der Überschwemmungsgebiete kommt, besteht keine Notwendigkeit für eine wasserrechtliche Genehmigung nach § 78 Abs. 5 WHG.

4.3 Gewässerrandstreifen

Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 38 Abs. 2 S. 1 WHG umfasst der Gewässerrandstreifen das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits des Mittelwasserstandes angrenzt. Seine Funktion ist nach § 38 Abs. 1 WHG die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktion oberirdischer Gewässer und der Wasserspeicherung, die Sicherung des Wasserabflusses sowie die Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. Im Außenbereich umfasst dieser eine Breite von zehn Metern und im Innenbereich von fünf Metern (§ 29 Abs. 1 WG BW). Innerhalb der Gewässerrandstreifen sind nach § 38 Abs. 4 WHG bzw. § 29 Abs. 2 u. 3 WG BW u.a. das Entfernen standortgerechter Bäume und Sträucher, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Errichtung von baulichen sowie sonstigen Anlagen verboten.

Die zuständige untere Wasserbehörde kann von den Verboten eine Befreiung erteilen, insofern die Maßnahme aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist (§ 38 Abs. 5 WHG).

Betroffenheit im Rahmen des Vorhabens

Die Gewässerrandstreifen wurden gemäß der Hydrogeologischen Voreinschätzung (Register 13.2) betrachtet.

Innerhalb des Planfeststellungsabschnitts ist an den in Tabelle 8 aufgeführten Stellen ein temporärer Eingriff im Gewässerrandstreifen erforderlich. Die Betroffenheit beschränkt sich jeweils auf randliche Bereiche.

Tabelle 8: Eingriffe in den Gewässerrandstreifen von Oberflächengewässer

Gewässername	Gewässer ID / See ID	Betroffenheit	Dauer
Leimbach	10374	Arbeitsflächen (Provisorium, Schutznetz) temporär	temporär
Stranggraben	2357	Arbeitsflächen (Neubau 7100/129A; Rückbau 5100/129, 1300/054, 572/11040; Neubau Folgemaßnahme 572/11040N-01; Schutzgerüst)	temporär
Alte Kraichbach	2431	Arbeitsflächen (Neubau 1300/058) Zuwegung (unbefestigt, nicht vorhanden)	temporär
Gießengraben (Kotlachgraben)	2430	Zuwegung (unbefestigt)	temporär
Erlengraben	10486	Zuwegung (nicht vorhanden)	temporär
Kriegbach	2477	Zuwegung (unbefestigt)	temporär
Wagbach	2476	Arbeitsfläche (Neubau 7100/107A; Rückbau 1300/078, 5100/107)	temporär
Kleiner Rheinhäuser See (Erlischsee)	7366	Arbeitsfläche (Neubau 7100/106A; Rückbau 1300/079, 5100/106)	temporär

Gewässername	Gewässer ID / See ID	Betroffenheit	Dauer
Großer Rheinhäuser See (Erlischsee)	9826	Arbeitsfläche (Neubau 7100/104A, 7100/103A; Rückbau 1300/081, 1300/082, 5100/104, 5100/103)	temporär
Erlischsee	38301	Arbeitsfläche (Neubau 7100/102A; Rückbau 1300/083, 5100/102) Zuwegung (nicht vorhanden, unbefestigt)	temporär
Kleinfeldgraben (Saalbach)	2410	Arbeitsflächen (Provisorium, Schutzgerüst) Zuwegung (unbefestigt)	temporär
Abzugsgraben	18481	Arbeitsflächen (Neubau Folgemaßnahme 3306/003A; Rückbau 3306/003; Schutzgerüst, -netz) Zuwegung (unbefestigt, nicht vorhanden)	temporär
Hohwiesengraben	18482	Arbeitsfläche (Provisorium)	temporär
NN-CI1 (Rheinniederungskanal)	18480	Arbeitsflächen (Schutzgerüst, Schutznetz)	temporär

Innerhalb der Gewässerrandstreifen sind lediglich baubedingte Wirkungen durch Arbeitsflächen, Zuwegungen, Schutzgerüste und Provisorien zu erwarten. Dauerhafte bauliche Anlagen im Gewässerrandstreifen sind nicht Teil des Vorhabens. Es ist davon auszugehen, dass punktuell Eingriffe in standortgerechte Bäume und Sträucher erforderlich sind. Hierbei wurden grundsätzlich, soweit möglich, Eingriffe in Gewässerrandstreifen vermieden. Falls eine Erforderlichkeit besteht, sind sie auf ein absolut notwendiges Mindestmaß reduziert worden. Zudem ist an einzelnen Maststandorten von relativ geringen Bauzeiten auszugehen. Nach Umsetzung des Vorhabens erfolgt eine Wiederherstellung von in Anspruch genommenen Flächen. Im Rahmen des Eingriffs wird die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen nicht gefährdet. Folgende Vermeidungsmaßnahmen wurden dahingehend festgelegt (vgl. Register 13.1):

- Schutzmaßnahmen aufgrund Lage innerhalb HQ₁₀₀-Überflutungsflächen und Gewässerrandstreifen (VWRRL4)
- Schutz vor hydraulischer Belastung (VWRRL3)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser (VBo5 / VWRRL6)

Es ist somit davon auszugehen, dass die Umsetzung des Vorhabens bei Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen mit dem Schutzzweck der Gewässerrandstreifen gemäß § 38 WHG vereinbar ist.

Zwingende Gründe überwiegend öffentlichen Interesse und Notwendigkeit

Der Gewässerrandstreifen liegen aufgrund ihrer Bedeutung zur Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktion oberirdischer Gewässer und der Wasserspeicherung, die Sicherung des Wasserabflusses sowie die Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen im öffentlichen Interesse. Aufgrund der zeitlichen Befristung der Bautätigkeit, ist der Eingriff in die Gewässerrandstreifen gering zu gewichten.

Vorhaben 19 steht ebenso im öffentlichen Interesse. Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Die Realisierung dieses Vorhaben ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Versorgungssicherheit erforderlich (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG). Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Somit leistet dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland, insbesondere in der Region Frankfurt – Karlsruhe.

Das öffentliche Interesse des Netzausbaues ist höher zu gewichten als die temporäre Inanspruchnahme von Flächen des Gewässerrandstreifens. Baustellenflächen werden in ihren Ausgangszustand zurück versetzt.

Antrag auf Befreiung

Es wird gemäß § 38 Abs. 5 WHG eine Befreiung von den Verboten bezüglich der Entfernung von Bäumen und Sträuchern und dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 29 Abs. 2 u. 3 WG BW und § 38 Abs. 4 WHG beantragt.

4.4 Dammschutzverordnung

Auf Grund von §§ 75 und 95 Abs. 2 Nr. 2 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg, i.d.F. v. 01.07.1988 (GBl. S.269), hat das RP Karlsruhe zur Sicherung und Erhaltung der Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckars im Mai 1993 eine Verordnung erlassen (Dammschutzverordnung), zuletzt geändert mit Verordnung vom 28.Januar 2021.

Schutzgegenstand sind aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Hochwasserschutzes, die im Regierungsbezirk Karlsruhe gelegenen Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckar (Hauptdämme) gegen Beschädigung.

Im Bereich Rheinschanz Mittelhof, am klassifizierten Rheinhochwasserdamm (RHWD) XXVIII, ist eine Arbeitsfläche für die Zubeseilung der Trasse 0337 im Bereich des Mastes 0337/004 nötig.

In diesem Leitungsabschnitt Philippsburg erfolgt auf Anlage 0337, Mast 008 bis 002B eine Leiterseilauflage (Zubeseilung) von zwei 380-kV-Stromkreisen auf bestehendes Gestänge. Um den Mast 0037/004 werden zwei Arbeitsflächen benötigt, die auch den RHWD XXVIII überlagern (vgl. Abbildung 14). In diesem Bereich sind die Maschinen und Trommelplätze. Es ist nicht geplant, den Deich mit KfZ zu befahren, jedoch kann es zur Lagerung von Teilen kommen. Deren Gewicht wird 5 t nicht überschreiten.

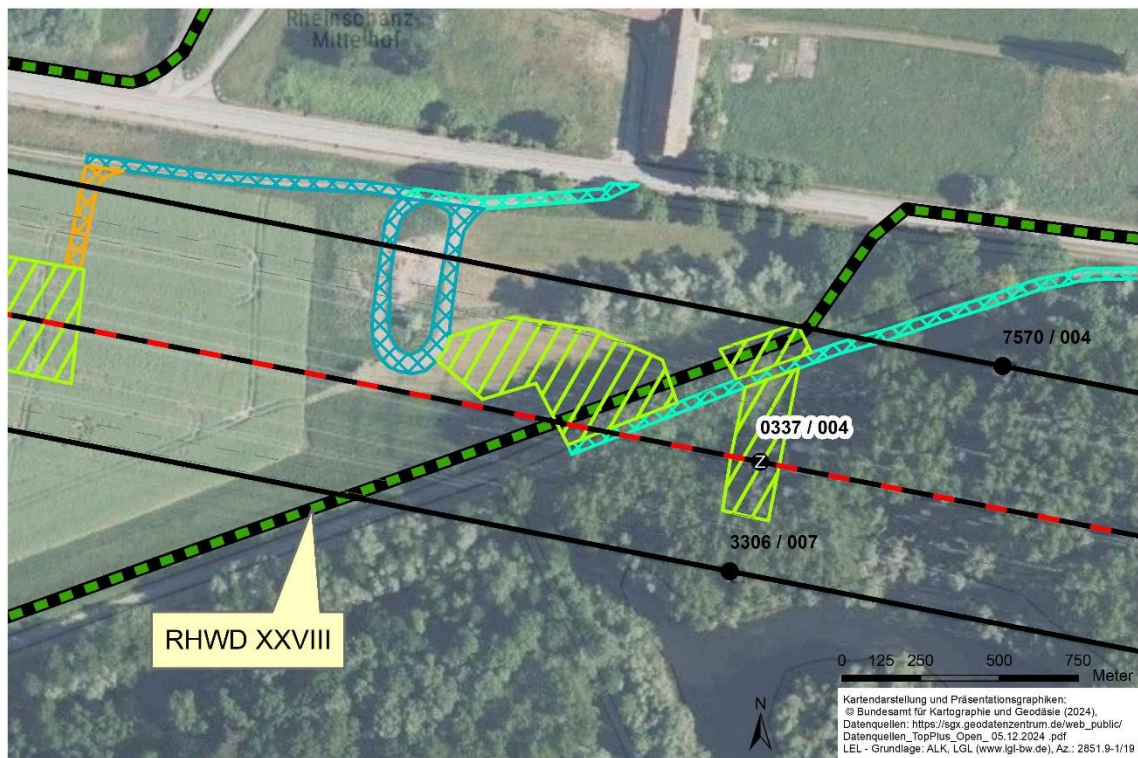


Abbildung 14: Lagebild zum Vorhaben im Bereich Rheinschanz Mittelhof Mast 0337/004 mit RHWD XXVIII

Nach § 5 Abs. 1 der Dammschutzverordnung sind Handlungen verboten, die den Bestand oder die Sicherheit der Dämme gefährden könnten. § 5 Abs. 2 führt verbotene Handlungen auf, die durch das Vorhaben jedoch bauzeitlich eintreten könnten. Folgende Verbote sind betroffen:

10. das **Abstellen von Fahrzeugen und das Lagern von Geräten und Material.**

Der § 9 der Dammschutzverordnung eröffnet die Möglichkeit einer Befreiung von den Vorschriften dieser Verordnung durch die untere Wasserbehörde, z. B. wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern.

Das Vorhaben hat aufgrund seiner energiewirtschaftlichen Notwendigkeit zur Erreichung der Ausbauziele für die erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse, was sich aus § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ergibt. Für das Vorhaben ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der

vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs durch die Aufnahme in den Bundesbedarfsplan (Vorhaben 19) festgestellt. Die Realisierung dieses Vorhaben ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Versorgungssicherheit erforderlich. Damit können Gründe des Wohls der Allgemeinheit zur Befreiung von den Verboten der Dammschutzverordnung geltend gemacht werden.

Hiermit wird nach § 9 der Dammschutzverordnung eine Befreiung von o.g. Verbot des Ablagerns von Gerät und Material nach § 5 Dammschutzverordnung beantragt. Die Befreiung wird für die Bauzeit beantragt.

5 Anträge bezüglich Denkmalrecht

Bekannte Kulturdenkmale sind nach § 2 (Kulturdenkmale), § 12 (Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung), § 19 (Gesamtanlagen), § 22 Grabungsschutzgebiete) und § 28 (Übergangsbestimmungen für Eintragungen nach anderen Denkmal-ver-zeich-nissen) Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (DSchG BW) geschützt.

Für die Erhaltung der Kulturdenkmale besteht gemäß § 2 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (DSchG BW) „aus wissenschaftlichen, künstlerischen und heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse“. Es gilt ein allgemeiner Schutz von Kulturdenkmälern vor Zerstörung oder Beseitigung, vor Beeinträchtigung seines Erscheinungsbildes oder seiner Entfernung aus seiner Umgebung, der in § 8 DSchG BW geregelt ist. Derartige Handlungen bedürfen der Genehmigung der Denkmalschutzbehörde.

Kulturdenkmale teilen sich in Bau- und Bodendenkmale. Während Baudenkmale (auch Bau- und Kunstdenkmale genannt) oberirdisch sichtbar sind, liegen Archäologische Denkmale (auch Bodendenkmale genannt), unterirdisch, zumeist im Boden verborgen. Beide sind zudem nach ROG (§ 2 Abs. 2 Nr. 5) und nach BNatSchG (§ 1 Abs. 4 Nr. 1) zu bewahren.

Gegenstand des Denkmalschutzes ist zudem die Umgebung des Kulturdenkmals, soweit sie für dessen Erscheinungsbild von erheblicher Bedeutung ist (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. § 15 Abs. 3 DSchG BW). Falls bauliche Anlagen in dieser Umgebung errichtet, verändert oder beseitigt werden, bedarf es einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde. Diese ist zu erteilen, wenn das Erscheinungsbild nur unerheblich oder nur vorübergehend beeinträchtigt würde oder wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls unausweichlich Berücksichtigung verlangen.

Die vom Landesdenkmalamt im August 2024 übermittelten Denkmalbereiche wurden mit den geplanten Arbeitsflächen, Zuwegungen, Flächen für Provisorien, Schutzgerüste etc. in der GIS-Bearbeitung übereinandergelegt.

Auf eine kartographische Darstellung aller Kulturdenkmale entlang der Trasse wird aus datenschutzrechtlichen Gründen und Gründen des Schutzes von Kulturdenkmälern verzichtet.

Des Weiteren wurde die im bisherigen Verfahren seitens des Landesamtes für Denkmalpflege übermittelte Darstellung zum Geltungsbereich der „Gesamtanlage und Umgebungsschutz nach Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg“ für die „Kurfürstliche Sommerresidenz Schwetzingen“ (Karte 3, Stabsstelle für Städtebau und Architektur, 2009) beachtet. Der Umgebungsschutzbereich reicht danach bis an die Landesstraße L599 heran. Westlich schließt sich die bestehende Bahntrasse mit Freileitungsanlage 572 heran. Der Neubau Anlage 7100 liegt weitere ca. 40 m westlich davon, also ebenfalls außerhalb des Umgebungsschutzbereiches. Da die Leitungstrasse außerhalb eines

denkmalfachlich begründeten und festgelegten Umgebungsschutzbereichs liegt, ist keine Genehmigung nach § 15 Abs. 3 DSchG BW zu beantragen.

Eine Auflistung aller Bau- und archäologischen Denkmale erfolgt in Register 16, Kap. 11. Es wurde deren Betroffenheit ermittelt. Durch vorhabenimmanente Minderungsmaßnahmen (Register 16, Kap. 11) können beim überwiegenden Teil betroffener archäologischer Denkmale Beeinträchtigungen vermieden werden. Ebenso bei zwei Baudenkmalen, die nahe an Zuwegungen zu Arbeitsflächen liegen (Register 16, Kap. 11 und Register 10.3 LBP-Maßnahmenblatt V7).

Nachfolgend werden Kulturdenkmale dargestellt, bei denen eine Betroffenheit im aktuellen Planungsstand nicht ausgeschlossen werden kann.

5.1 Archäologische Denkmale

Es wird angenommen, dass Denkmal-Bestandteile in Bereichen, in denen Maste auf archäologische Denkmale gebaut wurden, durch die damalige Bautätigkeit entsprechend gestört und überformt wurden.

Folgende Maßnahmen werden zur Vermeidung von Zerstörung, Beseitigung oder Beeinträchtigung des Umfeldes von archäologischen Denkmalen vorgesehen, um diese auszuschließen:

- Minimierung der Baustelleneinrichtungsflächen und Zuwegungen bzw. Nutzung bereits bestehender befestigter Wege für Zufahrten
- Baustellenflächen, Zuwegungen oder Wegeverbreiterungen in Flächen mit Bodendenkmalen werden ohne Eingriffe in den Boden durchgeführt. Es werden Lastverteilungsplatten eingesetzt oder die Fläche nach Auflage eines Geotextils aufgeschottert. Diese Maßnahmen ist zeitlich begrenzt und wird vollständig wieder rückgebaut.
- Im Falle von Rückbauten von Masten in Arealen, die als Archäologisches Bodendenkmal ausgewiesen wird, wird der Arbeitsbereich für Mastabbau und Fundamententnahme geringstmöglich gehalten. Es ist davon auszugehen, dass dieser Bereich kleiner ist, als die Baugrube, die zur Errichtung des Mastes gebraucht wurde. Damit kann eine Beeinträchtigung von noch unberührten Bodenschichten innerhalb des archäologischen Bodendenkmales vermieden werden. Die Fläche ehemaliger Maststandorte wird bodenkundlich rekultiviert und anschließend wie die umgebenden Flächen genutzt werden.

§ 20 (1) DSchG, der Umgang mit zufälligen Funden, bleibt davon unberührt.

Bei den vier in Tabelle 9 genannten archäologischen Denkmalen werden Eingriffe in die konservierende Bodenschicht durch Mastneubau unumgänglich. Im Falle von notwendigen Verankerungen von Masten während der Bauzeit oder von Provisorien in bekannten

(vermuteten) Bodendenkmalflächen ist eine mögliche Beeinträchtigung im Rahmen der Ausführungsplanung und Bauausführung zu prüfen.

Tabelle 9: bekannte archäologische Denkmale, in deren Flächen Mastneubauten geplant sind

Anlage	Maste	Archäologisches Denkmal
3303	007A	Ketsch „Dreivierteläcker“ (P), Siedlung, unbestimmt Archivkennzahl/Ident: 8 / 101506232_0
7100 (Mastrückbau: 1300/068 und 5100/116 angrenzend)	116A-01	Altlußheim, „Zweite Bruchgewann“ (§2) Siedlung, vorgeschichtlich unbestimmt Archivkennzahl/Ident: 10 / 101274520_0
7100 (Rückbau Mast 5100/112)	112A und Portal 2	Altlußheim, „Kirchfeld“ (P) Gräberfeld, unbestimmt Archivkennzahl/Ident: 13 / 101317828_0
0337 1300 (Rückbau Masten: 0337/010, 1300/095)	010A 095A (Folgemaßnahme)	Philippsburg, „Am Baris“ (§2) Wüstung, Mittelalter Archivkennzahl/Ident: MA 12 / 109490008_0

Bei diesen archäologischen Denkmälern und ggf. in weiteren archäologischen Denkmalflächen (durch notwendige Abankerungen bei Masten und Provisorien) kann das Verbot der Zerstörung (§ 8DSchG) nicht ausgeschlossen werden.

Die Vorhabenträgerin ist in fortlaufenden Abstimmungen mit dem Landesamt für Denkmalpflege. Aktuell werden das vorbauzeitliche und bauzeitliche Vorgehen sowie die notwendigen Maßnahmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt. Diese werden vertraglich fixiert und sind umzusetzen. Zum Schutz und zur Sicherung von Bodendenkmälern wird das Bauvorhaben durch eine ABB begleitet. (LBP-Maßnahmenblatt V8).

Antrag

Es wird eine Genehmigung nach § 8 DSchG BW für einen Eingriff in Bodenschichten von archäologischen Denkmälern, wobei dessen Zerstörung und Beseitigung im Bereich der Baugrube und durch Verankerungen nicht ausgeschlossen werden kann, beantragt.

6 Literatur und Quellen

6.1 Rechtsgrundlagen und Urteile

Dritte kreisweite Sammelverordnung des Landratsamtes Karlsruhe als untere Naturschutzbehörde zum Schutz von Naturdenkmalen im Landkreis Karlsruhe vom 22. Februar 1989.

Baugesetzbuch (BauGB): in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Hockenheimer Rheinbogen" sowie über das Wildschutzgebiet "Hockenheimer Rheinbogen I" vom 29. Januar 1990 (GBl. v. 20.04.1990, S. 111).

Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG): Gesetz über den Bundesbedarfsplan vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 239).

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323).

Verordnung des Bürgermeisteramtes Mannheim über das Landschaftsschutzgebiet "Unterer Dossenwald" vom 28. Oktober 1986 (Mannheimer Morgen vom 07.11.1986), zuletzt geändert durch VO vom 16. Dezember 1993 (NSG 2.171 "Unterer Dossenwald").

Verordnung des Bürgermeisteramts Mannheim über das Landschaftsschutzgebiet "Ehemalige Rheinau-Kasserne" vom 12.11.2020.

Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in Schwetzingen (Amtsanzeiger für den Landkreis Mannheim Nr. 26/1952), zuletzt geändert durch Verordnung des Landratsamtes Mannheim vom 08.08.1952 zum Schutze von Landschaftsbestandteilen in Schwetzingen - Schwetzingener Schlossgarten - durch das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis vom 07. Nov. 02.

Dammschutzverordnung: Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Sicherung der Erhaltung der Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckars vom 12. Mai 1993, zuletzt geändert am 28. Januar 2021.

Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (DSchG BW): Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale in der Fassung vom 6. Dezember 1983, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 42).

Waldgesetz für Baden-Württemberg (LWaldG BW): in der Fassung vom 31. August 1995 (GBl. Nr. 27, S. 685), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes am 07. Februar 2023 (GBl. S. 26,44).

- Rechtsverordnung des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes im Einzugsbereich der künftigen Trinkwassergewinnungsanlagen "Hockenheim Rheinbogen" des Zweckverbandes Wasserversorgung Kurpfalz, Sitz Heidelberg, vom 04. Dezember 1980.
- Verordnung des Landratsamt Karlsruhe vom 29. Oktober 1984 zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Grundwasserfassungen des Wasserwerkes der Gemeinde Oberhausen - Rheinhausen.
- Verordnung des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis als untere Wasserbehörde zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Schwetzinger Hardt“ des Zweckverbandes Wasserversorgung Kurpfalz (WSG-Nr.-Amt: 226.026) vom 31. Juli 2009.
- Verordnung des Landratsamts Karlsruhe zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage "Pfriemenfeld/Mühlfeld" der Stadt Philippsburg vom 30.07.1998.
- Naturschutzgesetz (NatSchG BW): Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft vom 23. Juni 2015 (GBl. 2015, S. 585), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 44).
- Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG): vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151).
- Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW): vom 03.12.2013 (GBl. S. 389), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26).
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG): Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409).